DEUTSCHE ARCHITEKTUR

HERAUSGEBER: DEUTSCHE BAUAKADEMIE, BERLIN,
BUND DEUTSCHER ARCHITEKTEN

8

1955



OM 10. bis 12. 7. 1955 tagte in Berlin im Plenarsaal der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik der II. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten. An diesem Kongreß nahmen 382 Delegierte und Gäste aus der Deutschen Demokratischen Republik teil. Die Sowjetunion, Volkspolen, Rumänien, Bulgarien, die Volksrepublik China und Korea hatten Delegationen entsandt. Ferner waren Kollegen aus Frankreich, England, Österreich, Brasilien und der Schweiz anwesend. Mit besonders großer Freude wurden die westdeutschen Architekten begrüßt.

Am ersten Konferenztag nahm der Vizepräsident des Bundes Deutscher Architekten, Dipl.-Ing. Hans Gericke, das Wort zu einem umfassenden Rechenschaftsbericht, der vor allem der organisatorischen Entwicklung des Bundes gewidmet war. Am zweiten Konferenztag hielt der Präsident des BDA, Nationalpreisträger Prof. Hanns Hopp, das Hauptreferat über die neuen Aufgaben des Bundes. Er behandelte vor allem die ideologisch-künstlerischen Probleme, die sich aus der Forderung nach einer Synthese von Architektur, Wissenschaft und Technik ergeben.

In der Diskussion ergriffen 45 Delegierte das Wort. Die Beiträge von Prof. Dr. Liebknecht, Prof. Collein, Prof. Henselmann, Staatssekretär Dipl.-Ing. Kosel, der Chefarchitekten Reuter, Näther und Bräuer und zahlreicher anderer Delegierten vermittelten wertvolle Anregungen, die einer gründlichen Auswertung bedürfen. Von besonderem Interesse waren die Beiträge der Vertreter der sozialistischen und volksdemokratischen Länder. Stalinpreisträger Prof. Mesenzew sprach über Probleme der Typisierung. Stalinpreisträger Dorochow behandelte Fragen der Industrialisierung. Die Diskussionsbeiträge von Herrn Bertrand (Frankreich), Herrn Shankland (England) und Frau Schütte-Likowski (Österreich) beleuchteten in interessanter Weise die Bauprobleme in den kapitalistischen Ländern.

Der Kongreß wählte seinen neuen Vorstand mit Nationalpreisträger Prof. Hanns Hopp als Präsidenten. Auf dem Kongreß wurden die neuen organisatorischen und künstlerischen Aufgaben festgelegt, die dem Bund Deutscher Architekten in der kommenden Periode des zweiten Fünfjahrplanes und des verstärkten Kampfes um die Wiedervereinigung Deutschlands gestellt werden.

Die Zeitschrift ,Deutsche Architektur' legt diesem Heft die Referate von Dipl.-Ing. Hans Gericke und Nationalpreisträger Prof. Hanns Hopp, die auf dem Kongreß gehalten wurden, als Sonderdruck bei. *Red.*



WOHNBAUTEN IN STALINSTADT

Block 59a, 59b Entwurf: Architekt Herbert Schiweck

Block 60 Entwurf: Architekt Rudolf Nitzschke

STALINSTADT, die Stadt der Stahlwerker, ist ein Begriff, der weit über die Grenzen unserer Heimat Bedeutung hat. Wo noch vor kurzem kümmerliche Kiefern ein karges Leben fristeten, wohnen heute schon tausende unserer Werktätigen in hellen, schönen Wohnungen.

An den Wohnungen unserer jungen Stadt kann man deutlich die stürmische Entwicklung nicht nur der Stadt, sondern auch des politischen und kulturellen Lebens der DDR erkennen. Wir wollen heute diese Entwicklung an einigen Wohnblöcken des Wohnbezirkes II aufzeigen, die unter Leitung des Chefarchitekten Dipl.-Ing. Josef Kaiser entstanden.

Die Blöcke 59a und 59b wurden im Jahre 1953 projektiert und im Jahre 1953/54 erbaut; während der Block 60 bereits im Jahre 1952 projektiert wurde und 1952/53 entstand. Der Block 60 wurde in Anlehnung an provisorische Typenpläne des Ministeriums für Aufbau entworfen und zeigt die typischen Grundrißlösungen mit noch verhältnismäßig kleinen Wohn- und Schlafräumen. Im Bereich der Wohnblöcke 59 und 60 befinden sich folgende Wohnungen:

Block 59a: 12 Zweizimmerwohnungen mit Küche und Bad,
9 Dreizimmerwohnungen mit Küche und Bad,
außerdem: 1 HO-Verkaufsstelle für Back- und Konditorwaren,
1 HO-Verkaufsstelle für Lebensmittel,
1 HO-Verkaufsstelle für Schreibwaren, Bücher.

Block 59b: 9 Zweizimmerwohnungen mit Kochnische und Bad,
15 Zweizimmerwohnungen mit Küche und Bad,
6 Dreizimmerwohnungen mit Küche und Bad,
3 Vierzimmerwohnungen mit Küche und Bad.

Block 60: nur an Friedrich-Engels-Straße
12 Zweizimmerwohnungen mit Küche und Bad,
24 Dreizimmerwohnungen mit Küche und Bad.

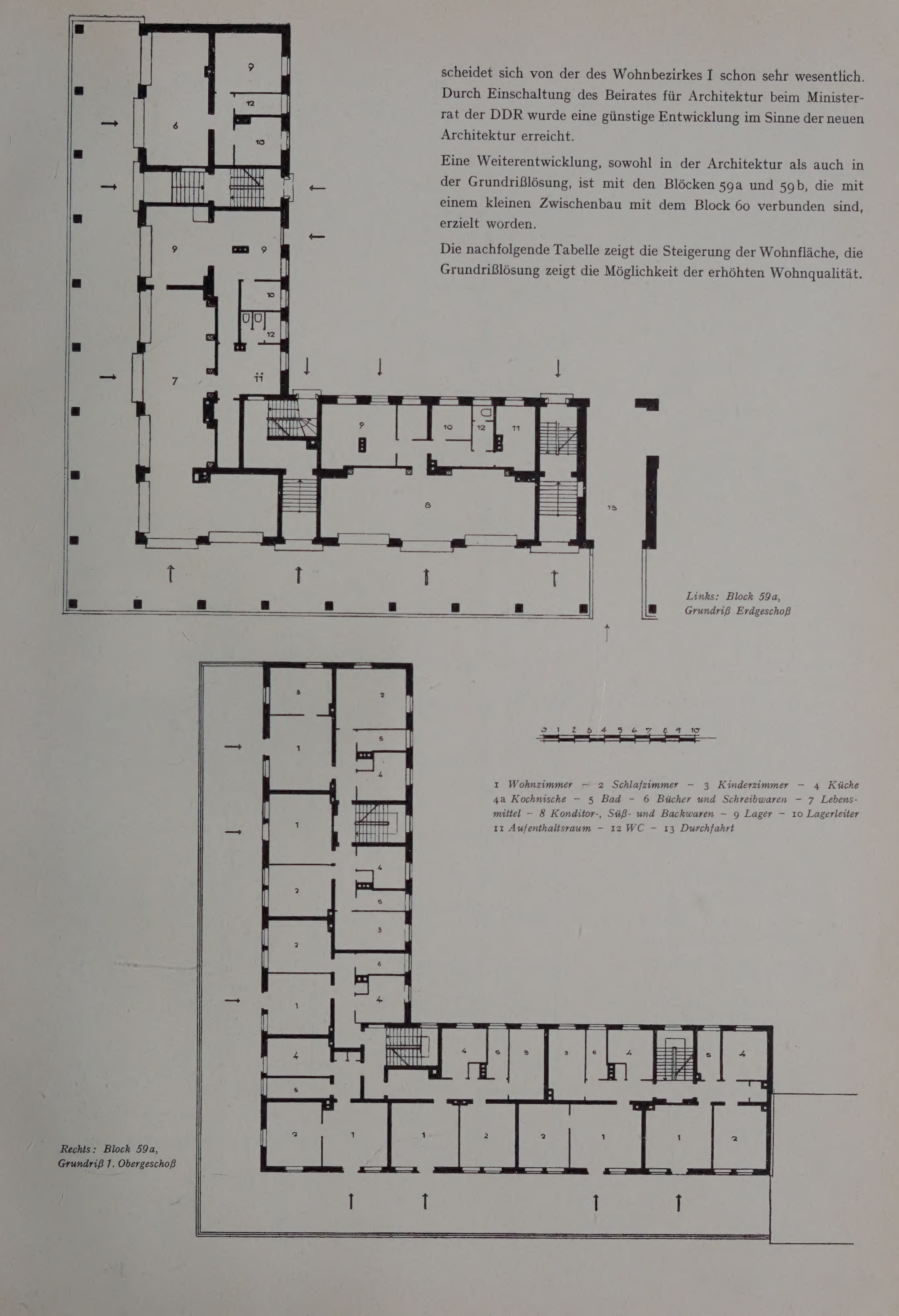
Als eine der ersten Neuerungen wurden jedoch schon die neuen DIN-Decken 4233 eingebaut. Die Dächer sind Flachdächer aus Holz mit doppellagiger Dachpappe. Da Bodenraum für die Mieter vorgesehen werden sollte, wurde eine Attika notwendig. Die Architektur dieses Blockes unter-

Lageplan

scheidet sich von der des Wohnbezirkes I schon sehr wesentlich. Durch Einschaltung des Beirates für Architektur beim Ministerrat der DDR wurde eine günstige Entwicklung im Sinne der neuen Architektur erreicht.

Eine Weiterentwicklung, sowohl in der Architektur als auch in der Grundrißlösung, ist mit den Blöcken 59a und 59b, die mit einem kleinen Zwischenbau mit dem Block 60 verbunden sind, erzielt worden.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Steigerung der Wohnfläche, die Grundrißlösung zeigt die Möglichkeit der erhöhten Wohnqualität.



Links: Block 59a, Grundriß Erdgeschoß

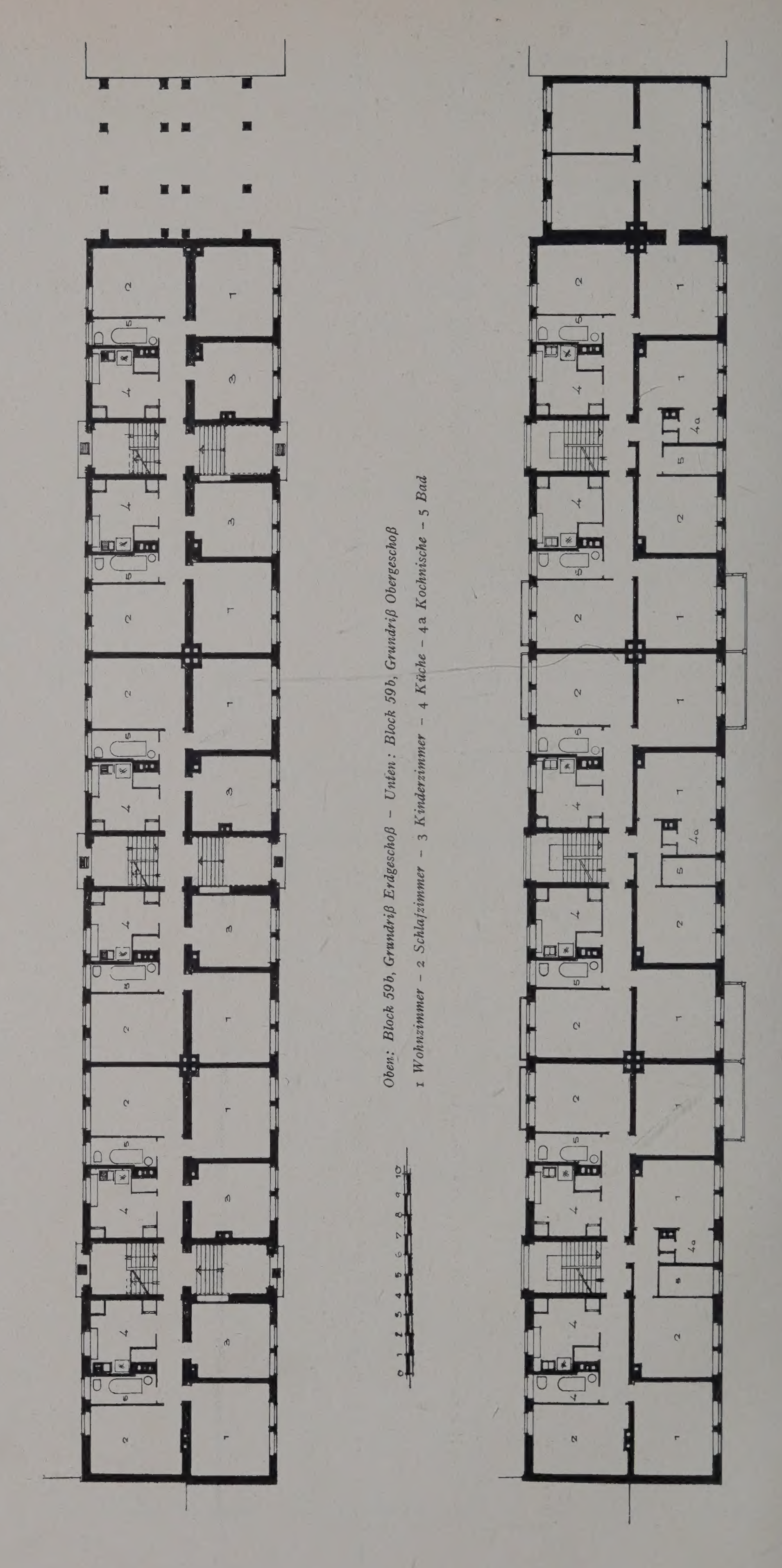
1 Wohnzimmer – 2 Schlafzimmer – 3 Kinderzimmer – 4 Küche 4a Kochnische – 5 Bad – 6 Bücher und Schreibwaren – 7 Lebensmittel – 8 Konditor-, Süß- und Backwaren – 9 Lager – 10 Lagerleiter 11 Aufenthaltsraum – 12 WC – 13 Durchfahrt

Rechts: Block 59a, Grundriß 1. Obergeschoß

	Block 60	Block 59b
Wohnzimmer	18,00	19,19
Schlafzimmer	14,98	15,67
Kinderzimmer	12,62	15,49
Küche	8,91	9,16
Bad	4,10	4,58

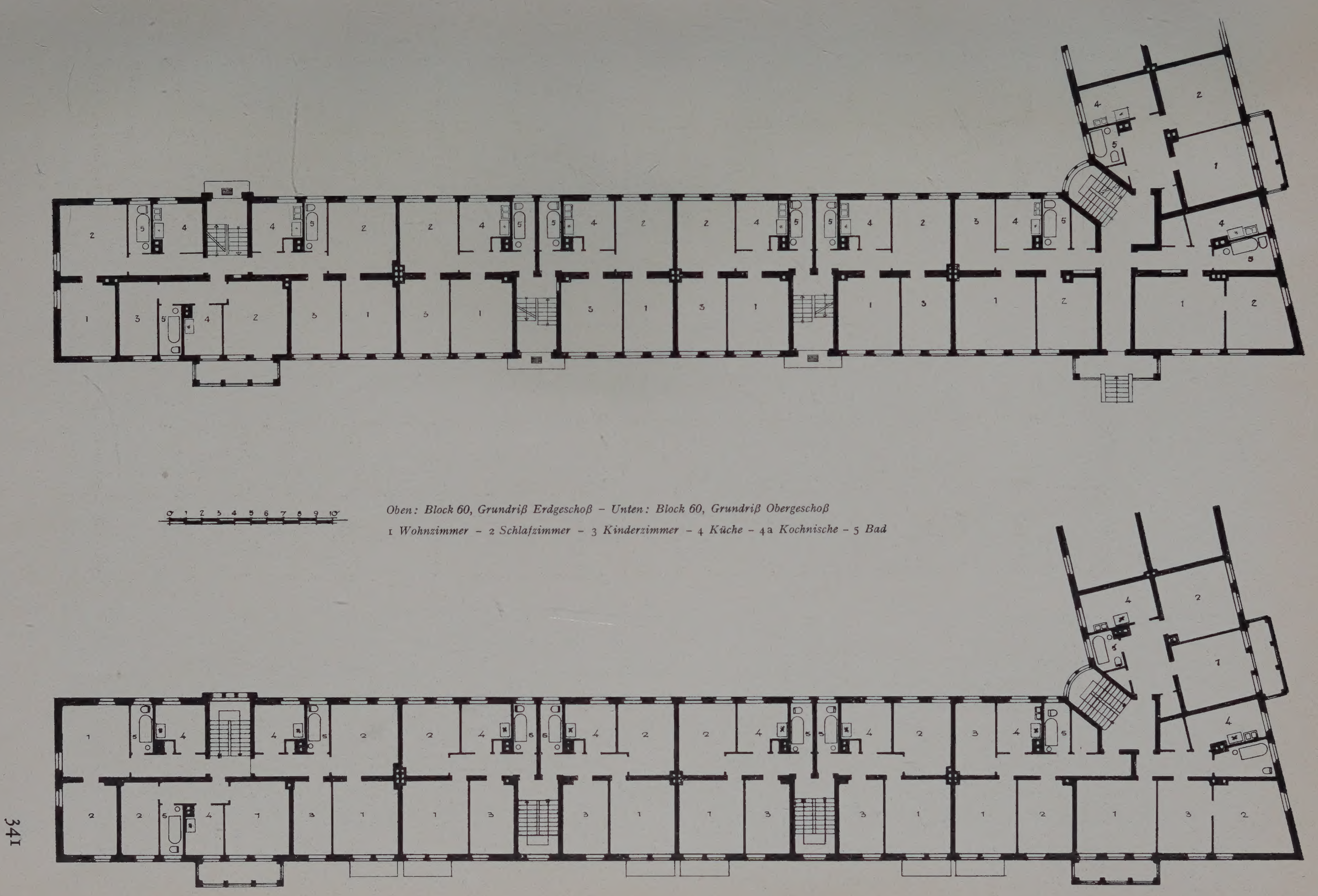
In dem Erdgeschoß des Blockes 59a sind auch Läden zur Versorgung der Bevölkerung des Wohnbezirks I mit Lebensmitteln, Back- und Konditorwaren und ein Laden für Schreibwaren und Bücher eingebaut. Vor den Läden sind Arkaden projektiert, die ein ungestörtes Betrachten der Auslagen ermöglichen und einen städtebaulichen Akzent abgeben. Die Grundrisse sind unter Berücksichtigung der Läden und der Durchgänge im Erdgeschoß und unter Anlehnung an bestehende Typen unter Einhaltung der vom Ministerium geforderten Wohnfläche als neue Sonderlösungen erarbeitet, wobei die Erfahrungen aus dem I. Wohnkomplex ausgewertet wurden. Erwähnenswert ist, daß die Treppenhäuser nicht mehr an den Straßen liegen, sondern an den Hofseiten errichtet wurden. Hierdurch ist es möglich gewesen, eine gute Komposition der Straßenfronten zu erzielen und die Architektur in großzügiger Weise zu lösen.

Im Block 59b wurde auf Anregung einer Diskussion mit den Werksangehörigen ein Dreispänner-Typ entwickelt, der als Mittelwohnung eine Zwei-Raum-Wohnung mit Bad und Kochnische enthält. Spätere Anfragen bei den Nutzern haben ergeben, daß junge und kinderlose Ehepaare, bei denen beide Ehepartner werktätig sind, mit dieser Lösung sehr zufrieden sind und z. T. auch diese Lösung gegenüber einer Lösung mit selbständiger Küche bevorzugen. An diesem Block wurde erstmalig das Bildhauerkollektiv Kranolda mit der Ausschmückung von Hauseingängen durch Anbringung von Reliefs u. ä. beauftragt. *G.*



Oben: Block 59b, Grundriß Erdgeschoß – Unten: Block 59b, Grundriß Obergeschoß

1 *Wohnzimmer* – 2 *Schlafzimmer* – 3 *Kinderzimmer* – 4 *Küche* – 4a *Kochnische* – 5 *Bad*



Oben: Block 60, Grundriß Erdgeschoß – Unten: Block 60, Grundriß Obergeschoß

1 *Wohnzimmer* – 2 *Schlafzimmer* – 3 *Kinderzimmer* – 4 *Küche* – 4a *Kochnische* – 5 *Bad*



WOHNBAUTEN IN STALINSTADT

Die Abbildungen zeigen von oben nach unten die Ansichten folgender Wohnblöcke:

Block 59a, Ansicht Erich-Weinert-Allee

Block 59a, Ansicht Friedrich-Engels-Straße

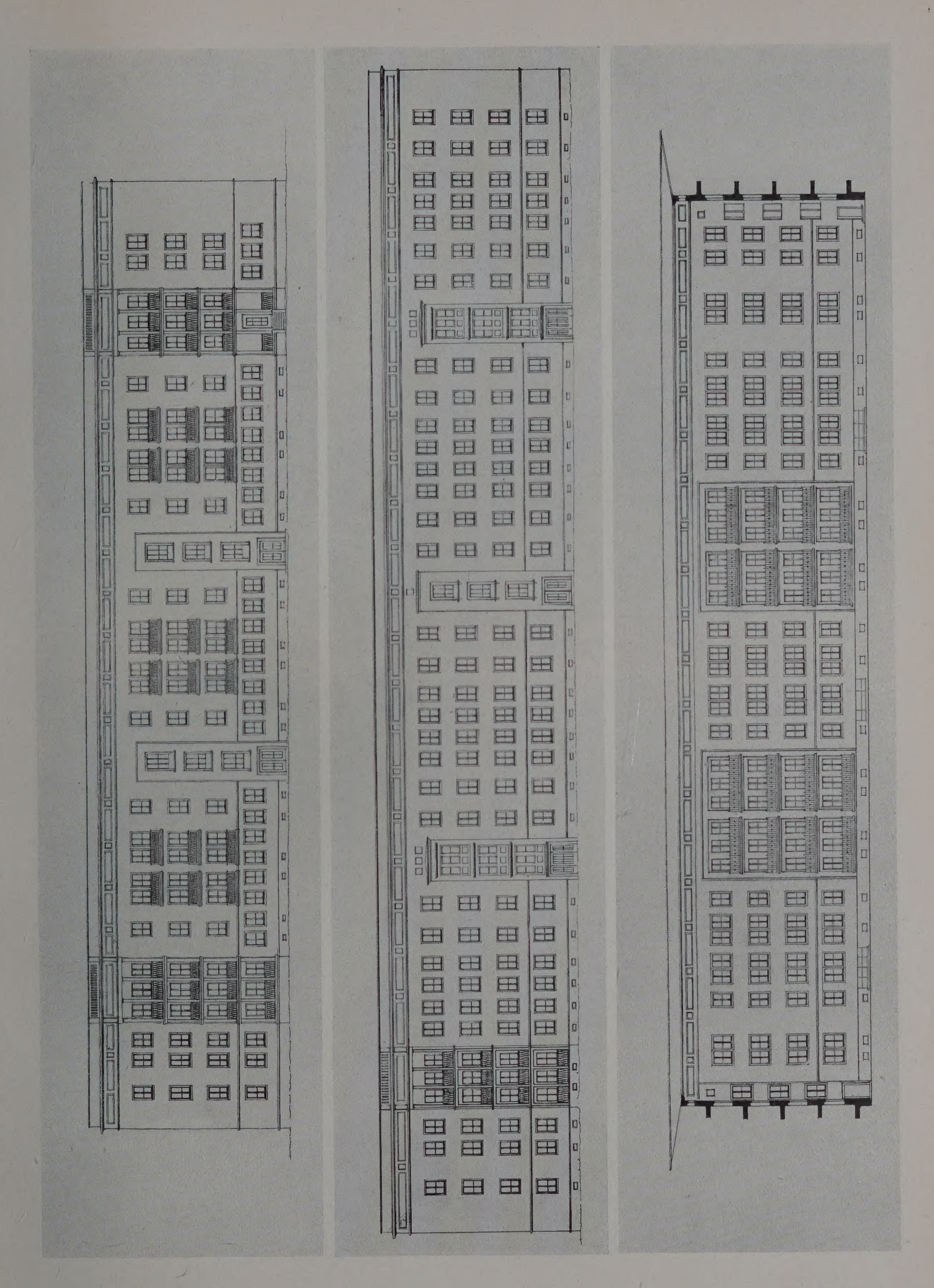
Block 59b, Ansicht Friedrich-Engels-Straße

Block 60, Ansicht Friedrich-Engels-Straße

Block 60, Ansicht Karl-Marx-Straße

Block 60, Hofansicht

0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 15 20



Oben: Block 59a, Ansicht Friedrich-Engels-Straße – Unten: Block 59b

Oben: Block 60, Ansicht Friedrich-Engels-Straße – Unten: Block 59a und 59b, Hofansicht

Architekt Hans-Georg Heinecke
Forschungsinstitut für die Architektur des Wohnungsbaus der Deutschen Bauakademie

Über die Wirtschaftlichkeit und Wohnqualität der Neubauten des NAP-Rostock

Bei der Untersuchung des Baugeschehens in den Städten der Deutschen Demokratischen Republik, die wegen ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung von der Regierung zu Schwerpunkten des Wiederaufbaues erklärt worden sind, muß dem Wiederaufbau der Ostseestadt Rostock besondere Beachtung gewidmet werden.

Der planmäßige Wiederaufbau dieser wichtigen Hafen-, Industrie- und Universitätsstadt wurde mit großer Intensität vorangetrieben, und die Projektierung war außerordentlich kurz bemessen. Am 30. Januar 1953 wurde der Grundstein für den Aufbau der Magistrale gelegt und die ersten Gebäude waren bereits Anfang 1954 bezugsfertig.

Die künstlerische Gestaltung der Neubauten an der Magistrale stellte die Architekten vor interessante Aufgaben. Zum ersten Male wurde unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen der Versuch unternommen, den mittelalterlichen Stil der Gotik schöpferisch auszuwerten – ein Unterfangen, das allein um seiner Kühnheit willen Anerkennung und Würdigung verdient. Die wissenschaftlichen Probleme, die dabei auftreten, bedürfen einer besonderen Abhandlung.

Der Inhalt dieses Artikels beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Untersuchung der Wohnqualität der neu entstandenen Gebäude, die – wie auch immer die sonstigen städtebaulichen und ideologischen Probleme in diesem Fall gestellt sein mochten – einen wichtigen Bestandteil für die gesamte Beurteilung dieser Bauwerke ausmacht. Aus den Blöcken ,,D-Süd"–,,D-Nord" und ,,A-Nord" werden fünf Sektionen ausgewählt und in der Form einer Grobanalyse auf die Fragen der Wohnqualität und Wirtschaftlichkeit untersucht.

Zu Abbildung 3:

Dieser Dreispänner mit einer Vierzimmerwohnung und zwei Dreizimmerwohnungen gehört zum Abschnitt ,,D-Süd" (vgl. ‚Deutsche Architektur', Heft 4/1954, S. 168–171).

Besonders bei der rechten Wohnung dieser Sektion ist das Streben nach einer höheren Wohnqualität deutlich spürbar. Der repräsentative Teil der Wohnung besteht aus Wohnzimmer, Arbeitszimmer und Diele; der untergeordnete Teil liegt hinter der Diele an einem Stichflur und besteht aus Schlafzimmer, Kinderzimmer, Küche, Bad, WC und Abstellraum. Diese Grundrißkomposition entspricht in vollem Umfang den Prinzipien der neuen Wohnqualität.

Der Hauptraum dieser Wohnung, das Wohnzimmer, ist mit einer Größe von 18,75 qm ausreichend bemessen, um eine individuelle Möblierung durchführen zu können. Die Nordlage ist ungünstig.

Die Lage des Arbeitszimmers direkt an der Diele ist gut. Eine ausreichende Möblierung dieses Zimmers läßt sich ohne Schwierigkeiten durchführen. Die Verbindung von Wohn- und Arbeitszimmer mit der Diele durch zweiflügelige verglaste Türen erlaubt die Einbeziehung der Diele in den Wohnteil. Die Form der Diele ist jedoch unbefriedigend. Sehr gut ist die Anordnung eines kleinen Eingangsflures als Geräuschschleuse zwischen Treppenhaus und Diele.

Die Lage des Schlafzimmers an einem Stichflur ist richtig. Eine Möblierung des Raumes ist mit den erforderlichen

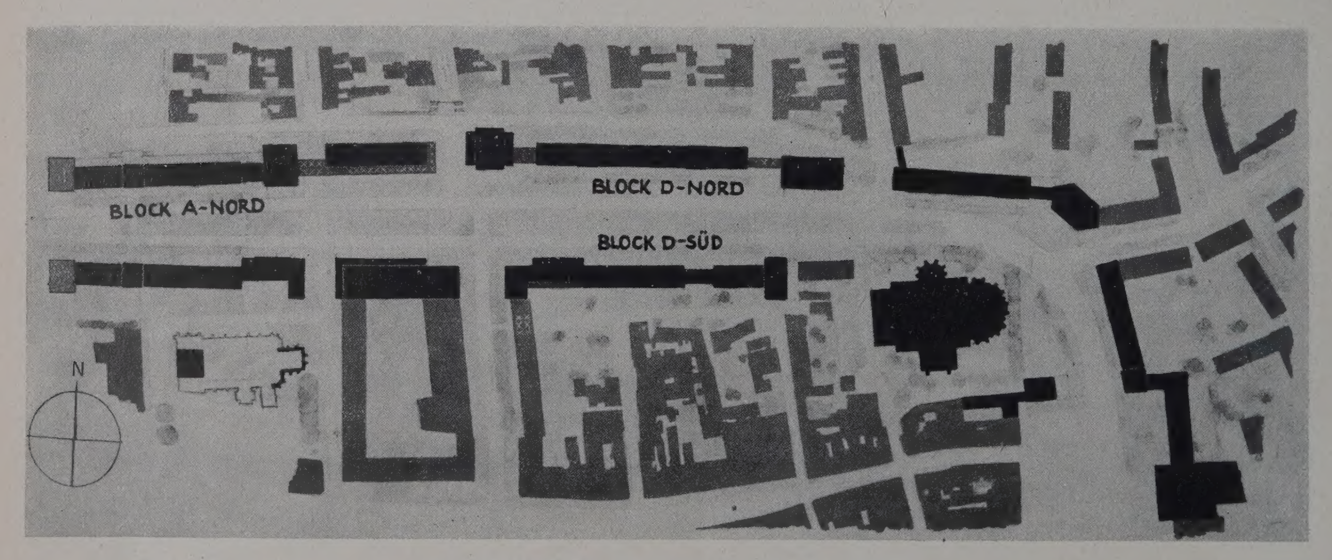


Abb. 1: ROSTOCK, *Straße des Nationalen Aufbauwerkes*



Abb. 2: Block D-Süd, Straßenansicht

Möbeln einschl. Kinderbett möglich. Die Größe ist mit 18,75 qm überdimensioniert und widerspricht der Forderung nach Flächendifferenzierung der einzelnen Räume einer Wohnung.

Im Kinderzimmer ist das Aufstellen der Betten durch die Lage der Tür und die Tiefe des Raumes mit 3,70 m übereck möglich, ebenfalls das Aufstellen eines Arbeitstisches mit Stühlen und eines kleinen Schrankes. Die Größe dieses Zimmers ist mit 13,87 qm ausreichend.

Die Küche ist mit 11,25 qm zu groß und entspricht nicht den Forderungen einer neuzeitlichen Küchengestaltung. Die eingezeichnete Stellung der Objekte Herd und Spüle muß als völlig falsch bezeichnet werden, denn ein einwandfreies Arbeiten am Herd ist durch die unmittelbare Nähe der Spüle und des Ausgusses schlecht möglich. Außerdem fehlt zwischen Herd und Spüle die unbedingt notwendige Arbeitsfläche von 50 bis 70 cm.

Die Trennung des WC vom Bad ist bei der Größe dieser Wohnung berechtigt und trägt zur Erhöhung der Wohnqualität bei. Die Größen dieser Räume sind ausreichend bemessen.

Eine Flächenüberschreitung muß allerdings wieder bei dem 4,13 qm großen Abstellraum festgestellt werden.

*

Für die Einschätzung der linken Dreizimmerwohnung kann die Beurteilung der rechten Wohnung herangezogen werden, weil nur geringfügige Unterschiede zwischen diesen beiden Wohnungen bestehen. Ein Nachteil dieser Wohnung besteht jedoch in der Lage des Schlafzimmers, da es einmal unmittelbar neben dem Treppenhaus angeordnet ist und außerdem eine gute Verbindung zwischen Schlafzimmer, Bad und WC fehlt. Die Trennung der Wohnung in repräsentativen und untergeordneten Teil ist hier nur bedingt gelungen.

*

In der mittleren Wohnung ist eine individuelle Möblierung des Wohnzimmers und eine ausreichende Möblierung des Schlafzimmers einschließlich des Kinderbettes bei einer Größe von 18,75 qm möglich. Die Ecklage der Eingangstür zum Wohnzimmer ist unbefriedigend. Da der Zugang zum Schlafzimmer unmittelbar gegenüber angeordnet und das Wohnzimmer ein Durchgangszimmer ist, wird die Möbelstellfläche beschränkt. Auch hier fehlt die gute Verbindung vom Schlafzimmer zum Bad und WC.

Das Kinderzimmer liegt direkt an der Eingangsdiele und läßt bei einer Größe von 13,85 qm das Aufstellen von zwei Normalbetten und der übrigen Möbel zu. Eine Verwendung als Arbeitszimmer ist ebenfalls möglich.

An einem Stichflur liegen, abgetrennt vom Wohnteil, Bad mit WC und Küche.

Die Küche ist mit 9,48 qm ausreichend bemessen. Das Bad mit WC in einem Raum ist 4,39 qm groß und mit den notwendigen Objekten einschließlich eines Handwaschbeckens ausgestattet.

Während der Abstellraum im Stichflur dieser Wohnung gut nutzbar ist, ist der Nutzungsgrad des Abstellraumes in der Diele durch eine Tiefe von 1,96 m bei nur 0,69 m Breite sehr gering.

Abb. 3: Block D-Süd, Wohnsektion
1 *Wohnzimmer* – 2 *Schlafzimmer*
3 *Kinderzimmer* – 4 *Arbeitszimmer*
6 *Diele* – 7 *Küche* – 8 *Bad* – 9 *WC*
10 *Flur* – 11 *Vorraum* – 12 *Abstellraum*

Zu Abbildung 4:

Für die Beurteilung dieser Sektion mit zwei Dreizimmerwohnungen und einer Vierzimmerwohnung kann die Einschätzung der Wohnungen des vorstehenden Dreispänners herangezogen werden, denn die Raumkomposition ist bei den Wohnungen beider Dreispänner völlig gleich. Geringfügige Abweichungen durch unterschiedliche Türlagen und Größendimensionierungen einiger Räume haben keinen Einfluß auf die Grundrißkonzeption. Ist schon bei der Einschätzung der vorstehenden Sektion eine ganz erhebliche Flächenüberschreitung der einzelnen Wohnungen festgestellt worden, so muß bei dieser Sektion gesagt werden, daß diese Überdimensionierung ein ungewöhnliches Maß angenommen hat. Das betrifft besonders die Nebenflächen der einzelnen Wohnungen.

So beträgt z. B. das Verhältnis der reinen Wohnfläche zur Mietfläche bei der linken Wohnung $K_1 = 0{,}49$, bei der mittleren Wohnung $K_1 = 0{,}63$ und bei der rechten Wohnung $K_1 = 0{,}57$.

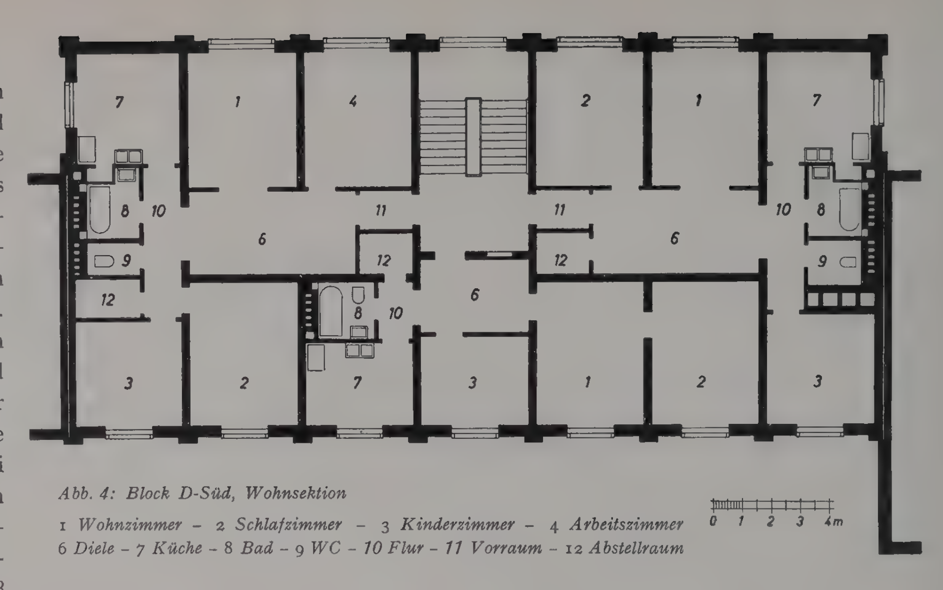


Abb. 4: Block D-Süd, Wohnsektion

1 Wohnzimmer – 2 Schlafzimmer – 3 Kinderzimmer – 4 Arbeitszimmer
6 Diele – 7 Küche – 8 Bad – 9 WC – 10 Flur – 11 Vorraum – 12 Abstellraum

Zu Abbildung 5:

Diese Endlösung ist ein Dreispänner mit einer Vierzimmerwohnung und zwei Dreizimmerwohnungen.

Die 4-Zimmerwohnung ist klar in einen repräsentativen und einen untergeordneten Teil gegliedert. Der repräsentative Teil wird von der Diele, dem Arbeitszimmer und dem Eßzimmer mit anschließendem Wohnzimmer gebildet. An einem Stichflur liegen das Schlafzimmer, die Küche, das Bad und das WC.

Das Wohnzimmer ist mit einer Größe von 18,76 qm ausreichend bemessen. Seine Lage als gefangenes Zimmer ist jedoch unbefriedigend. Durch eine breite, zweiflügelige Tür als Verbindung zwischen dem Wohnraum und dem 16,25 qm großen Eßzimmer können beide Räume zu einer Einheit verbunden werden, in die auch die Diele mit einbezogen werden kann. Lage und Form der Diele gestatten das Aufstellen von Kleinmöbeln und einer Sitzgruppe.

Die Größe von 16,15 qm ist für eine Diele allerdings nicht gerechtfertigt.

Das Arbeitszimmer zeigt mit einer Größe von 28,33 qm eine ungewöhnliche Überdimensionierung, die in keinem Verhältnis zum Nutzungsgrad steht. Eine andere Verwendung dieses Raumes, beispielsweise als Kinderzimmer, ist schwer vorstellbar. Das Schlafzimmer mit einer Größe von 18,76 qm ist ebenfalls überdimensioniert, noch dazu, da die Lage von Tür und Fenster das Aufstellen eines Kinderbettes unmöglich macht.

Auch die Küche dieser Wohnung ist mit 10,13 qm reichlich bemessen und zeigt in der Stellung der Objekte Herd und Spüle die gleichen Mängel wie die Küchen der anderen Wohnungen.

Das Bad und WC sind mit 4,50 qm und 1,91 qm ausreichend bemessen. Ein Nachteil ist das Fehlen eines kleinen Handwaschbeckens im WC.

Bei der mittleren Dreizimmerwohnung liegt eine ähnliche Überdimensionierung vor.

Das Wohnzimmer gestattet mit einer Größe von 21,84 qm auch als Durchgangszimmer eine völlig ausreichende Möblierung. Das Schlafzimmer ist mit der gleichen Größe überdimensioniert. Das Aufstellen der erforderlichen Möbel einschließlich des Kinderbettes ist möglich. Sehr ungünstig muß aber die Verbindung zum Bad bezeichnet werden.

Auch das Kinderzimmer gestattet eine komplette Möblierung, bestehend aus zwei Normalbetten (für große Kinder), eines Schrankes und Regales sowie des Arbeitstisches mit Stühlen. Mit seiner Größe von 16,83 qm weist es jedoch eine Flächenüberschreitung auf. Die Diele ist mit 8,97 qm ausreichend bemessen und gut geschnitten. Das Aufstellen einer kleinen Sitzgruppe ist möglich.

Während die Lage der Küche an einem Stichflur, abgetrennt vom übrigen Teil der Wohnung, als neue Wohnqualität gewertet werden kann, zeigt sie jedoch in ihren Abmessungen und vor allen Dingen durch die falsche Stellung der Objekte die gleichen Fehler, wie in allen bisher untersuchten Küchen.

Das Bad ist mit 5,64 qm ausreichend bemessen und mit den erforderlichen Objekten ausgestattet.

Die Form des Abstellraumes und die Lage der Tür vermindern den Nutzungsgrad dieses 4,81 qm großen Raumes.

Der Anteil der Nebenfläche zur Nutzfläche der seitlichen Dreizimmerwohnung ist sehr groß und die Räume ihrer Verwendung entsprechend nicht differenziert.

Das Wohnzimmer ist mit 16,25 qm zu klein bemessen, um eine ausreichende Möblierung zu garantieren. Die Lage des Wohnzimmers, das mit der Diele durch eine zweiflügelige Tür verbunden ist, entspricht der Forderung nach erhöhter Wohnqualität. Das 18,76 qm große Arbeitszimmer läßt eine

ausreichende Möblierung auch bei verschiedenen Ansprüchen zu. Die Lage des Fensters ist raumgestalterisch ungünstig.

Die Diele gestattet das Aufstellen von Kleinmöbeln und einer Sitzgruppe, ist jedoch mit einer Größe von 13,47 qm zu reichlich bemessen.

An einem Stichflur liegt die mit 14,53 qm zu große und mit den allgemein festgestellten Mängeln behaftete Küche. Es kommt noch hinzu, daß beide Objekte, Herd und Spüle, an der dem Fenster gegenüberliegenden Wand hinsichtlich der Belichtung sehr ungünstig angebracht sind.

Das Bad ist mit 6,77 qm reichlich bemessen. Das Anbringen von zwei Waschbecken erscheint für eine Dreizimmerwohnung (ohne Kinderzimmer) übertrieben. Außerdem ist beim Anbringen von zwei Handwaschbecken darauf zu achten, daß diese nicht gegeneinanderstoßen, sondern mit dem für die Bewegungsfreiheit erforderlichen Abstand montiert werden.

Auch das WC ist mit 3,02 qm zu groß bemessen.

In der unbelichteten Zone dieser Wohnung liegen mit großer Flächenüberschreitung der Abstellraum mit einer Größe von 7,19 qm und der Stichflur mit der Größe von 7,89 qm. Im Abstellraum ist eine Entlüftungsanlage unbedingt erforderlich.



Abb. 5: Block D-Süd, Wohnsektion

1 Wohnzimmer – 2 Schlafzimmer – 3 Kinderzimmer – 4 Arbeitszimmer – 5 Eßzimmer – 6 Diele – 7 Küche – 8 Bad – 9 WC – 10 Flur – 11 Vorraum 12 Abstellraum

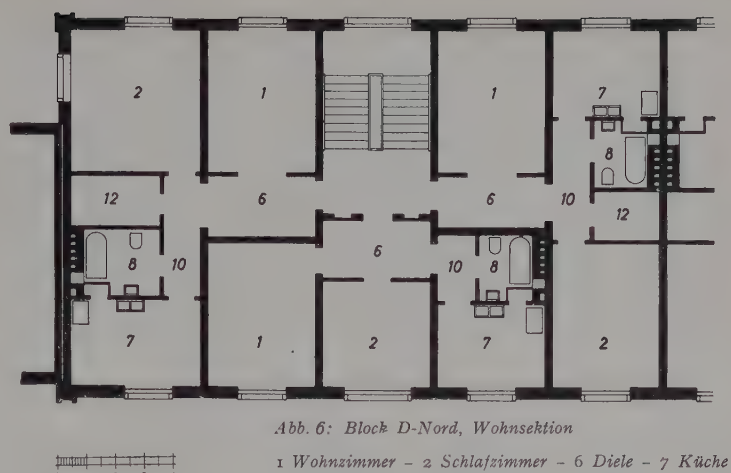


Abb. 6: Block D-Nord, Wohnsektion

1 Wohnzimmer – 2 Schlafzimmer – 6 Diele – 7 Küche 8 Bad mit WC – 10 Flur – 12 Abstellraum

Zu Abbildung 6

Beurteilung der Sektion Haus 1 (Abschnitt „D" Nord). Dieser Dreispänner mit 3 × Zweizimmerwohnungen zeichnet sich durch eine klare Grundrißkomposition aus, ist aber nur geeignet für die Lage des Baukörpers in Nord–Süd-Richtung, während im vorliegenden Fall der Baukörper nach der Ost–West-Richtung orientiert ist. Die beiden seitlichen Zweizimmerwohnungen sind nach dem Prinzip der neuen Wohnqualität entwickelt worden. Die Räume sind in einen repräsentativen und untergeordneten Teil gegliedert.

Die strenge Teilung dieser Wohnungen in den reinen Wohnteil mit Wohnzimmer und Diele und den übrigen Teil der Wohnung mit Schlafzimmer, Bad und WC, Küche und Abstellraum an einem 1,30 m breiten Stichflur ist gut.

Die Wohnzimmer sind mit einer Größe von 18,78 qm ausreichend dimensioniert und gestatten eine individuelle Möblierung. Der Schnitt dieser Räume muß in Verbindung mit der Lage den Fenstertüren und den zweiflügeligen Verbindungstüren zu den Dielen als raumgestalterisch gut bezeichnet werden. Bei besonderen Anlässen können die Wohnräume dieser Wohnungen mit den Dielen zu einer großzügigen Einheit verbunden werden. Das Aufstellen von Kleinmöbeln, z. B. einer Sitzgruppe, ist in den Dielen möglich. Das Fehlen von kleinen Eingangsfluren von der Diele, die gleichzeitig als Garderobe und als Geräuschschleuse zwischen Treppenhaus und Wohnung dienen, wirkt sich allerdings qualitätsvermindernd auf den Wert der Dielen aus. Unverständlich ist das Öffnen der Diele zu den Stichfluren mit einem 1,25 m breiten Durchgang in der rechten Wohnung und sogar einer 1,60 m breiten Öffnung in der linken Wohnung. Die Breite der Wohnungs-Eingangstüren wäre auch für diesen Fall mit 1,04 m völlig ausreichend gewesen. Die Schlafzimmer sind in beiden Wohnungen überdimensioniert, denn eine Differenzierung der Größe zwischen Wohnzimmer und Schlafzimmer ist nicht erreicht worden. Während das Schlafzimmer der rechten Wohnung mit einer Größe von 18,78 qm durch gute Tür- und Fensterlage das Aufstellen der üblichen Schlafzimmermöbel einschließlich von ein oder sogar zwei Kinderbetten zuläßt, ist beim Schlafzimmer der linken Wohnung trotz einer Größe von $22{,}77^5$ qm eine einwandfreie Möblierung durch die ungünstige

Lage der Fenster nicht möglich. Besser wäre die gleiche Lage des Schlafzimmers wie in der rechten Wohnung gewesen.
Die Küchen sind mit 11,25 qm in der rechten Wohnung und 11,05 qm in der linken Wohnung zu groß. Form und Größe dieser Küchen sowie die Stellung der Objekte Herd und Spüle widersprechen dem neuen Stand der Küchenforschung. Die Bäder sind mit den üblichen Objekten einschließlich Waschbecken ausgestattet und mit einer Größe von 4,40 qm in der rechten Wohnung und 6,44 qm in der linken Wohnung reichlich dimensioniert. Die Größe der Abstellräume ist mit 4,13 qm und 5,56 qm ebenfalls zu groß bemessen.
Auch das Wohnzimmer der mittleren Wohnung ist mit der gleichen Größe wie in den seitlichen Wohnungen (18,78 qm) ausreichend dimensioniert, um eine individuelle Möblierung durchführen zu können. Während die Lage des Fensters gut ist, wirkt sich die Lage der Tür auf die Raumgestaltung ungünstig aus.
Das Schlafzimmer ist mit 13,88 qm Größe bei einer Tiefe von nur 3,70 m zu gering bemessen, um eine einwandfreie Möblierung durchführen zu können. Die Aufstellung eines Kinderbettes ist nur möglich, wenn auf die Frisiertoilette verzichtet wird.
Als ein Moment der neuen Wohnqualität kann die Lage der Küche und des Bades an einem Stichflur gewertet werden. Für die Beurteilung der Küche und des Bades gilt das gleiche wie in den entsprechenden Räumen der seitlichen Wohnungen. Ein großer Mangel und eine Qualitätsverminderung für die mittlere Wohnung ist das Fehlen eines Abstellraumes oder Abstellschrankes.

Zu Abbildung 7

Das Haus 2 des Abschnitts „A-Nord" ist eine Zweispännersektion mit einer Dreizimmer- und einer Vierzimmerwohnung.
Auch bei diesen Wohnungen ist das Streben nach einer neuen Wohnqualität spürbar. Die klare Trennung von Wohn- und Schlafteil verdient auch bei den Wohnungen dieser Sektion Beachtung. Das Prinzip des Öffnens der Räume einer Wohnung in der Querrichtung kommt durch die Lage der Dielen zwischen den Wohnräumen –Kinderzimmer und Wohnzimmer – zur Anwendung. Dieses Prinzip ist ein weiteres Merkmal der neuen Wohnqualität und verleiht der Wohnung den Eindruck von Weiträumigkeit und Großzügigkeit. Unverständlich und überflüssig ist allerdings das Öffnen der Diele zum Stichflur durch die 1,67 m breiten Durchgänge. Eine normale Türöffnung hätte vollkommen genügt und außerdem eine Möblierbarkeit der 9,00 qm großen Diele ermöglicht. Ungünstig wirkt sich für den Wert der Dielen das Fehlen von kleinen Eingangsfluren aus. Die Wohnzimmer sind mit 20,90 qm gut dimensioniert und gestatten eine völlig individuelle Möblierung. Die Lage der zweiflügeligen Türen und der Fenster kann raumgestalterisch als gut bezeichnet werden. Die Kinderzimmer sind mit 20,58 qm in der rechten Wohnung und sogar 22,32 qm in der linken Wohnung völlig überdimensioniert und lassen das Streben nach Differenzierung der Räume in bezug auf ihren Verwendungszweck vermissen. Eine einwandfreie Möblierbarkeit ist natürlich bei dieser Überbemessung in beiden Kinderzimmern möglich.
Auch das Arbeitszimmer der rechten Wohnung ist mit 20,90 qm überdimensioniert. Fenster- und Türlage sind bei diesem Zimmer raumgestalterisch gut. Der Wert eines Arbeitszimmers ist allerdings geringer, wenn es sich wie in dieser Wohnung um ein gefangenes Zimmer handelt.
Die Schlafzimmer beider Wohnungen sind ebenfalls mit 21,15 qm und 21,25 qm zu groß bemessen. Das Aufstellen der notwendigen Möbel einschließlich der geforderten 1 oder sogar 2 Kinderbetten ist möglich. Die Belichtung dieser Zimmer ist im Verhältnis zu der guten Belichtung der anderen Zimmer beider Wohnungen ungünstig.
Für die Küchen dieser Sektion trifft das gleiche zu wie bei allen untersuchten Küchen. Durch eine Größe von 13,30 qm und die ungünstige Stellung der Objekte Herd und Spüle ohne dazwischenliegende Arbeitsfläche ist die Garantie eines einwandfreien, kraft- und zeitsparenden Arbeitsablaufes in den Küchen nicht gegeben. Die Lage der Küche an einem Stichflur wird als gut bewertet.
Die Bäder und WC sind in beiden Wohnungen getrennt. Das Fehlen eines kleinen Handwaschbeckens im WC muß als Mangel und Qualitätsverminderung bezeichnet werden. Die Größen dieser Räume sind mit etwa 4,45 qm für das Bad und 2,60 qm für das WC ausreichend bemessen.
Trotz einer Größe von 2,70 qm ist der Nutzungsgrad der Abstellräume in beiden Wohnungen nur sehr gering, denn nicht allein die Größe, sondern vor allen Dingen die Form eines Abstellraumes ist für den Nutzwert entscheidend.

*

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Entwurfsbearbeiter der untersuchten fünf Sektionen bemüht waren, die Qualität der Wohnungen zu verbessern. Dieses Streben kommt ganz klar in den Wohnungen zum Ausdruck, die im Wohn- und Schlafteil voneinander getrennt sind. Ein wichtiges Moment der neuen Wohnqualität wurde damit erreicht. Allerdings darf bei dieser Einschätzung nicht vergessen werden, daß ausnahmslos alle Wohnungen dieser Sektionen

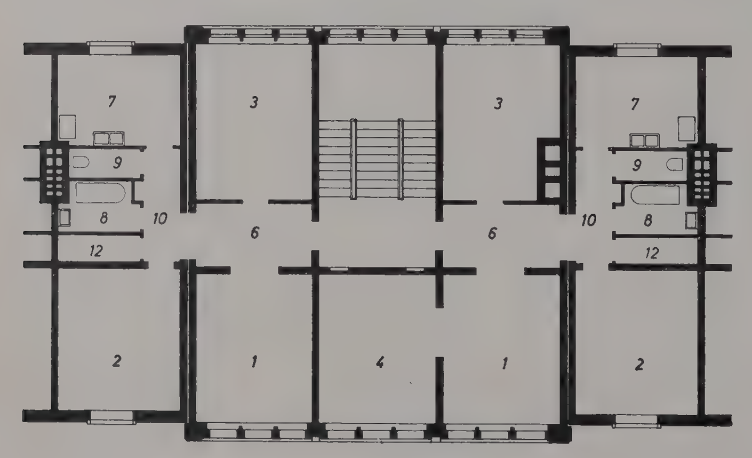


Abb. 7: Block A-Nord, Wohnsektion
1 Wohnzimmer – 2 Schlafzimmer – 3 Kinderzimmer – 4 Arbeitszimmer – 6 Diele – 7 Küche – 8 Bad – 9 WC – 10 Flur – 12 Abstellraum

Sektion	Wohnung u. Zimmerzahl	Wohnfläche m²	Nebenfläche m²	Mietfläche m²	Bebaute Fläche m²	Σ Reine Wohnfläche m²	Σ Mietfläche m²	Lfd. m Frontlänge m	Haustiefe m	Öffentl. Verkehrsfläche	K_1	K_3	K_4	K_5	K_6
		Wohnungen			**Sektionen**										
„D-Süd"	links (4)	70,12	44,25	114,37											
	Mitte (3)	51,35	27,04	78,39	375,37	172,84	287,85	28,25	13,25	24,38	0,60	6,12	11,8	1,32	2,17
	rechts (3)	51,37	43,72	95,09											
„D-Süd" Haus 2	links (3)	49,42	50,37	100,09											
	Mitte (3)	48,86	28,91	77,77	388,16	166,24	296,64	28,25	$13{,}70^5$	26,17	0,56	5,88	11,64	1,31	2,34
	rechts (4)	67,66	51,12	118,78											
„D-Süd" Abschl. Sektion	links (4)	82,10	43,57	125,67											
	Mitte (3)	60,51	32,90	93,41	464,86	199,46	332,46	23,38	16,38	47,74	0,60	7,02	6,97	1,40	2,34
	rechts (3)	56,85	56,53	113,38											
„D-Nord" Haus 1	links (2)	41,55	36,57	78,12											
	Mitte (2)	32,66	25,71	58,37	277,32	111,77	206,04	20,93	13,25	24,00	0,54	5,33	8,58	1,34	2,48
	rechts (2)	37,56	31,99	69,55											
„A-Nord" Haus 2	links (3)	64,47	37,37	101,84	312,76	148,00	222,58	22,46	14,40	31,79	0,66	6,59	7,06	1,40	2,10
	rechts (4)	83,53	37,21	120,74					13,25						

$K_1 = \frac{\text{Wohnfläche}}{\text{Mietfläche}}$ $K_3 = \frac{\text{Reine Wohnfläche}}{\text{Lfd. m Frontlänge}}$ $K_4 = \frac{\text{Mietfläche}}{\text{Allgemeine Verkehrsfläche}}$ $K_5 = \frac{\text{Bebaute Fläche}}{\text{Mietfläche}}$ $K_6 = \frac{\text{Bebaute Fläche}}{\text{Reine Wohnfläche}}$

erheblich überdimensioniert sind. Zum größten Teil sogar in einem Maße, das volkswirtschaftlich einfach nicht tragbar ist. Dieses Urteil trifft auch noch dann zu, wenn man berücksichtigt, daß es sich um Wohnungen an der Magistrale handelt.

Die ungewöhnlichen Überdimensionierungen sind sowohl in den Wohnflächen als auch in den Nebenflächen der Wohnungen festgestellt worden (siehe Tabelle). Die Ursache der Unwirtschaftlichkeit dieser Sektionen liegt in der Tatsache begründet, daß die Maße der Achsabstände für die tragenden Querwände und auch die Haustiefen zu groß sind.

Eine Reduzierung der Gebäudetiefe und der Frontlänge wäre ohne Veränderung der Grundrißkomposition und ohne wesentliche Einschränkung der Wohnqualität in allen Sektionen möglich gewesen.

Für Normalsektionen (Zwei- und Dreispänner) sind Haustiefen von 13,25 m, $13{,}70^5$ m und 14,40 m völlig unberechtigt, das gilt besonders für Sektionen in mehrgeschossiger Bauweise.

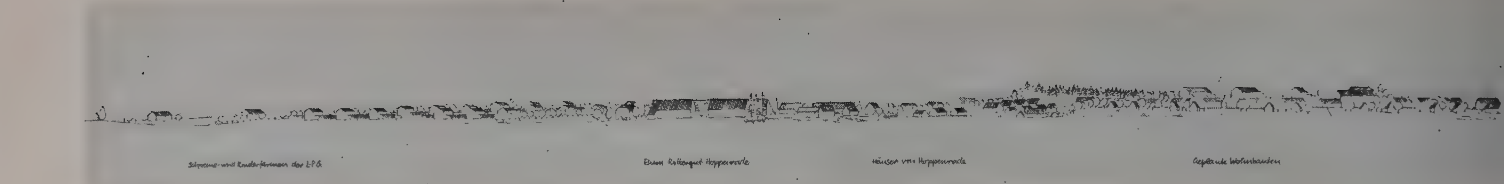
In der Stalinallee in Berlin wird z. B. in den Normalsektionen eine Haustiefe von 13,50 m nicht überschritten, obwohl bei vielgeschossigen Häusern durch die Anlage von Aufzügen und Müllschluckern eine größere Haustiefe notwendig und berechtigt ist. Beim Fehlen dieser Anlagen ist es möglich, ohne Beeinträchtigung der Qualität der Wohnungen mit einer geringeren Haustiefe auszukommen.

Eingehende Untersuchungen im Institut für Wohnungsbau der Deutschen Bauakademie über notwendige Haustiefen beweisen z. B., daß bei Sektionsgrundrissen für vielgeschossige magistrale Bebauung in Stahlbetonskelettbauweise eine Haustiefe von 12,30 m völlig ausreichend ist, um auch in einem Dreispänner qualitativ einwandfreie Wohnungen anordnen zu können.

Bei allen untersuchten Dreispänner-Sektionen muß festgestellt werden, daß eine richtige Orientierung der Zimmer nach der Himmelsrichtung nicht erreicht worden ist. Sektionen, die nur für Nord-Süd-Lage des Baukörpers geeignet sind, wurden für die Ost-West-Lage verwendet, d. h., daß alle Wohnzimmer der seitlichen Wohnungen reine Nordlage aufweisen. Das ist ein großer Nachteil, der die Qualität dieser Räume stark vermindert. Die Anwendung gleicher Küchen und Bäder, die eine Vorfabrizierung der gesamten Installation für diese beiden Räume ermöglicht, ist nicht in vollem Umfange gelungen, wenn auch eine starke Ähnlichkeit festzustellen ist.

Sehr große Mängel sind in allen Küchen der untersuchten Sektionen festgestellt worden. In keinem einzigen Falle ist der neueste Stand der Küchenforschung berücksichtigt worden. Lage, Form und Größe der Küchen sowie die Stellung der Objekte Herd und Spüle lassen einen einwandfreien, kraft- und zeitsparenden Arbeitsablauf nicht zu. Es muß aus diesen Gründen unbedingt die Forderung erhoben werden, daß den Küchen bei der Entwurfsarbeit größere Beachtung zu schenken ist.

Den Verfassern ist es trotz mancher Vorzüge nicht gelungen, die unbedingt notwendige Einheit zwischen Wohnqualität und Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Erhöhung der Wohnqualität darf nicht heißen: Erhöhung der Wohn- und Nebenflächen, sondern muß als Ausdruck ernsthafter und wissenschaftlicher Entwurfsarbeit seinen Niederschlag in qualitativ einwandfreien Wohnungen finden, die der Kritik einer Analyse standhalten. Voraussetzung dazu ist aber, daß sich alle auf dem Gebiet des Wohnungsbaues tätigen Architekten mit den neuesten Erkenntnissen des Wohnungsbaues vertraut machen, denn nur so wird es gelingen, in kurzer Zeit alle noch vorhandenen Schwächen zu überwinden.



Dipl.-Ing. Fritz Riemann

Lehrbeauftragter am Institut für Garten- und Landeskultur der Humboldt-Universität Berlin

Das Dorf im Landschaftsbild

Die gesellschaftliche Entwicklung, die ökonomische Intensivierung und der technische Fortschritt bringen es mit sich, daß ihre sichtbaren, die Umwelt des Menschen gestaltenden Ergebnisse nicht mehr einer gefühlsmäßig, unbewußten Formgebung überlassen bleiben können, sondern einer bewußten, wissenschaftlich fundierten Gestaltung bedürfen.

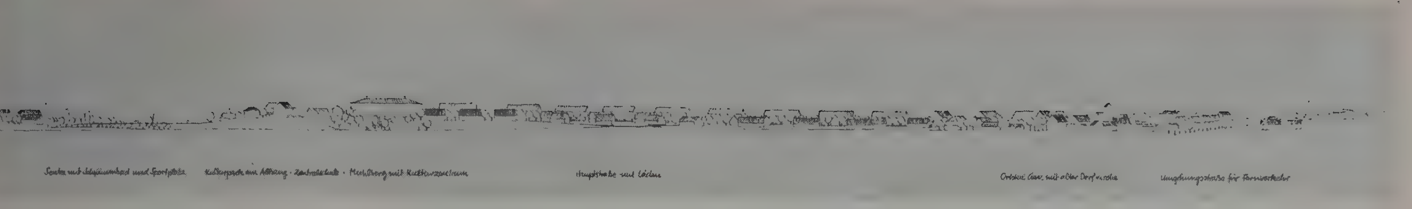
Bis zu einer gewissen Entwicklungsstufe der Landwirtschaft waren die Bauern, gestützt auf Überlieferungen, Erfahrungen und Gewohnheiten, in der Lage, ihre Höfe und Dörfer selbst auszugestalten. Genauso standen die wenigen handwerklichen Fachkräfte, die sie dabei unterstützten, unter festen Regeln ihrer Zunft, so daß außer Berücksichtigung der betrieblichen Funktionen und handwerklicher Tüchtigkeit auch die künstlerische Einheit eines Ordnungsbildes zustande kam, das heute noch da, wo es erhalten geblieben ist, überzeugend und schön wirkt.

Die letzten 100 Jahre baulicher Entwicklung haben bewiesen, daß diese selbstsichere Harmonie verschiedener, oft in inneren Widersprüchen verbundener Komponenten nicht mehr durch gesicherte Traditionen, Vorbilder und Erfahrungen gelenkt werden kann, da durch die Sprunghaftigkeit und bis dahin in der Geschichte nicht gekannte Schnelligkeit der Entwicklung die Voraussetzungen dafür verlorengegangen sind. Die Bindung von einzelnen Bauwerken, Dörfern und Städten in das Landschaftsbild ist deshalb eine Forderung, die um so öfter gestellt wird, je weniger die Ergebnisse der Bautätigkeit den Vorstellungen und Erwartungen entsprechen.

Allerdings kann diese Forderung auch nur unzulänglich erfüllt werden, solange Grund und Boden Privateigentum ist und als Ware behandelt wird. Denn die Bindung von Bauwerk und Landschaft setzt weniger die Anwendung heimatlicher Architekturmotive, bodenständiger Baustoffe und handwerklicher Bauweisen voraus als vielmehr nach gesellschaftlichen und landschaftlichen Bedingungen bestimmte Gebäudestandorte und -ausrichtungen.



Dorf am Fluß – es lehnt sich an den Rand einer Terrasse über dem Überschwemmungsgebiet an, die Struktur seiner Bebauung folgt parallel dem Flusse, damit auch den dorthin strömenden Oberflächenwässern die Vorflut zwischen den Häusern freigebend. Für das Schloß ist der landschaftlich exponierteste Standort gewählt. Die Struktur der gesamten Landschaft ist auf die durch den Fluß vorgezeichnete Richtung bezogen.



Zentraldorf Hoppenrade – Ansicht der Bebauung des Südhanges gegen den Cedergrund. (Silhouette eines Planungsvorschlags)

Im Ordnungsbild des alten Dorfes sind die Baukörper nach diesen Bedingungen gruppiert, proportioniert und zueinander und zu ihrer Umgebung in Beziehung gesetzt. Die den Raumkörper des Dorfes bildenden Höfe liegen benachbart in gerader oder gekrümmter Linie aneinandergereiht, ohne sich in Form oder Größe wesentlich zu unterscheiden. Aus diesen heben sich Bauten besonderen Ranges und gesellschaftlicher Bedeutung heraus, die sich in der Form, aber auch durch topographisch hervorgehobene Lage aus der Masse der Höfe herausheben, indem sie sich zu dieser in Kontrast stellen. Die deutsche Dorfkirche ist schlechthin zum Symbol dieses künstlerischen Prinzips geworden.

Während der Entwicklung der vergangenen 100 Jahre erfolgte die Aufstellung und Bemessung der Bauten fast ausschließlich auf Grund von privaten Entscheidungen. Da das private Individuum sein Verhältnis zur Gesellschaft mit Hilfe seiner Kapitalkraft selbst bestimmte, wurden auch seine Bauten Kennzeichen seiner Position im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf. Das trifft auch für das Dorf zu, als nach der Separation sich schlagartig die kapitalistischen Verhältnisse in der Landwirtschaft durchsetzen konnten. Sofort nahmen die Bauernhöfe, die bis dahin relativ gleichmäßige Strukturen auf Grund der Hufenordnung aufgewiesen hatten, die unterschiedlichsten Größen an, die zudem nunmehr häufigen Veränderungen unterworfen waren. Dazu traten noch ständige Neuerungen auf den Gebieten der Land-



Waldhufendorf im Gebirge – Straße und Bebauung folgt aus dem Hintergrunde des Bildes zunächst parallel dem Oberlauf eines unscheinbaren Baches, unterhalb der Kirche erfolgt ein Zufluß von rechts, daraufhin setzt sich die Bebauung vom Bache ab und folgt diesem weiterhin parallel in höherer, weniger gefährdeter Lage am Hang. An der Versetzungsstelle hat die Kirche und das dörfliche Zentrum einen überzeugenden Standort gefunden.



Die Oberflächengestalt der Landschaft ist durch das Wasser Gesetzmäßigkeiten unterworfen, die nicht ohne Einfluß auch auf die Maßnahmen des Menschen, insbesondere seine Bauten, sind. Deshalb liegt das Dorf nicht „irgendwo", sondern sucht Anlehnung an eine sehr ausgeprägte topographische Situation. Hier ist es das äußere Ufer einer Flußkrümmung. Das Dorfzentrum liegt erhöht in der nächsten Gegenkrümmung. Auf dem anderen Ufer ist eine Fabrikanlage zu sehen, die in ihrer Konzeption einer LPG-Betriebsanlage vergleichbar ist. Durch die topographische Bindung der Siedlung wirkt das Bild geordnet und abgerundet. Lediglich der Bahnhof links neben dem Ort findet keine verständliche Anbindung.



Im Vordergrund tritt ein Bach aus dem Bild hervor, der hinter dem Dorf von links her eingetreten ist. Das Dorf liegt in einer Schlinge dieses Baches und gruppiert sich auf zwei Terrassen. Auf der vor dem Gleithang erfolgten alluvialen Ablagerung liegt das Unterdorf und rückt bis an den Rand des Überschwemmungsbettes heran. Das Oberdorf mit dem Ortszentrum liegt auf der Diluvialterrasse. An Stelle des Unterdorfes könnte auch eine LPG-Betriebsanlage treten.

wirtschaftswissenschaften und Landtechnik, die die Arbeitsmethoden und die Betriebsorganisation beeinflußten. Am wenigsten anpassungsfähig erwies sich der Gebäudebestand des Dorfes, der infolge seiner Dauerhaftigkeit und der damit verbundenen kapitalistischen Notwendigkeit, seine Anlagekosten über einen langen Zeitraum verteilen zu müssen, den kurzfristigen Änderungen schlecht folgen konnte. So kommt es, daß gegenüber der Stadt das Dorfbild noch so viele traditionelle Züge aufweist.

Man kann allerdings auch sagen, traditionsbelastete Züge behinderten die Weiterentwicklung der Landwirtschaft, denn in mehr als einer Hinsicht war das bestehende Dorf recht unzweckmäßig geworden. Vor allem verschärfte seine zunehmende Enge, die sich besonders in den Realteilungsgebieten auswirkte, die an sich schon durch den Konkurrenzkampf gegebene Gegnerschaft der Bauern untereinander. Das Dorf war ein Hindernis für die Entwicklung der Landwirtschaft im Kapitalismus geworden und im Vorteil waren die farmartig, außerhalb der Dörfer allein inmitten ihrer Felder siedelnden Bauern. Die typische Entwicklungsform der kapitalistischen Landwirtschaft in Deutschland, der ,,Preußische Weg" nach Karl Marx, ist deshalb das Rittergut geworden, das das ganze Dorf in seine Abhängigkeit gebracht hat, so daß man von diesem als einem einzigen Betrieb, dem sogenannten Gutsdorf, sprechen kann.

Diese Entwicklung blieb nicht ohne Rückwirkung auf das Dorf und seine Fluren als Erscheinungsbild der deutschen Landwirtschaft. Es kam die Zeit, in der bereits durch die geschichtliche Entwicklung im Keime vorhandene Gegensätze offenbar wurden und zur Auseinandersetzung drängten. Für das äußere Bild ergeben sich, da die formalen Erscheinungen von Dorf und Landschaft selbstverständlich außer zweckmäßig-funktionell auch künstlerisch-ästhetisch geordnet sind, hieraus die gleichen Folgen wie für alle Kunst im Kapitalismus: die Zusammenhänge von Inhalt und Form gehen verloren, genauso wie die von Theorie und Praxis abrissen oder der Gegensatz zwischen Stadt und Land schon beinahe als naturgegeben hingenommen wurde.

Dieser Riß wirkte sich dahin aus, daß eine Gruppe von Landwirten sich völlig dem Kapitaldienst verschrieb und die Zweckmäßigkeit zu ihrer Religion machte. Es waren diejenigen, die ihre Fluren ,,ausräumten", d. h. von Baum und Strauch säuberten, um dem Dampfpflug freie Bahn zu schaffen, die farmmäßige Monokulturen anstrebten, indem sie z. B. durch Dränage den Wasserhaushalt ganzer Landschaftsräume in Unordnung brachten, um auf ihren eigenen Parzellen Höchsterträge zu erzielen und damit zum Raubbau an der Natur übergingen, die im übrigen durch Schnitterkasernen, Insthäuser, Großscheunen und Großställe das Bild des Dorfes entscheidend veränderten.

Auf der anderen Seite stand die Gruppe von Landwirten, die glaubten, das äußere traditionelle Bild der deutschen Landwirtschaft fortführen zu können. Sicher war diese Gruppe im Gegensatz zur anderen von einer Möglichkeit der organischen Fortführung der Traditionen überzeugt und stützte sich dabei auf den Volkstumsgedanken, war aber in der Realität dazu verurteilt, wie die andere Gruppe in erster Linie den Verpflichtungen des Kapitaldienstes nachzukommen. So blieb die Aufrechterhaltung der Traditionen eine rein äußerliche und zudem kostspielige Romantik. Es ist nicht möglich, allein mit der Anwendung ländlicher Architekturmotive, wie Fachwerkgiebeln, Strohdächern oder ande-

ren herkömmlichen Dachformen die Traditionen zu wahren. Das Wesen echter Traditionen besteht darin, der formalen Erscheinung der menschlichen Umwelt ihre Individualität zu sichern und diese dadurch zur Heimat zu machen. Infolge der Aufspaltung des Lebens in die Spezialvorgänge der Arbeitsteilung als Folge von Industrialisierung und Technisierung hat unsere Umwelt so verallgemeinerte Züge angenommen, daß wir uns in dieser nicht mehr „zu Hause" fühlen und Skeptizismus sich ausbreitet. Individualität in der künstlerischen Gestaltung entspringt weniger den Bedingungen der Persönlichkeit des Künstlers als der Besonderheit der Umwelt, in die diese hineingestellt wird. In der Architektur kann deshalb Individualität nicht im Funktionellen begründet liegen, das dem Stand der Produktivkräfte entsprechend allgemeine, veränderliche Züge trägt, sondern außer der sich mit den gesellschaftlichen Entwicklungsepochen ändernden Ideengrundlage (Baustil) in den nach menschlichem Ermessen relativ stabilen Naturbedingungen des Standortes. Für das Dorf ergeben sich daraus Zusammenhänge mit seiner Landschaft, dem Relief seines Standortes in dieser und dessen besonderen und dauerhaften Bedingungen.

Die Landschaft erweist sich als die den geringsten Veränderungen unterworfene aller Komponenten, die die äußere Erscheinung des Dorfes beeinflussen. Ihr kommt infolgedessen eine besondere Rolle zu, und sie ist es auch, aus der sich Beziehungen für die Stellung und Gruppierung der Gebäude herleiten lassen, die bewirken, daß eine eigenartige, nur in dieser bestimmten landschaftlichen Situation mögliche räumliche oder körperliche Wirkung zustande kommt, die ein unverwechselbares, einmaliges und als Heimat anerkanntes Bild ergibt.

Es ist ein Ergebnis spezialistischen, den Zusammenhängen des Lebens entfremdeten Denkens, wenn planerische Entscheidungen ohne Kenntnis der topographischen Situation getroffen werden. Der zweidimensionalen Darstellung der Horizontalprojektion auf dem Reißbrett mangelt ohnehin die rechte Anschaulichkeit. Darüber hinaus oder vielleicht gerade dadurch verursacht, hat sich die verhängnisvolle Übung eingebürgert, Gelände, die eben erscheinen, als geometrisch völlig eben anzunehmen. In der Realität der Natur gibt es jedoch keine geometrische Ebene, sondern die Oberfläche der Landschaft ist stereometrisch modelliert und in ihrer Reliefgestalt gewissen Gesetzmäßigkeiten unterworfen, die sich in unseren Breiten wesentlich aus der Einwirkung des fließenden Wassers ergeben.

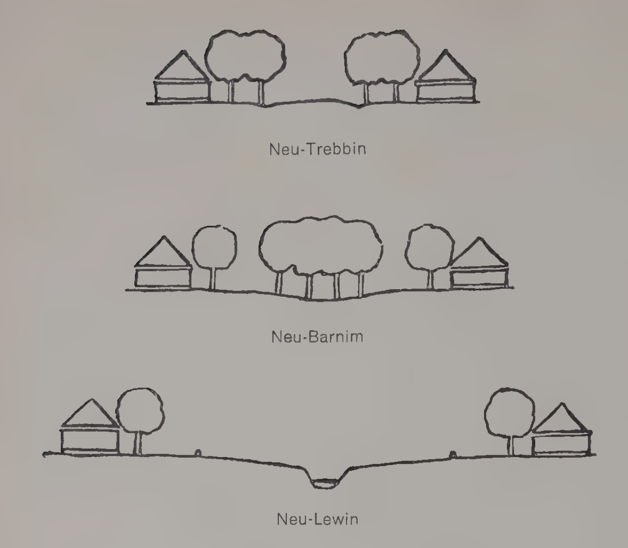
So kann man grundsätzlich in jeder Landschaft, selbst in scheinbar ebenen, zwei ineinandergreifende Systeme unterscheiden:

ein „positives", konvexes der Wasserscheiden,
ein „negatives", konkaves der Vorfluter.

Diese Begriffe seien hier nicht in ihrer geographischen Bedeutung verstanden, sondern in ihrer Anwendung erstreckt auf die topographische Situation, den lokalen Maßstab des ein-



Die Enge der Dörfer im Thüringer Realteilungsgebiet spricht für Herausnahme und Zusammenfassung der Betriebsanlagen an einem neuen Standort außerhalb der Ortslage.



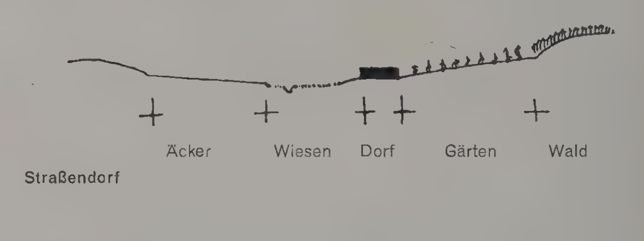
Querschnitte von Dorfstraßen aus dem Oderbruch

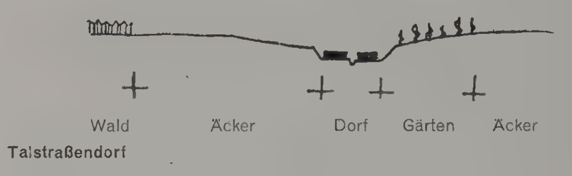
zelnen Landschaftsraumes. Zwischen diesen natürlichen topographischen Begrenzungen, die sich als Linienzüge festhalten lassen und gleichzeitig auch als Begrenzungen menschlicher Wirkungsbereiche, also als Ackergrenzen, Gewann- bzw. Bonitierungsabgrenzungen, Gemarkungsgrenzen, Ortsränder usw. eine Rolle spielen können, erstrecken sich mehr oder weniger geneigte Hangflächen. Wie gering die Neigung sein kann, um bereits der abtragenden Wirkung des Oberflächenwassers zu unterliegen, mag die Angabe von J. H. Schultze in „Die Bodenerosion in Thüringen" erläutern, der sagt, daß bei 3 bis 5 % Neigung Bodenerosion eintritt.

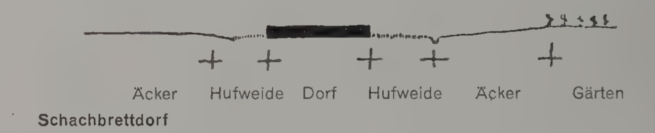
Mit dieser Analyse der topographischen Voraussetzungen der Dorfplanung befinden sich die künstlerischen Interessen des Architekten auf gleicher Ebene mit den ökonomischen des Landwirts, dem W. R. Wiljams in der Lageflächenanalyse seines Trawopolnajasystems der Landwirtschaft die gleichen ökologischen Voraussetzungen gibt. In dieser Tatsache liegt ein starkes Argument für die Richtigkeit der Anschauung und die Wiederherstellbarkeit der Einheit von Inhalt und Form in der Gestaltung des Dorfes, für die sich damit die Möglichkeit eröffnet, die Tektonik der neuen Anlagen der LPG-Großbetriebe und Kulturzentren mit dem Rhythmus der der Großflächenwirtschaft unterworfenen Landschaft in Einklang zu bringen und sich in entsprechender künstlerischer Qualität neben dem schönen Bild des alten deutschen Dorfes durchzusetzen.

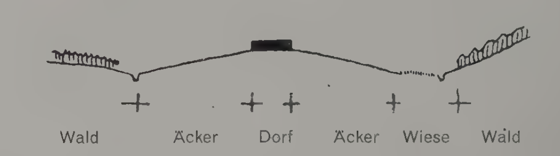
Das Wasser zum Ausgangskriterium der Standortwahl und Situierung von Gebäuden und Dörfern oder Dorferweiterungen zu machen, hat seine Berechtigung darin, daß alle Bauwerke von diesem abhängen. Ist es nicht in jedem Falle infolge der Ableitung verbrauchter Wässer, die bei Wohn-, Stall- und einer Anzahl betrieblicher Gebäude auftreten, so ist doch bereits bei der Fundierung auf Grundwasserverhältnisse Rücksicht zu nehmen oder darauf, daß sich Gebäude den Vorflutern, auch solchen, die nur gelegentlich Wasser führen, nicht in den Weg stellen. In diesem Zusammenhang sei an die Hochwasserkatastrophe von Bruchstedt erinnert, wo im Jahre 1950 59 Häuser zerstört, weitere beschädigt und im übrigen Menschen und Vieh ums Leben kamen. Dort waren im Hochwasserbett eines Baches mit dem bezeichnenden Namen „Wilder Graben" Gebäude errichtet worden, die der Naturkatastrophe zum Opfer fielen.

Die Rücksichtnahme auf die Bedingungen des fließenden Wassers in der Natur ist zwar in ihrem Ursprung eine funktionelle Forderung, in ihren Auswirkungen auf alle Baumaßnahmen von Hochbauten bis zu Verkehrsanlagen und Maßnahmen der Landeskultur wird sie jedoch zum Ordnungsprinzip der Natur schlechthin, zum Regulativ, das die Natur im dialektischen Prozeß der Auseinandersetzung von Mensch und Natur dem Menschenwerk auferlegt. Damit wird dieses Prinzip zur Grundlage der topographischen Bindung des Bauwerks an den Boden und des Dorfes in das Landschaftsbild. Es verschließt sich auch keineswegs einer wissenschaftlich analysierenden Betrachtung. So lassen sich aus der in unseren alten Siedlungen zu beobachtenden Tatsache, daß Straßen, Gebäude und Siedlungskomplexe zu landschaftlichen Schwerlinien oder Leitrichtungen eindeutige parallele oder winkelrechte Beziehungen eingehen, bestimmte Rückschlüsse ziehen. Diese verraten, daß bei der Anlage von Bauten und

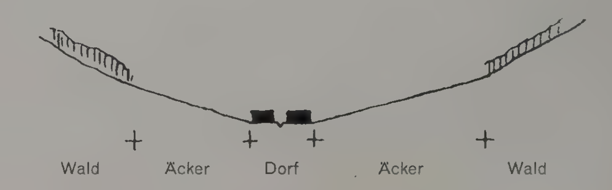




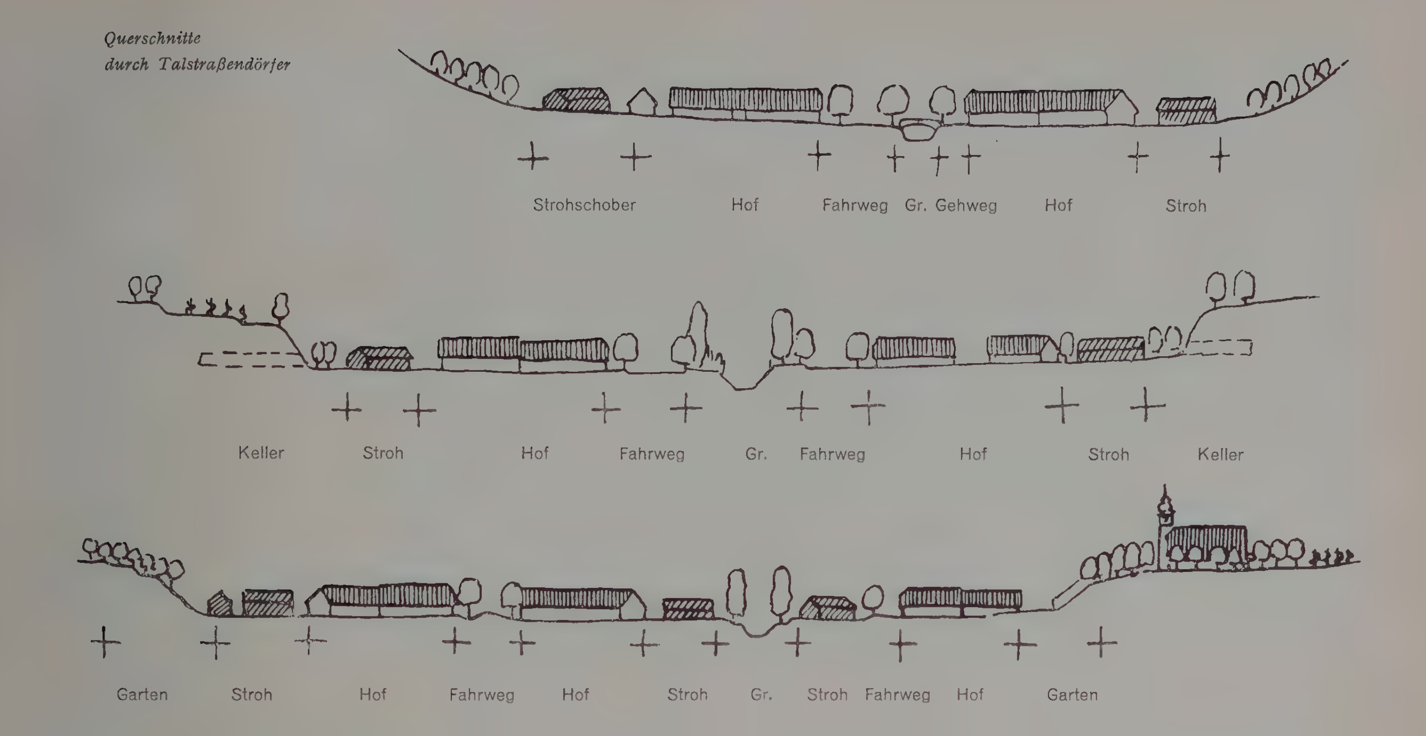




Waldhufendorf



Lage der Dörfer in der Landschaft



Siedlungen in der Landschaft folgende Gesichtspunkte Beachtung fanden:

1. unbehinderte Ableitung des Wassers,
2. weitgehende Schonung des Wasserhaushalts im Boden,
3. Schutz vor den Gefahren durch das Wasser.

Schwerlinien oder Leitrichtungen der Landschaftsräume sind fast ausnahmslos Gewässer oder Vorfluter, auch soweit keine ständige Wasserführung vorliegt, jedenfalls die Hauptbewegungsrichtung oder der Stromstrich des Wassers. Auf dieses landschaftliche Rückgrat richtet sich alles menschliche Wirken im Raume aus, sei es stationär wie Haus und Siedlung oder in der Bewegung wie Verkehr oder Ackerbau u. dgl., und wird dadurch mit dem Rhythmus der Natur in Übereinstimmung gebracht. Die Richtungen sind überwiegend parallel, aber auch winkelrecht, jedenfalls durch menschliche und natürliche Ordnung gemeinsam bedingt. Geht man dazu über, die dritte Dimension in der Landschaft, nämlich ihre Höhenentwicklung, in der Entwurfsarbeit durch Höhenschichtlinien sichtbar zu machen, findet man, wie sich alle Baumaßnahmen, die diesem Prinzip entsprechen, harmonisch einordnen lassen.

Man kann diese Richtungsbeziehungen bereits als Grundsatz für die Masse aller Bauobjekte formulieren. Voraussetzung ist allerdings, und das ist ebenfalls eine grundsätzliche Forderung für Einbindung in die Landschaft, daß die Bauwerke körperlich auf Richtungsaufnahme, d. h. mit einer Hauptfirstrichtung oder über oblongem Grundriß, proportioniert werden, was für alle alten Bauten, die keine individuellen Besonderheiten repräsentieren, zutrifft. Im Gegensatz dazu ist das bürgerliche Einfamilienhaus der jüngsten Zeit ausgesprochen richtungslos, durch Zweigeschossigkeit auf nahezu quadratischem Grundriß dem Würfel verwandt und damit ungesellig, obwohl es sich mit mehreren gleichen Gebilden in eine Baufluchtlinie einreihen muß. Im Bild alter Dörfer oder Städte fallen jedoch auch einzelne Bauten auf, die sich dieser gemeinsamen Richtung eigenwillig entgegenstellen. Das trifft vor allem für die in großer Zahl der aus dem Mittelalter her erhaltenen Kirchen zu, die „geostet" sind (Chor nach Osten, Turm nach Westen orientiert). Trotzdem bleiben die Kirchenbauten aber durch ihre Anbindung an hervorragende topographische Gegebenheiten, an Kuppen, Schwellen oder andere Zäsuren im Bodenrelief mit dem Rhythmus der Landschaft in Verbindung, den sie insbesondere durch ihre Situierung in oft eigenartiger Weise zu steigern vermögen.

Viele Dorfkirchen Mitteldeutschlands, in architektonischer Kargheit aus dem sich der handwerklichen Bearbeitung widersetzenden Material des Feldsteins erbaut, beweisen somit durch ihre überzeugende Erscheinung, daß Architektur bereits mit der richtigen Aufstellung eines Bauwerks in Landschaft und Dorfensemble zu beginnen hat, aber nicht unbedingt in dekorativem Schmuck kulminieren muß. Im übrigen sind diese Kirchen mit ihrer Nachbarschaft von Bauten höherer gesellschaftlicher Bedeutung, die historisch aus Pfarrhaus, Schule, Gasthaus und anderen bestehen, Anregungen für die Situierung ländlicher Kulturzentren, denen entsprechend ihren neuen Maßstäben, die sie in das Landschaftsbild hineintragen werden, angemessene Lagen zuzuweisen sind. Sie beweisen weiterhin, daß Bauwerke besonderen gesellschaftlichen Ranges das Recht haben, sich in eigenwilliger Orientierung gegenüber der landschaftsbedingten Struktur der Häusermasse des Ortsbildes zu behaupten bzw. sich zu diesem wie auch zur Landschaft in Kontrast zu setzen. Der Turm, der die Dorfkirche zwar als solche ausweist, ist also nicht das einzige Kriterium ihrer entscheidenden Rolle für das historische Dorfbild, wie man bei oberflächlicher Betrachtung leicht und vereinfachend annehmen



Die Rolle der Bäume im Dorfbild. – Die verschiedenen Erscheinungsformen der Bäume unterstützen die architektonische Ensemblewirkung: die vertikal betonten Formen wirken als Ausrufungszeichen und sind nur an entscheidenden Punkten möglich, z. B. an den Brückenköpfen, am Dorfeingang usw., die Baumreihe wirkt als Raumabschluß des Dorfplatzes gegen das Wasser, zugleich auch als dessen Zusammenhalt und Unterstreichung.

Unten: Das architektonische Ensemble des Dorfzentrums in der Vergangenheit und heute: Dittmannsdorf, Bez. Leipzig (links), und Hohendorf, Bez. Leipzig (rechts), Lübbenau, Spreewald (links), Nassau, Erzgeb. (rechts).









mag. Man denke nur an den berühmten Dom zu Freiberg in Sachsen, der sich turmlos im Stadtbild, trotz der Konkurrenz anderer turmbekrönter Kirchen, behauptet und auch in den Straßen allenthalben wirksam in Erscheinung tritt. Eine für das als Dominante die Dorfsilhouette beherrschende Kulturhaus geeignete Betrachtung gibt Theodor Fischer in seinen „Sechs Vorträgen über Stadtbaukunst“ (Seite 79–81):

„Nicht die Aufstellung des Kontrastes an sich ist Kunst, sondern die Bewältigung alles Kontrastierenden zur Einheit – die Auflösung der Dissonanz erst gibt die Befriedigung.
Die Dominante kann die harmonische Einheit herstellen: Der Kirchturm im Dorf, die hochstrebende Kathedrale dominieren als Kontrast, der Tempel der Akropolis ist kein Kontrast, er ist den breitgelagerten Häusern der Stadt form-

verwandt. Also kann auch die Ähnlichkeit dominieren, wenn sie der Masse durch inneren Gehalt überlegen ist. Die ähnliche Form sprechen wir demnach als ein dem Kontrast koordiniertes Kunstmittel an."

Ausgehend von der neuen allbeherrschend zu gestaltenden Dominante des Kulturhauses kann die dörfliche Silhouette durch zweigeschossige Gebäude Bereicherung erfahren, die im Zuge einer Hauptstraße das geschäftliche Leben repräsentieren durch Verkaufs-, Geschäfts- und Dienststellen in den Erdgeschossen, während die Obergeschosse Wohnungen der darin Beschäftigten aufzunehmen haben.

Durch neue Anlagen der genossenschaftlich betriebenen Großlandwirtschaft werden dem Dorfe wie dem Landschaftsbild weitere neuartige Züge verliehen werden. Da LPG- und MTS-Anlagen sich vom Dorfe absetzen werden, um sich frei nach eigenen Gesetzen entwickeln zu können, sind für diese aus funktionellen und ästhetischen Gründen tiefere Lagen als die des Dorfes anzustreben. Denn Dorf und Kulturzentrum müssen das Bild beherrschen. Dem kommt entgegen, daß es aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Hygiene erwünscht ist, wenn sich die betrieblichen Anlagen an einer günstigen Vorflut anlehnen, so daß deren wasserwirtschaftliche Erschließung keinen übermäßigen Aufwand nach sich zieht.

Die Flur in der Landschaft als Produktionsgrundlage des Dorfes ist ebenfalls nicht ohne Gesicht, das sowohl eine ökonomische als auch ästhetische Komponente hat. Gegenüber der ausgeräumten der kapitalistischen Großlandwirtschaft kann es sich dabei nicht um eine romantische, die Natur nachahmende Ausstaffierung mit Bäumen und Sträuchern handeln. Auch die neue Landwirtschaft der LPG wird rationell betrieben und verbaut sich nicht ihre neu gewonnenen Großflächen. Es wird sich aber darum handeln, diese im Sinne der Gewanne der historischen Dreifelderwirtschaft zu ökologischen Einheiten, die gleiche Bonitäten und klimatische Expositionen zusammenfassen, zu machen. Damit kommen die neu zu ordnenden Schläge in Übereinstimmung mit den Lageflächen nach Wiljams und der eingangs geschilderten, im wesentlichen durch das Wasser geschaffenen landschaftlichen Ordnung oder, kunsttheoretisch betrachtet, in Zusammenhang mit dem landschaftlichen Rhythmus. Die Grenzstreifen zwischen den Schlägen oder Gewannen sind



Der Ortsrand eines Neubauerndorfes bedarf noch des Zusammenhalts durch Großgrün, das zugleich als Wind- und Wetterschutz dient.

unter diesen Umständen landschaftliche Zäsuren, die für eine ackerbauliche Nutzung weniger oder ungeeignet sind, dafür um so mehr Feldwege, Gehölzstreifen, Windschutzpflanzungen oder Entwässerungsgräben aufnehmen können. So wird die neue Wirtschaftsform das Landschaftsbild durch Dorfausbau und Flurumgestaltung wieder zu einem harmonischen Gesamtbild zu entwickeln in der Lage sein, das bisher unter der Aufspaltung der Interessen schwere Beeinträchtigungen erlitten hatte.

Starke zusammenfassende und ordnende Impulse werden dabei von der Naturbedingung des Wasserhaushaltes als eine alle menschliche Tätigkeit in der Natur beeinflussende Erscheinung ausgehen. Wobei als Wirkungsformen des Wassers Grundwässer, Oberflächenwässer und offene Gewässer ihr zusammenwirkendes System zum Grundgesetz und Rhythmus der deutschen Landschaft erheben. Da das Dorf das Wasser aus Existenzgründen aufsucht, wird dessen Struktur und Aufbau weitgehend durch dieses beeinflußt. Im Sinne der Einheit von Inhalt und Form der Lebenserscheinungen wirken sich diese Einflüsse auch auf das künstlerische Bild des Dorfes in der Landschaft aus, das somit außer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen auch topographische Ursachen hat. Mit Recht werden alle menschlichen Ansiedlungen mit Organismen verglichen, da sie auf Grund natürlicher Bedingungen existieren.





Manche Gartenstädte in Deutschland können als Beispiele und Studienobjekte für den Ausbau des neuen Dorfes dienen, wie beispielsweise die Gartenstadt am Luftschiffhafen in Potsdam.

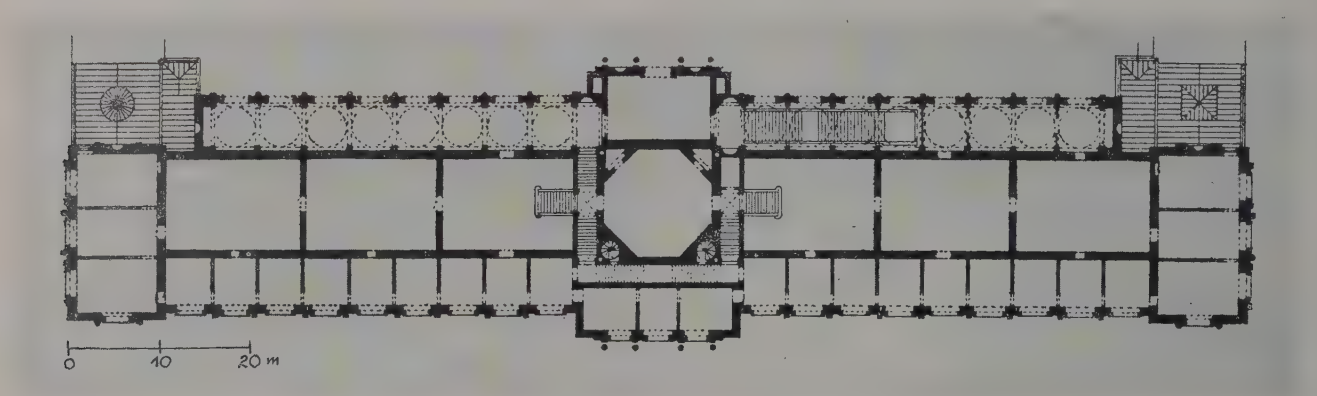
Zur Wiederherstellung der Dresdner Gemäldegalerie

Die Übergabe der Bilder der Dresdner Gemäldegalerie löste die Frage der Schaffung einer neuen Unterkunft aus. Das alte Museumsgebäude im Zwingerhof wurde bei den amerikanischen Terrorangriffen im letzten Kriege bis auf die Umfassungsmauern zerstört. Von allen Plänen zur Unterbringung hat der der Wiederherstellung dieses von Gottfried Semper geschaffenen Baues Beachtung gefunden und soll nun realisiert werden.

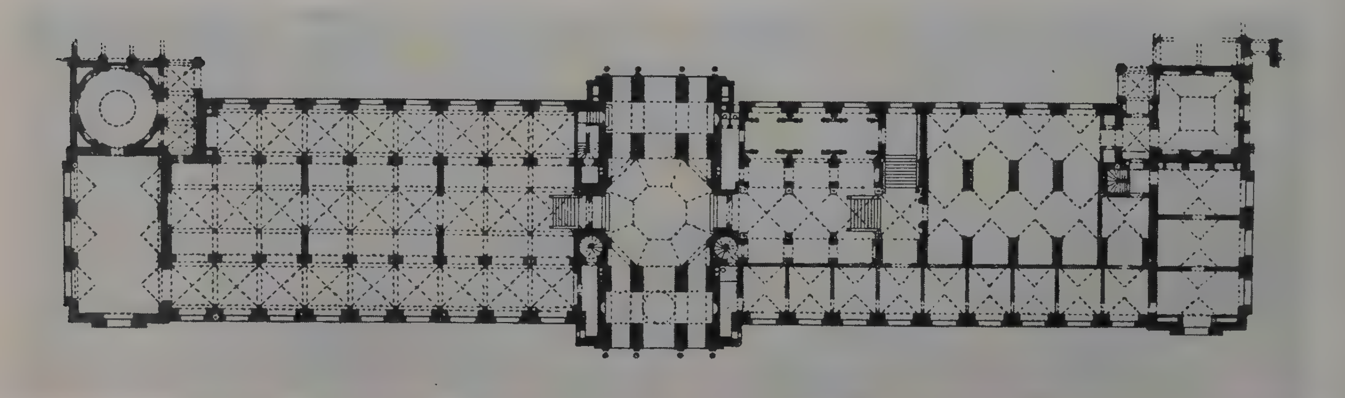
Das Museumsgebäude wurde 1847 nach Gottfried Sempers Plan begonnen und, nachdem der Baumeister 1849 Dresden wegen seiner Beteiligung am Barrikadenbau beim Mai-Aufstand verlassen hatte, unter Abänderung des von ihm geplanten Kuppelbaues durch die Architekten Haenel und Krüger vollendet. Das bis dahin zur Aufbewahrung der Kunstschätze dienende Galeriegebäude am Jüdenhof hatte sich durch die vielen Neuerwerbungen als unzulänglich erwiesen. Gottfried Semper, der seit 1834 auf Empfehlung Schinkels zum Professor an die Bauakademie Dresden berufen war, arbeitete verschiedene Entwürfe aus; im ersten steht das Museum auf dem Platze des Zwingerteiches, also zwischen dem Zwingerwall und der damaligen Stallstraße; in einem zweiten Entwurf ist der Zwingerhof auf seiner Nordseite erweitert, indem sich hier zwei Flügelbauten anschließen, während der dem Zwinger gegenüberliegende Bau zur Aufnahme der Kunstsammlungen bestimmt war. Erst der dritte



Dresdner Gemäldegalerie, Ansicht nach dem Zwinger – Heutiger Zustand



Grundriß Erdgeschoß – Nach dem Originalentwurf von Gottfried Semper



Grundriß Obergeschoß – Nach dem Originalentwurf von Gottfried Semper



Nordansicht – Ansicht nach dem Theaterplatz

Plan enthielt die heutige Konzeption und wurde für die Ausführung bestimmt. Insgesamt hat Semper nicht weniger als sieben Entwürfe zur Auswahl gestellt – ein Beweis, mit welcher Liebe und großem Fleiß er sich dieser Aufgabe widmete. Zum Bau kam auch nicht das von ihm eigentlich in Aussicht genommene umfassende Projekt, sondern das bekannte, etwas kleinere, mit dem er verstand, der heiteren Rokokoarchitektur des Zwingers eine festliche auf der Renaissance beruhende Dominante imponierend gegenüberzustellen.

Die Grundsteinlegung erfolgte am 23. Juli 1847. Die Baukosten betrugen 440000 Taler. Seit dem 25. September 1855 befand sich die Gemäldesammlung in ihrem neuen Heim, das im allgemeinen den Ansprüchen des Museums genügte. Durch einen Umbau der Säle der Galerie im Jahre 1910 wurde das Museum modernisiert.

Die Grundform des Gebäudes ist ein langgestrecktes Rechteck von 127 × 24 m, das durch ein Mittelrisalit und wenig vorspringende Eckflügel gegliedert ist. Die Architektur ist in den Formen der italienischen Hochrenaissance gehalten, einem Stil, den Semper in vielen seiner Bauten bevorzugte. Ein reicher Skulpturenschmuck von Ernst Hähnel (1811–1891) und Ernst Rietschel (1804–1861), den Gedankenkreis der antiken Kunst versinnbildlichend, schmückt das Bauwerk auf der Seite nach dem Theaterplatz, während die Zwingerfront von denselben Künstlern mit Figuren der Kunst der neuen Zeit ausgestattet wurde. Besonders reich durchgebildet ist der Torbau auf der Zwingerseite. Das Material zu dem Bau wie zu den Bildhauerarbeiten ist sächsischer Sandstein, und Semper hat die verschiedenen Farbnuancen des Kirchleitener, Naundorfer, Postaer, Bornsteiner und Postelwitzer Steines zur Gliederung und Wirkung des ganzen Baues benutzt.

Die Eingangshalle, durch die man in das Innere des Gebäudes tritt, erweitert sich in der Mitte zu einem achteckigen Raum, dessen Decke mit einer Flachkuppel versehen war. Die Gemälde- und Kunstsammlungen befanden sich teils in den direkt beleuchteten Zimmern und Kabinetten an den Außenseiten, teils in den großen Mittelsälen, die im Erdgeschoß auf eine indirekte Beleuchtung angewiesen waren. Die Mittelsäle des oberen Geschosses, ebenso wie sämtliche Räume des zweiten, von außen nicht sichtbaren Stockwerkes, erhielten ihre Belichtung durch Oberlicht – eine Raumbeleuchtung, die von vielen für ein modernes Museum als die beste angesehen wird.

Mit der Wiederherstellung der Galerie im alten Heim wird der Zwingerhof wieder geschlossen werden. Eine Verbindung mit den übrigen Kunstsammlungen in den Räumen des Zwingers würde hergestellt sein; es könnte schon heute die Planung für die Neugestaltung des früheren Theaterplatzes vorbereitet werden, die – wenn auch auf andere Weise – die großzügigen Gedanken sowohl Pöppelmanns als auch Sempers erneut aufnimmt und unter Verzicht auf das Belvedere und des Italienischen Dörfchens in diesem Ensemble Gebäude für künftige Erweiterungen der Museumsanlagen vorsieht.



Südansicht – Ansicht nach dem Zwinger

Architekt BSA Hans Schmidt, Basel

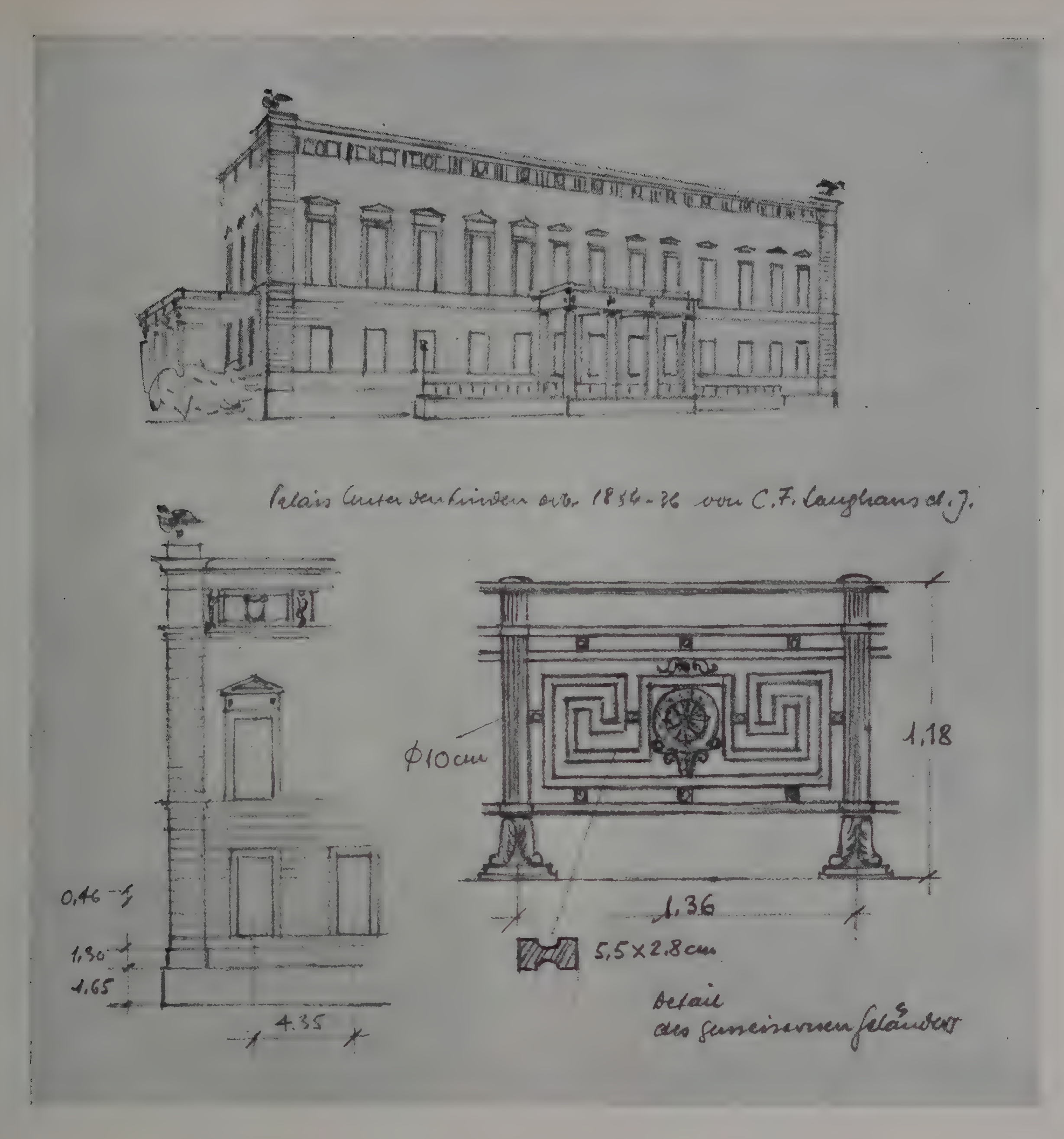
Architektonische Eindrücke einer Reise in die Deutsche Demokratische Republik

Wer aus der Schweiz kommend durch Deutschland fährt, erlebt zuerst die Weite der Landschaft. Wo sich in der Schweiz die verschiedenen Formen der Landschaft in raschem Wechsel drängen, da folgen von Basel bis Berlin in großartigen Rhythmen die weite Ebene des Rheines bis Frankfurt, die im Morgenlicht strahlenden Hochflächen zwischen Fulda und Göttingen, die gelassen ausgebreiteten Äcker und Wiesen zwischen Hannover und Magdeburg und schließlich die brandenburgische Ebene mit ihrem Wechsel von Kiefernwäldern, Heide und Wasser.
Die architektonischen Schöpfungen begleiten und steigern die Formen der Landschaft: die Dörfer – noch viel einheimischer Fachwerkbau mit einfachster Dachform; dazu die charaktervollen Gestalten der Türme – der massige, mit gedrungener Zwiebel und Laterne bekrönte Viereckturm der Gegend von Fulda und Bebra, eine frühmittelalterlich vieltürmige Anlage bei Braunschweig, die eigenartig eindringlichen Doppeltürme der Kirchen von Magdeburg. Türme zu bauen, als stärksten Ausdruck des Raumgefühls – sollten wir das ganz verlernt haben? Damit, daß wir – im Westen – Hochhäuser in der Form von Schachteln und Scheiben aufstellen, ist es doch wohl nicht getan.
Eine kurze Unterbrechung der Reise in Hannover verleitet zu einem Gang durch die wiederaufgebauten Straßen am Bahnhof. Modisch kühn aufgemachte Fassaden mit weit aufgerissenen Schaufenstern und tanzenden Leuchtschriften, eine rasch hingeworfene Architektur des momentanen Blickfangs und der alle Maßstäbe verzerrenden Reklame, in deren Mitte der würdige Steinbau des Landestheaters aus dem Jahre 1845 wie ein fremder Gast aus einer Welt auftaucht, zu der keine Wege mehr zu führen scheinen. Noch einmal, während der kurzen Fahrt durch die Berliner Westsektoren, erstrahlen den ermüdeten Reisenden eine gleißende Fata Morgana vorzaubernd, lichtübergossene Straße, blendende Schaufensterauslagen und ins tote Dunkel rufende Leuchtschriften.
Dann fährt der Zug in die Halle des Bahnhofs Friedrichstraße, wo der Ankömmling durch die Liebenswürdigkeit eines Empfanges überrascht wird, die ihn für acht Tage nicht mehr verlassen soll.
„Das steinerne Berlin“ hat Werner Hegemann 1930 die Riesenstadt genannt, die ich in den nächsten Tagen auf Fahrten und Gängen kreuz und quer kennenlerne und langsam zu erfassen suche. Die Bombenangriffe des letzten Krieges haben mächtige Lücken in den Organismus der Stadt gerissen. Weite, säuberlich aufgeräumte Flächen dehnen sich zwischen der stehengebliebenen, als Ruine erhaltenen oder wiederhergestellten Bebauung. Es ist selbst mit dem Stadtplan in der Hand nicht leicht, sich zurechtzufinden. Aber man stellt einen überraschenden Eindruck fest. Der „Steinhaufen“, durch den einst endlose, nur noch in den Namenschildern vermerkte Straßenschluchten führten, hat Luft und Raum bekommen. Die einzelnen Bauten wirken mit ungeahnter Plastik. Sollte es nicht möglich sein, einer Stadt, die wieder aufgebaut wird, diese Größe und Räumlichkeit, diese Tiefe und Weite des darüber geöffneten Himmels zu erhalten?
Die ersten Gänge führen mich ins Zentrum, wo die aus Abbildungen und Studien bekannten großen Bauten des historischen Berlins stehen. Neugepflanzte Bäumchen, nicht größer als die, welche auf den alten Stichen zu sehen sind, bezeichnen die Straße „Unter den Linden“. Eine eigentliche Landschaft in der Stadt ist hier in der Gegend des verschwundenen Königlichen Schlosses entstanden. Der weite Raum bringt die hier stehenden Bauten zu stärkster Wirkung – die Humboldt-Universität, die alte Wache, das Zeughaus, hinter dem die schwarze Ruine des Domes dräut, das Knobelsdorffsche Opernhaus, das von Architekt Prof. Paulick wiederaufgebaut und in durchaus überzeugender Form zu der den heutigen Erfordernissen entsprechenden Staatsoper erweitert wird, in der Ferne der Backsteinturm des Berliner Rathauses, dessen ausdrucksvolle Gestalt nicht ganz zum gewohnten Bild des charakterlos eklektizistischen 19. Jahrhunderts passen will. Muß Städtebau notwendigerweise und der zeitgemäßen Einheit zuliebe zur Unterdrückung charaktervoller, ihres historischen Anspruches wegen oft etwas unbequemer Bauten führen? Darf man im Städtebau gewissermaßen nur die „Einheit von Raum und Zeit“ wie im klassischen Drama gelten lassen? Das Berliner Zentrum – von dem Hans Bernoulli im Kolleg über Städtebau uns Studenten sagte, das Spiel der verschiedensten Architekturen sei hier besonders glücklich gelöst – zeigt einleuchtend, unter welchen Bedingungen es möglich ist, daß selbst die verschiedensten Bauten zusammenwirken können. Das Entscheidende liegt in der räumlichen Freiheit und Größe, wie sie sich hier – inmitten der Ruinen und leeren Flächen – als zukünftige Möglichkeit ankündet. Hoffen wir, daß keine Wiederkehr der unsere Städte verwüstenden privaten Bodenwirtschaft den Berliner Städtebauern mehr das Konzept verderben kann!

Im Berliner Stadthaus zeigt mir Nationalpreisträger Prof. Henselmann, der Chefarchitekt von Groß-Berlin, die Zeichnungen und Modelle für den Ausbau des Zentrums, der den Bau eines Hochhauses an der Stelle des ehemaligen, durch anglo-amerikanische Fliegerbomben zerstörten Schlosses und die Durchführung der bisher sehr unvollkommenen West-Ost-Verbindung vorsieht. Damit wird die Stadt eine Größe und einen Maßstab erhalten, wie ihn das vergangene Berlin nicht gekannt hat.
Den entscheidenden Schritt in den Maßstab eines neuen Berlin bildet die im wichtigsten Abschnitt bereits ausgebaute, bewohnte und belebte Stalinallee. Man kann die überraschende Größe und lebensfreudige Munterkeit dieser neuen Hauptstraße nicht aus Bildern und Plänen ermessen. Erst die Wirklichkeit, die lichterfüllte Weite des Raumes, die freundliche Wärme der mit lichtgelber, unglasierter Keramik verkleideten Fassaden, das belebende Element der Ladenfronten, zeigt das eigentlich Neue, das hier in einem kühnen Anlauf geschaffen wurde. Seit wann haben die Architekten nicht mehr die Möglichkeit gehabt, eine ganze Straße zu bauen? Die großen Beispiele der Rue de Rivoli in Paris, der Ludwigstraße in München, der Regent Street in London liegen schon über hundert Jahre zurück. Es ist eine schlechte Entschuldigung, wenn die Städtebautheoretiker des Westens jetzt erklären, die Straße als architektonisches Element im bisherigen Sinne sei überholt, weil es gälte, die Städte aufzulockern, aufzulösen... Die Stalinallee, die zum ordnenden Element des bisher vernachlässigten Berliner Ostens geworden ist, beweist das Gegenteil.
Gewiß – die Berliner Kollegen wollen nicht nur Lob hören. Das Ganze, ein Straßenabschnitt von fast zwei Kilometer Länge, ist so gewaltig und – trotz des aufmunternden Vorbildes, das der kühne Städtebau der Sowjetunion gegeben hat – so gewagt, daß sich die Kollegen fragen, ob man es auch richtig gemacht habe. Die Stalinallee zeigt, daß es richtig war, den großen Schritt, den der neue sozialistische Bauherr von den Architekten erwartete, nach bestem Können zu tun. Die neue Straße zeigt, welche unerwarteten Möglichkeiten in einer solchen Aufgabe liegen und was sich daraus als Erfahrung für die weitere Arbeit ergeben mag – einer Arbeit, die wohl in der Richtung einer stärkeren Beachtung des entscheidenden Elementes der Tiefenentwicklung, der Perspektive, in der bewußteren Gliederung des ganzen Ablaufs, in der Kontrastierung der noch zu sehr für sich komponierten Wohnblöcke gehen müßte.

*

In einem von Architekten, Ingenieuren und Bauhandwerkern gefüllten Saalbau in der Wuhlheide wickelt sich die Plenartagung der Deutschen Bauakademie ab. Die sehr gründliche Rede des Präsidenten, Prof. Dr. Kurt Liebknecht, und die ebenso aufschlußreiche Diskussion führen den Besucher aus der Schweiz in die wichtigsten Fragen ein, die sich in der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiete der Architektur und des Wiederaufbaus stellen: die grundlegende Aufgabe der komplexen Planung und der Typisierung, die drängende Frage der Baukostensenkung, das politisch im Vordergrund stehende, durch die Anwesenheit westdeutscher Architekten und Bauarbeiter unterstrichene Postulat der Einheit Deutschlands, die Schaffung einer deutschen Architektur auf der Grundlage nationaler Traditionen. Eine kleine Ausstellung zeigt die Richtung, in welcher die Architekten gehen, die dem Wiederaufbau das den verschiedenen Städten gemäße Gesicht geben sollen.
Wie die Berliner bei Knobelsdorff und Schinkel in die Schule gehen, so bemühen sich die Stralsunder vom Ernst der Backsteinarchitektur und die Dresdner von der Heiterkeit des Barocks zu lernen.
Das nationale Gesicht der Architektur – der Architekt aus dem Westen wird sich fragen, obwohl er weiß, daß das Volk das im Grunde auch dort von ihm erwartet, ob es das überhaupt noch geben kann? Um die Antwort zu finden, habe ich selbst, als Illustration eines Vortrages vor dem Architektenkollektiv der Deutschen Bauakademie, ein halbes Dutzend Lichtbilder mitgebracht, die etwas über das nationale Gesicht der Schweizer Architektur sagen sollten. Scheinbar Zufälliges: ein Steinhaus vom Thuner See, Stadttor und Kirche von Aarau, den Domplatz von Arlesheim, die Kalksteinfassade der Kirche von Mariastein, die Rue de la Corraterie in Genf und den von Schinkel inspirierten Beckenhof in Basel – aber dieses Zufällige konnte nur zwischen Jura und Alpen so liebenswürdig und ein wenig spröde zugleich geformt werden. Gibt es für dieses Nationale keine andere Aussicht, als den kleinbürgerlichen Dilettantismus des „Heimatstils“ auf der einen und die Hochglanzpapierarchitektur der internationalen Zeitschriften auf der andern Seite?



Palais Unter den Linden, erbaut 1834–36 von C. F. Langhans d. J. (Skizze des Verfassers)

Besuche in Dresden und Potsdam haben mir gezeigt, mit welch eigenartiger Kraft und beredter Phantasie eine deutsche Architektur zu sprechen imstande ist. Es gehört zum Reichtum, den die schöpferische Menschheit zu schaffen vermag, daß wir neben Paris, Versailles und Rom so Eigenartiges, Einmaliges besitzen, wie die bezaubernde Silhouette der Türme von Dresden, den einzigartigen musikalischen Bau von Sanssouci, die fast unheimlich großartigen Paläste von Potsdam. Schmerzlich Vieles steht nur noch als Ruine da – um so mehr freut man sich über das Erhaltene und Wiederaufgebaute: Sanssouci und das Neue Palais mit den Gontardschen Communs, den Dresdner Zwinger, die Schlösser von Pillnitz und Moritzburg bei Dresden. Man kann nicht an den Ruinen vorbeisehen. Diese Ruinen können unendlich niederdrückend wirken, wenn der Geist verschwunden ist, der aus ihnen Neues schaffen könnte, wenn neben ihrer stummen Größe das laute Wesen einer billigen Geschäftsarchitektur sich breitmacht. Aber dieselben Ruinen könnten ebensogut dieselbe Wirkung haben, die einst von den römischen Ruinen auf die Baumeister der Renaissance ausgegangen ist. Sie können, wenn der Wille vorhanden ist, sie als kostbares Erbe nicht nur wieder aufzubauen, sondern Neues aus ihrem Vorbild zu schaffen, den Ausgangspunkt für die Wiedergeburt einer großen Baukunst werden.

Die Ruinen, das schwere Schicksal von Berlin, Dresden, Warschau und Hunderten von weiteren Städten, führen eine eindrückliche Sprache. Es ist eigentümlich, zu beobachten, wie die Urgewalt des Bauens aus der Ruine oft stärker spricht als aus unbeschädigten Bauten. Man kann das in Warschau vor den Ruinen der Bauten eines Corazzi oder in Karlsruhe vor dem zerstörten Marktplatz Weinbrenners feststellen. Schinkels Schauspielhaus mit den beiden Kirchen von Gontard auf dem Platz der Akademie in Berlin zeigt, wenn man den zerbrochenen Portikus betritt, eine einzigartige räumliche Wirkung. In Potsdam stehen das Stadtschloß und das Rathaus mit seinen Obelisken in einer Größe da, die an Rom erinnert. Die mit dem Zwingerhof zusammen komponierte Museumsfassade Sempers überrascht durch eine Einfühlung und Musikalität, die der Schweizer, an den gewiß großartigen, aber etwas harten Bau des Polytechnikums in Zürich gewöhnt, von diesem Meister kaum erwartet hätte.

Der sehr respektable Kollege Leon Battista Alberti hat sich nicht gescheut, die Ruinen des Forum Romanum messend und forschend zu durchstöbern, um das Geheimnis der Größe römischer Baukunst wieder zu entdecken. Macht euch auf den Weg, ihr Städtebauer und jungen Architekten, und lernt von den Ruinen die verlorengegangene Würde und Heiterkeit der Baukunst, den Reichtum der menschlichen Schöpfung und die Mahnung zur Erhaltung des Friedens, von der letzlich die Erfüllung eurer Aufgabe abhängt.

Dr.-Ing. Walther Schneemann

„Jeder Wohnfläche gleicher Anteil an Freifläche"

Vergleicht man Stadtanlagen aus der Zeit ihrer Gründung oder glanzvollen Periode mit dem Entwicklungsergebnis, das die Epoche der ungezügelten Jagd nach Profit aus ihnen gemacht hat, dann erkennt man, wie fern sie der Erfüllung der ökonomischen und kulturellen Bedürfnisse ihrer Bewohner gerückt sind. Überall da, wo die Stadtanlage *für* die Einwohner gebaut worden ist, zeigt sie in Struktur und Wachstum das gleiche, nur der Epoche entsprechend abgewandelte Bild. Die antike Stadt hat im Zentrum Weiträumigkeit für die Bauten der öffentlichen Ordnung, der Kultur und Erholung. Inmitten der engen Wohnblöcke (dem südlichen Klima entsprechend) die weite Agora mit der Gerichtshalle, dem Tempel und dem Gymnasion. Auf dem weiten Platze die Möglichkeit zusammenzukommen, um die Fragen der Politik und der Ordnung des gemeinsamen Lebens zu behandeln oder die Feste der Gemeinschaft zu feiern. Nehmen wir das Forum der Hauptstadt des römischen Reiches zur Zeit der antiken Demokratie, so finden wir das gleiche, ins Große gestaltete Bild, die „Krone der Stadt" als repräsentatives Abbild ihrer lebensvollen Funktion. Sehen wir uns den Plan einer mittelalterlichen Stadt aus der Zeit der bürgerlichen Selbstverwaltung mit dem Marktplatz, dem Rathaus, der Kirche und dem Gesellschaftshaus an, dann spüren wir in gleicher Weise, diese Stadt haben sich die Bürger für ihre Bedürfnisse und als Niederschlag ihres politischen und kulturellen Willens gebaut.

Mit der Entwicklung der Warenwirtschaft und schließlich des Kapitalismus wurden die großen Plätze eingeengt, die früheren Marktbuden wandelten sich in feste Häuser, und aus einem Kulturzentrum wurde ein Handelszentrum. Dieses so entstandene Bild des Zentrums spiegelte sich auch wider im Wohnblock. Der ursprüngliche freie Raum hinter dem Hause an der Straße wird verbaut zur Gewinnung größeren Mietzinses oder nimmt sogar eine Fabrikanlage auf, um der durch die Bodenspekulation hohen Bodenrente einen entsprechenden Ertrag abzuringen.

Dazu sagen wir heute entschieden nein und verlangen, daß unsere Städte wieder der Wohlfahrt der Menschen dienen. Hieraus kommt unter vielen anderen auch diese eine Forderung, die wir unserer Untersuchung zugrunde gelegt haben: „Jeder Wohnfläche gleicher Anteil an Freifläche." Sie soll verhindern, daß Wohnungen in mehrgeschossigem Bau in lichtloser Enge stehen. Mit diesem Grundsatz müssen mit dem Anwachsen der Geschoßzahl bzw. der Wohnflächen die Freiflächen entsprechend zunehmen. Rücken die hohen Bauten dem Zentrum zu, so sollte also hier auch die Größe der Freiflächen zunehmen.

Wir wollen nun ein konkretes Beispiel zur besseren Anschaulichkeit untersuchen. Dabei stellt sich heraus, daß dieses Vorhaben nicht so ohne weiteres durchgeführt werden kann. Es muß erst ein Weg gefunden werden, wie man zu Kennzahlen für das städtebauliche Entwerfen kommt.

Damit diese Untersuchung nicht zu umfangreich wird, soll die Auswirkung der Forderung „Jeder Wohnfläche gleicher Anteil an Freifläche" an einem Wohnblock gezeigt werden.

Doch zunächst erst einmal eine Erläuterung der angewandten Begriffe: Einwohner (E); Bruttosiedlungsrohland (R) = die gesamte aufzuschließende Fläche; Nettosiedlungsrohland (W) = Wohnbauland (Baufläche, Hoffläche, Hausgarten); Öffentliche Freiflächen (F) = Erholungsflächen; Nettostraßenfläche (S) = Wohnweg, Wohnstraße, Wohnsammelstraße, Platz; Öffentliche Einrichtungen (OE) = Schulen, Kirchen, Kulturhaus, Verwaltung usw.

Dann ist: $R = W + OE + F + S$.

Der Wohnblock ist der vierte Teil eines Wohnkomplexes. Nimmt letzterer 5000 Menschen auf, dann sind im Wohnblock 1250 E untergebracht. Der Flächenbedarf eines Wohnblockes wird durch die Wohndichte bestimmt, d. h. Einwohnerzahl auf 1 ha Wohnbauland. Die Beziehung der Einwohnerzahl zum Wohnbauland wird der zur Gesamtfläche vorgezogen, was die Übersicht vereinfacht und erleichtert. Die notwendigen, ergänzenden Flächen, wie öffentliche Freiflächen, Straßen usw. werden in entsprechenden Prozenten zum Wohnbauland zugeschlagen. Die Zweckmäßigkeit dieses Verfahrens ergibt sich aus dem Nachfolgenden.

In der Aufgliederung des Bruttosiedlungsrohlandes ergeben sich durch Vorschriften der Bauordnung und soziale Forderungen von vornherein gesetzmäßige Beziehungen (γ), z. B.: Wohnbauland = 60–72% der Gesamtfläche (Bruttosiedlungsrohland), Freiflächen (einschließlich Straßen usw.) = 40 bis 28%. Weiter legt die Bauordnung die zulässige Bebauung (α) fest: $^{6}/_{10}$—$^{2}/_{10}$ des Wohnbaulandes, bestimmt Bauklassen mit Ordnung der Gebäude nach Geschoßzahl und Bauweise. Für die Verkehrsflächen wird aus der Erfahrung heraus ein Ausmaß von $^{1}/_{6}$ der Geschoßflächen gefordert und damit die Wechselbeziehung zwischen Bewohner und Verkehrsdichte geschaffen. Und am wichtigsten die Forderung, welche das Thema unserer Arbeit ist, daß mit dem Anwachsen der Geschoßflächen auch die Freiflächen zunehmen müssen.

Aus den soeben aufgestellten Bedingungen können nun nacheinander die benötigten Werte herausgezogen werden, um die Auswirkungen für unseren Entwurf zu erkennen.

Tafel I

	Flächenelemente	I Wohndichte 500 E/ha 4 und 5 Geschosse			II Wohndichte 400 E/ha 3 und 4 Geschosse			III Wohndichte 300 E/ha 2 und 3 Geschosse			IV Wohndichte 250 E/ha 1 und 2 Geschosse		
		ha	%*)	m²/E	ha	%*)	m²/E	ha	%*)	m²/E	ha	%*)	m²/E
a	Wohnbauland	10,00	60,00	20,00	12,50	64,00	25,00	16,67	68,00	33,33	20,00	72,00	40,00
b	Öffentl. Einrichtungen	2,50	15,00	5,00	2,50	12,80	5,00	2,50	10,19	5,00	2,50	9,00	5,00
c	Öffentl. Freiflächen	2,09	12,50	4,18	2,45	12,55	4,90	3,26	13,33	6,52	3,20	11,52	6,40
d	Straßen und Plätze	2,08	12,50	4,16	2,08	10,65	4,16	2,08	8,48	4,16	2,08	7,48	4,16
e	Summe	16,67	100,00	33,34	19,53	100,00	39,06	24,51	100,00	49,01	27,78	100,00	55,56

*) Erhöhung der %-Zahl mit fallender Wohndichte

Geschoßfläche = $5000 \times 25{,}0\ m^2 = 125\,000\ m^2$ bei durchschnittlich $25{,}0\ m^2/E$

Flächenbedarf für einen Wohnkomplex von 5000 Einwohnern

Grundsatz: Annähernd gleiche Freifläche für jede Geschoßfläche

Wohndichte = Einwohnerzahl auf 1 ha Wohnbauland

Wohnbauland = 60—72% des Rohlandes

Freiflächen $(b + c + d)$ = 40—28% des Rohlandes

Öffentliche Erholungsflächen + private Freiflächen $\geqq$ Summe der Geschoßflächen

$$\frac{\text{Verkehrsfläche}}{\text{Geschoßfläche}} = \frac{1}{6}, \text{ bei } 5000\ \text{E also} = \frac{5000 \cdot 25}{6 \cdot 10\,000} = 2{,}08\ \text{ha}$$

Zunächst die Feststellung des Straßenraumes: benötigt ein Einwohner durchschnittlich 25 m² Wohnfläche, dann nehmen 5000 E = 5000 × 25 = 125 000 m² in Anspruch.

Die Straßenfläche für den Wohnkomplex verlangt also:

$$\frac{5000 \times 25}{6 \times 10\,000} = 2{,}08 \text{ ha},$$

$$\text{der Wohnblock } \frac{2{,}08}{4} = 0{,}52 \text{ ha}$$

Zur Bestimmung der Wohndichte nehmen wir 4 Fälle an:

1. 500 E/ha 2. 400 E/ha
3. 300 E/ha 4. 250 E/ha.

Das erforderliche Wohnbauland hat dann eine Größe von:

bei 1. $\frac{5000}{500} = 10$ ha 2. $\frac{5000}{400} = 12{,}5$ ha

3. $\frac{5000}{300} = 16{,}67$ ha 4. $\frac{5\,000}{250} = 20{,}0$ ha

Diese Flächengrößen des Wohnbaulandes sind mit fallender Wohndichte = 60% (nach Wolff) bis 72% (nach Jansen) des Rohbaulandes. Für alle vier Kategorien steht der Anteil an Verkehrsfläche mit 2,08 ha fest. Reine Verkehrsstraßen und Magistralen berühren den Wohnkomplex nur tangential, kommen also bei unserer Untersuchung nicht in Betracht. Auch der Bedarf an öffentlichen Einrichtungen im Wohnkomplex ist für jeden Einwohner mit 5 m² gleich, also insgesamt 2,5 ha, so daß nur noch die öffentlichen Freiflächen als Rest an den 100% zu bestimmen sind. Aus diesen Feststellungen ist die Tabelle der Tafel I für den Flächenbedarf eines Wohnkomplexes mit 5000 Einwohnern übersichtlich zusammengestellt.

Die Untersuchungen werden für Klasse IV als Beispiel weitergeführt. In dieser Bauklasse haben wir eine Wohndichte von 250 E/ha. Insgesamt mit den zum Wohnbauland gehörigen Zusatzflächen brauchen wir für einen Einwohner 55,56 m² (siehe Tafel I) = R. Dabei ist γ mit 28% angenommen. Um die Wechselbeziehung anschaulicher in ihrer Allgemeingültigkeit festzustellen, drücken wir sie in Form einer Gleichung aus:

Wohnbauland $W = R \times (1 - \gamma)$
$= 55{,}56 \times (1 - 0{,}28) = 40$ m²/E.

Wir hatten zum leichteren Überblick uns die Untersuchung eines Wohnblocks, den vierten Teil des Wohnkomplexes, vorgenommen. Dann stehen für diese Menschen

$\frac{5\,000}{4} \times 40{,}0 = 50\,000$ m² Wohnbauland zur Verfügung.

Zur Errechnung der für diese Menschen benötigten Geschoßflächen folgende Feststellung (nach Küttner):

Tafel II

Geschoßzahl	Bauklasse			
	I	II	III	IV
n	$\alpha =$	$\alpha =$	$\alpha =$	$\alpha =$
1	$\frac{6}{10}$	$\frac{6}{10}$	$\frac{6}{10}$	$\frac{5}{10}$
2	$\frac{6}{10}$	$\frac{5}{10}$	$\frac{5}{10}$	$\frac{4}{10}$
3	$\frac{6}{10}$	$\frac{5}{10}$	$\frac{4}{10}$	$\frac{3}{10}$
4	$\frac{5}{10}$	$\frac{4}{10}$	$\frac{3}{10}$	$\frac{2}{10}$
5	$\frac{5}{10}$	$\frac{4}{10}$	$\frac{3}{10}$	$\frac{2}{10}$
6	$\frac{4}{10}$	$\frac{3}{10}$	$\frac{3}{10}$	$\frac{2}{10}$

Werte von α

Grundsatz: Je größer die Geschoßzahl, desto niedriger die Bebaubarkeit des Grundstückes.

Tafel III

Zahl der Einheiten	Länge der Einheit										
	6,0	6,50	7,0	7,50	8,0	8,50	9,0	9,50	10,0	10,50	11,0
2	12,0	13,0	14,0	15,0	16,0	17,0	18,0	19,0	20,0	21,0	22,0
3	18,0	19,5	21,0	22,5	24,0	25,5	27,0	28,5	30,0	31,5	33,0
4	24,0	26,0	28,0	30,0	32,0	34,0	36,0	38,0	40,0	42,0	44,0
5	30,0	32,5	35,0	37,5	40,0	42,5	45,0	47,5	50,0	52,5	55,0
6	36,0	39,0	42,0	45,0	48,0	51,0	54,0	57,0	60,0	63,0	66,0

Gruppenhauslängen L_G

Tafel IV

Haustiefe t	α-Werte				
	$\frac{6}{10}$	$\frac{5}{10}$	$\frac{4}{10}$	$\frac{3}{10}$	$\frac{2}{10}$
8,0	13,333	16,000	20,000	26,666	40,000
8,5	14,166	17,000	21,250	28,333	42,500
9,0	15,000	18,000	22,500	30,000	45,000
9,5	15,833	19,000	23,750	31,666	47,500
10,0	16,666	20,000	25,000	33,333	50,000
10,5	17,500	21,000	26,250	35,000	52,500
11,0	18,333	22,000	27,500	36,666	55,000

Blocktiefe T $T = \frac{t}{\alpha}$ Mindesthoftiefe = 5,0 m, daher fällt α-Wert $\frac{7}{10}$ aus.

a) für 5% der Haushalte sind keine selbständigen Wohnungen erforderlich (Unterbringung in möbl. Zimmern) rd. 65 E (1–2 Personen)

b) für 10% der Haushalte Unterbringung im Ledigenheim 125 E (2 Personen)

c) für 15% der Haushalte Einraumwohnung mit Kochnische (kinderlose Ehepaare) 184 E (2 Personen)

d) für 70% der Haushalte Familienwohnungen (Ehepaare mit ca. 2 Kindern) 876 E (4 Personen)

insg. 100% 1250 E

c) + d) = 85%. Daraus folgt der Bedarf an folgenden Wohnungen:

15% Einraumwohnungen mit je 2 Personen $\frac{186}{2} =$ 93 Wohnungen

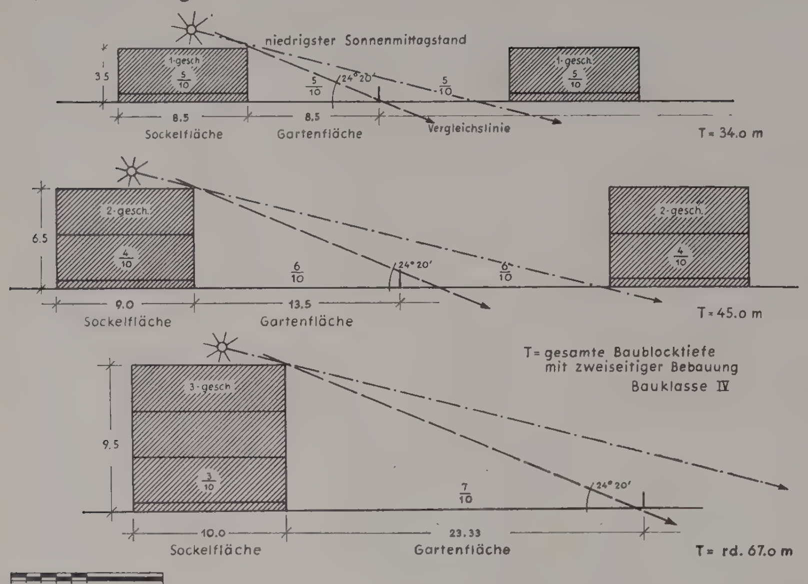
70% Familienwohnungen mit durchschnittl. 4 Pers. $\frac{876}{4} =$ 219 Wohnungen

zusammen: 312 Wohnungen

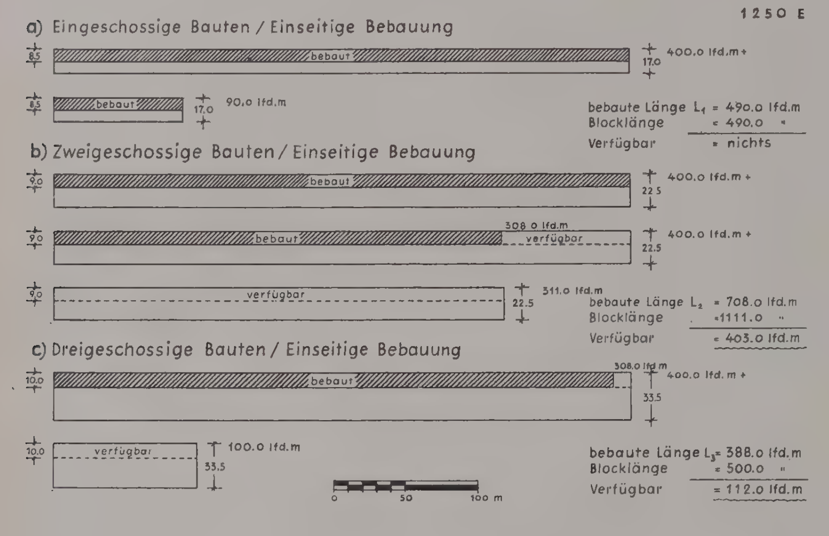
Dazu ein Ledigenheim für 125 Personen.

Bei einer konkreten örtlich bedingten Aufgabe sind selbstverständlich Bedarf an Geschoßflächen und Anzahl sowie Art der Wohnungen durch besondere Erfassung festzustellen.

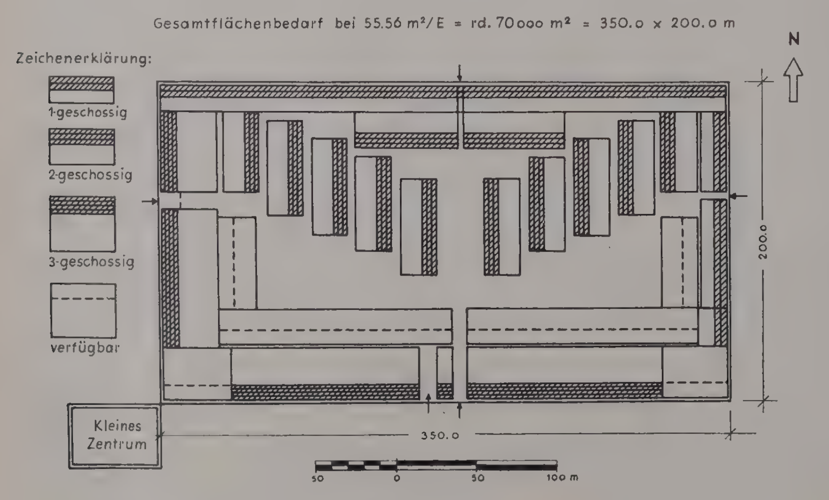
Tafel V: **Bebauungsdichte und Geschoßzahl**



Tafel VI: **Block- und Hauslängen / Blockgrößen**



Tafel VII: **Rechteckiger Planteil für einen Wohnblock mit 1250 Einwohnern**



Wir berechnen nun den Gesamtbedarf an Wohnfläche für unseren Wohnblock. Die in möblierten Zimmern Wohnenden kommen dabei nicht in Betracht, und die in Ledigenheimen Untergebrachten werden gesondert berücksichtigt. Zugrunde gelegt wird ein durchschnittlicher Bedarf von 25 m²/E. Gleichzeitig wird gefordert, daß diese Geschoßflächen zu $^1/_6$ in eingeschossigen, $^3/_6$ in zweigeschossigen und $^2/_6$ in dreigeschossigen Bauten bereitgestellt werden. Das ergibt dann folgendes Bild:

$F_G = (1250 - 65 - 125) \times 25 = 1060 \times 25 = \underline{26\,500 \text{ m}^2}$

a) $\frac{1}{6}$ in eingeschossigen Bauten $\frac{26\,500}{6} = 4\,250 \text{ m}^2$

b) $\frac{3}{6}$ in zweigeschossigen Bauten $\frac{26\,500 \times 3}{6} = 12\,750 \text{ m}^2$

c) $\frac{2}{6}$ in dreigeschossigen Bauten $\frac{26\,500 \times 2}{6} = 8\,500 \text{ m}^2$

d) Ledigenheim (dreigeschossig) $125 \times 25 = \underline{3\,125 \text{ m}^2}$

Die Geschoßflächen beanspruchen, auf mehrere Stockwerke verteilt, das Bauland nur mit der sogenannten Sockelfläche. Also:

zu a) Sockelfläche (eingeschossig) $= 4\,250 \text{ m}^2$

zu b) Sockelfläche (zweigeschossig) $\frac{12\,750}{2} = 6\,375 \text{ m}^2$

zu c) Sockelfläche (dreigeschossig) $\frac{8\,500}{3} = 2\,833 \text{ m}^2$

zu d) Ledigenheim $\frac{3\,125}{3} = \underline{1\,042 \text{ m}^2}$

Diesen Werten steht das vorhandene Wohnbauland mit $W = 50\,000 \text{ m}^2$ gegenüber, eingeschränkt durch die Bestimmungen der jeweiligen Bebaubarkeit (siehe Tafel II Bauklasse IV). Es soll auf die Bautypen in gleicher Weise verteilt sein, also:

a) $\frac{1}{6}$ für *ein*geschossige Bauten $\frac{50\,000}{6} = 8\,333 \text{ m}^2$

davon bebaubar $\frac{5}{10} = 4\,167 \text{ m}^2$

b) $\frac{3}{6}$ für *zwei*geschossige Bauten $\frac{50\,000 \times 3}{6} = 24\,999 \text{ m}^2$

davon bebaubar $\frac{4}{10} = 10\,000 \text{ m}^2$

c) $\frac{2}{6}$ für *drei*geschossige Bauten $\frac{50\,000 \times 2}{6} = 16\,667 \text{ m}^2$

davon bebaubar $\frac{3}{10}$ =rd. $5\,000 \text{ m}^2$

Hierzu betrachte Tafel V, welche die Auswirkung der Beziehungen zwischen Bebauungsdichte und Geschoßzahl im Querschnitt zeigt. Die Vergleichslinie, welche aus der eingeschossigen Bauweise als Grundlage des Vergleiches gewonnen ist, zeigt das gleiche Verhältnis auch bei der dreigeschossigen. Zur ergänzenden Überlegung ist auch noch der niedrigste Sonnenmittagsstand eingetragen.

Wir kommen nun zum Vergleich der vorhandenen, bebaubaren Fläche mit der benötigten Sockelfläche:

zu a) 4 167 .... 4250 .... Differenz 83 m²
(wird im ausgebauten Dachgeschoß aufgenommen)
zu b) 10 000 .... 6375 .... zuviel 3 625 m²
zu c) 5 000 .... 3875 .... zuviel 1 125 m²

Aus diesem Vergleich der vorhandenen bebaubaren Fläche mit der benötigten Sockelfläche erhalten wir bereits ein „Bild", eine Vorstellung von der Ordnung der Bauten im Gelände: die geschlossene Bauweise für den eingeschossigen, der halboffenen für die zweigeschossigen und der offenen für die dreigeschossigen Bauten. Ein Bild, das dem gewohnten gerade entgegengesetzt ist, indem wir bisher mit dem mehrgeschossigen Bau die Vorstellung enger Höfe und geschlossener Hauswände verbinden. So steht bei den mehrgeschossigen Bauten, außer für Bauwiche, noch für eingeschossige Laden- und

Garagenbauten, zentrale Waschküchenanlagen mit Trockenplatz und auch für Kinderspielplätze mit Erholungsflächen im Block Land zur Verfügung.

Für die Entwurfsarbeit ist es wichtig, Auskunft über die benötigten Blocklängen zu erhalten. Nimmt man bestimmte Haustiefen für die Bautypen an, z. B. a) $t_1 = 8{,}5$ m bei einem Geschoß, b) $t_2 = 9{,}0$ m bei zwei Geschossen und c) $t_3 = 10{,}0$ m bei drei Geschossen, dann beträgt die entsprechende Blocklänge:

a) L_1 (eingeschossig) $= \frac{F_{G1}}{t_1} = \frac{4167}{8{,}5}$ = rd. 490 lfdm (einseitig)
bzw. 245 lfdm (zweiseitig)

b) L_2 (zweigeschossig) $= \frac{F_{G2}}{t_2} = \frac{6375}{9{,}0}$ = rd. 708 lfdm
bzw. 354 lfdm

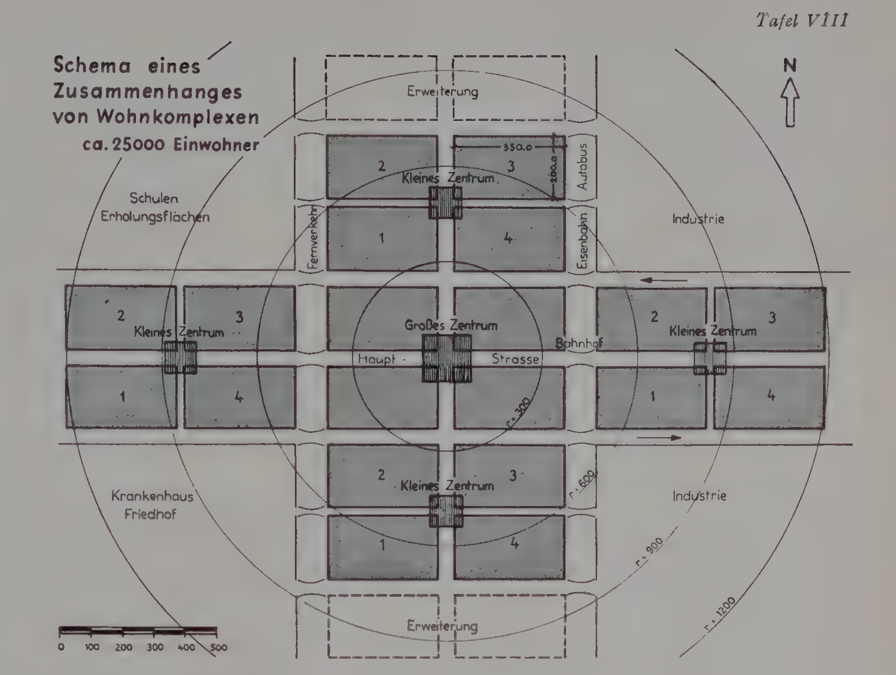
c) L_3 (dreigeschossig) $= \frac{F_{G3}}{t_3} = \frac{3875}{10{,}0}$ = rd. 388 lfdm
bzw. 194 lfdm

Nur die einseitige oder zweiseitige Randbebauung ist in Betracht gezogen. Eine allseitige Bebauung entspricht nicht den Forderungen einer Wohnstadt.

Die gewonnenen Werte werden im gleichen Maßstab des Lageplanes in Form eines Papierstreifens dargestellt, nach Haustypen in entsprechende Längen zerschnitten und im Lageplan entwerfend eingebaut.

Zum Notwendigen fehlt jedoch noch die Darstellung der Blocktiefen. Diese sind mit folgender Überlegung leicht zu finden. (Siehe dazu nebenstehende Skizze.)

Tafel VIII



Die Blocktiefe bei zweiseitiger Bebauung ist:

$$T_2 = 2 \times t + t_f$$
$$t_f = T \times (1 - \alpha)$$

$$T_2 = 2 \times t + T \times (1 - \alpha) = 2t + T - T \times \alpha$$
$$2t = T - T + T \times \alpha$$

$$T_2 = 2 \times \frac{t}{\alpha}$$

Demnach bei einseitiger Bebauung:

$$T_1 = \frac{t}{\alpha}$$

Die Werte für den Faktor $\frac{t}{\alpha}$ sind in der Tafel IV zusammengestellt. Für unser Beispiel betragen die Blocktiefen bei *zwei*seitiger Bebauung (einseitige $^1/_2$ der nachstehenden Werte)

a) $T \text{ (eingeschossig)} = \frac{2 \times 8{,}5}{\frac{5}{10}} = \frac{2 \times 8{,}5 \times 10}{5}$ = rd. 34 m

b) $T \text{ (zweigeschossig)} = \frac{2 \times 9{,}0}{\frac{4}{10}} = \frac{2 \times 9{,}0 \times 10}{4}$ = rd. 45 m

c) $T \text{ (dreigeschossig)} = \frac{2 \times 10{,}0}{\frac{3}{10}} = \frac{2 \times 10{,}0 \times 10}{3}$ = rd. 67 m.

Auch diese Blöcke sind maßstäblich mit entsprechenden Papierstreifen darzustellen, um beim Entwurf verwertet zu werden (Tafel VI).

Als Lageplanschema zur Demonstrierung des 1. Entwurfsversuches mit den oben gefundenen Elementen ist ein Rechteck gewählt. Seine Flächengröße ist durch Bedarf an Gesamtfläche mit 55,56 m²/E (siehe Tabelle) gegeben: (Tafel VII)

$$55{,}56 \text{ m}^2 \times 1250 = \text{rd. } 70\,000 \text{ m}^2 = 350{,}0 \times 200{,}0 \text{ m}^2$$

In der einen Ecke liegt das kleine Zentrum, der Mittelpunkt des ganzen Wohnkomplexes, von dem unser Wohnblock ja ein Teil ist. Die geschlossene, eingeschossige Reihe ist nun versuchsweise an die zwei Außenseiten dieses Rechteckes gelegt, die an das Stadtgrün anschließen. Die dreigeschossigen Bauten liegen an den Wohnsammelstraßen und die zweigeschossigen im Blockinneren mit dem Grün der Innenflächen. Alles ist so nach einer ersten Ordnungsidee zusammengestellt und die sich sogleich meldende Regung von Zustimmung oder, besser noch, lebhaften Widerspruchs beim Betrachter, ist der beste Beweis dafür, daß diese Untersuchung mit einer richtigen Methode durchgeführt wurde. Das *Wort*programm läßt ziemlich kühl, doch an einem solchen ,,Bild" kann man nicht, ohne herausgefordert zu sein, vorübergehen. Das war beabsichtigt.

Ein Wohnblock ist nicht ohne Zusammenhang mit dem Wohnkomplex zu denken, noch weniger der Wohnkomplex mit dem eines Stadtgefüges und seinen stadtbildenden Faktoren. Lediglich um diesem Zusammenhang gerecht zu werden, ist auch noch das Schema eines Stadtgefüges beigegeben. Nur ein Ordnungsgedanke - ein Schema, kein Plan einer Idealstadt (Tafel VIII). Es ist zu hoffen, daß das Thema dieser Untersuchung und auch die Methode eine rege Diskussion auslöst.

Architekt Wolfgang Lötsch

Über Fragen der Freiflächenverteilung

Wir baten das Forschungsinstitut für Städtebau der Deutschen Bauakademie, Abt. Stadtplanung, um eine Stellungnahme zum Artikel von Dr.-Ing. Walter Schneemann ,,Jeder Wohnfläche gleicher Anteil an Freifläche" und erhielten nachfolgenden kritischen Beitrag:

Aus dem Bestreben des sozialistischen Städtebaus, unsere Städte so zu gestalten, daß sie dem Wohle des werktätigen Menschen dienen und den Inhalt seines Lebens und Schaffens ausdrücken, leitet der Autor die Forderung ab: ,,Jeder Wohnfläche gleicher Anteil an Freifläche."

Abgesehen von den Ergebnissen einer fachlichen Nachprüfung läßt sich eine solche Forderung aus politischen Gründen nicht vertreten. Es gibt Menschen verschiedener Berufe, die auf eine größere Freifläche mehr Wert legen (z. B. Bergarbeiter) als andere. In einem sozialistischen Städtebau müssen diese berechtigten Bedürfnisse berücksichtigt werden. Man denke außerdem an den 12. Grundsatz des sozialistischen Städtebaus, der besagt, ,,in der Stadt lebt man städtischer, am Stadtrand oder außerhalb der Stadt lebt man ländlicher". Auch in Kurorten z. B. kann die Freiflächenquote je nach der Bedeutung des Ortes wesentlich höher sein als in Großstädten. Man sieht also, daß die Größe der Freifläche nicht in jedem Falle mit der Summe der Wohnfläche in unmittelbarer Beziehung steht und kann infolgedessen eine solche Forderung keinesfalls derartig absolut und unein-

geschränkt aufstellen, wie das der Verfasser des vorliegenden Artikels getan hat. In der absoluten Form, die aus der Formulierung der Forderung hervorgeht, wäre das Gleichmacherei.

Bevor der Verfasser die Auswirkungen seiner Forderung an einem Beispiel demonstriert, erläutert er die angewandten Begriffe. Das ist grundsätzlich zu begrüßen; jedoch verwendet er in mehreren Fällen nicht die Bezeichnungen, die sich längst in der Fachwelt eingebürgert haben, sondern er bringt neue. Die „bebaute Fläche" nennt er „Baufläche" und das „Wohnbauland" bezeichnet er als „Nettosiedlungsrohland", definiert es jedoch andererseits wieder durch den Begriff „Wohnbauland". Statt „Verkehrsfläche" verwendet er die Bezeichnung „Nettostraßenfläche".

Die Einführung immer neuer Bezeichnungen verwirrt die Terminologie und ist daher abzulehnen.

Im achten Absatz (nach der Formel) stellt der Verfasser die Hypothese auf, daß der Wohnblock der 4. Teil eines Wohnkomplexes ist und demzufolge 1250 Ew aufnimmt. Die Schematisierung wird damit u. E. übertrieben; es blieben für die städtebauliche Planung und Gestaltung zu wenig Variationsmöglichkeiten, wenn man Wohngebiete aus derart großen Elementen zusammensetzen wollte. Wie wollte man außerdem die örtlichen Gegebenheiten, die in fast jedem Falle andersartig sind, im richtigen Maße berücksichtigen, wenn man sich von vornherein eine solche Fessel anlegt.

Die aufgezeigte Methode zur Ermittlung der Gesamtfläche ist ein guter Beitrag, jedoch sind die Grundlagen, die der Verfasser zur Aufgliederung des sogenannten Bruttosiedlungsrohlandes anführt, auf Grund neuerer Untersuchungsergebnisse als überholt anzusehen. Eine Einbeziehung der Straßen in die Freiflächen wird heute ebenfalls nicht mehr für richtig gehalten, ebenso, wie heute ein Bebauungsverhältnis von $^{6}/_{10}$ für Wohnbebauung abzulehnen ist.

Die Forderung, daß die Freiflächen mit wachsender Geschoßfläche zunehmen müßten, ist richtig; jedoch bleibt zunächst offen, ob die Freiflächen in dem gleichen Maße anwachsen müssen wie die Geschoßflächen.

An dieser Stelle muß die Frage erhoben werden, was der Verfasser unter „Freifläche" versteht. Er spricht einmal von „öffentlichen Freiflächen" und meint damit „Erholungsflächen" außerhalb des Wohnbaulandes. In einem zweiten Fall bezieht er — wie bereits bemerkt — die Verkehrsflächen in die Freiflächen ein und im Text zu Tafel I behauptet er schließlich, daß außer den öffentlichen Freiflächen, den Straßen und Plätzen auch die öffentlichen Einrichtungen Freiflächen seien! Nach der von der Abteilung Stadtplanung des Forschungsinstituts für Städtebau vorgeschlagenen Terminologie lassen sich alle vorkommenden Flächenarten in drei große Gruppen eingliedern, nämlich in: a) bebaute Flächen, b) Verkehrsflächen und c) Freiflächen.

Danach enthalten die Freiflächen also alle diejenigen Flächen, die nicht bebaut sind und nicht ausschließlich oder überwiegend Verkehrszwecken dienen; d. h., z. B. auch alle Freiflächen an Folgeeinrichtungen und Wohnbauten sowie sämtliche Grünflächen und schließlich auch Sumpf, Moor, Abraumhalden usw. In so umfassender Art kann der Verfasser die Freiflächen nicht gemeint haben, weil sich diese hauptsächlich wegen der an jedem Ort anderen Verhältnisse auf keinen Fall zur Wohnfläche in Beziehung setzen lassen. Für eine Einschränkung des Bereiches gibt es in diesem Zusammenhang drei Möglichkeiten. Entweder sind unter den im Titel der Arbeit genannten Freiflächen a) die öffentlichen Freiflächen des Wohnkomplexes oder b) die Freiflächen gemeint, die neben den bebauten Flächen Bestandteil des Wohnbaulandes sind, oder aber c) die Summe der öffentlichen Freiflächen des Wohnkomplexes und der Freiflächen innerhalb des Wohnbaulandes.

Da der Verfasser nicht eindeutig angibt, um welche Art von Freiflächen es sich in seiner Arbeit nun tatsächlich handelt, soll versucht werden, aus den Berechnungen — besonders aus Tafel I — herauszufinden, bei welcher der Möglichkeiten die Forderung nach gleichem Anteil an Freiflächen für jede Wohnfläche erfüllt wird.

In Zeile c) der Tafel I werden die Quoten der öffentlichen Freiflächen des Wohnkomplexes in qm/Ew ausgewiesen. Sie betragen bei:

1. Wohndichte 500 Ew/ha und 4—5geschossige Bebauung = 4,18 qm/Ew
2. Wohndichte 400 Ew/ha und 3—4geschossige Bebauung = 4,90 qm/Ew
3. Wohndichte 300 Ew/ha und 2—3geschossige Bebauung = 6,52 qm/Ew
4. Wohndichte 250 Ew/ha und 1—2geschossige Bebauung = 6,40 qm/Ew

Im Text zu Tafel I schränkt der Verfasser seine Forderung ein, indem er sagt: *annähernd* gleiche Freiflächen für jede Geschoßfläche. Vergleicht man die Differenzen zwischen den einzelnen Quoten, so ergeben sich folgende Werte:

zwischen 1. und 2. + 17%
zwischen 1. und 3. + 56% !!
zwischen 1. und 4. + 53%
zwischen 2. und 3. + 33%
zwischen 2. und 4. + 31%
zwischen 3. und 4. — 2%

Werte, die um — 2 bis + 56% von dem ursprünglichen Wert abweichen, d. h. im Extrem mehr als das 1,5fache des ursprünglichen Wertes betragen, kann man beim besten Willen nicht mehr als „annähernd gleich" bezeichnen; außerdem ist unverständlich, wieso der größte Wert, der bei fallenden Geschoßzahlen steigenden Freiflächenquoten bei 2—3geschossiger Bebauung und nicht bei 1—2geschossiger Bebauung liegt, wie das logischerweise der Fall sein müßte. Dieser Umstand deutet darauf hin, daß die Wohndichte für 1—2geschossige Bebauung mit 250 Ew/ha zu hoch angesetzt wurde.

Untersucht man die Freiflächen innerhalb des Wohnbaulandes, so ergibt sich folgendes Bild. Die Wohnbaulandquoten betragen:

1. Bei 4—5 Geschossen Wohndichte 500 Ew/ha = 20,0 qm/Ew
2. Bei 3—4 Geschossen Wohndichte 400 Ew/ha = 25,0 qm/Ew
3. Bei 2—3 Geschossen Wohndichte 300 Ew/ha = 33,3 qm/Ew
4. Bei 1—2 Geschossen Wohndichte 250 Ew/ha = 40,0 qm/Ew

Von den Wohnbaulandquoten sind die Quoten der bebauten Fläche zu subtrahieren. Dabei ergeben sich unter der Voraussetzung eines Mischungsverhältnisses von 50 : 50 (auf die bebaute Fläche bezogen) folgende Werte:

1. 20,0 qm/Ew — 4,9 qm/Ew = 15,1 qm/Ew
2. 25,0 qm/Ew — 6,3 qm/Ew = 18,7 qm/Ew
3. 33,3 qm/Ew — 8,8 qm/Ew = 24,5 qm/Ew
4. 40,0 qm/Ew — 14,6 qm/Ew = 25,4 qm/Ew

Die Differenzen betragen

zwischen 1. und 2. + 24%
zwischen 1. und 3. + 62%
zwischen 1. und 4. + 68% !!
zwischen 2. und 3. + 31%
zwischen 2. und 4. + 36%
zwischen 3. und 4. + 4%

Die sich ergebenden Flächenteile sind also auch in diesem Falle einander nicht annähernd gleich. Addiert man die Quoten der beiden vorstehend untersuchten Freiflächenarten, so gleichen sich die Differenzen nicht aus, sondern vermindern sich gegenüber den Differenzen zwischen den Quoten der Freiflächen des Wohnbaulandes nur unbedeutend.

1. 4,18 qm/Ew + 15,10 qm/Ew = 19,28 qm/Ew
2. 4,90 qm/Ew + 18,70 qm/Ew = 23,60 qm/Ew
3. 6,52 qm/Ew + 24,50 qm/Ew = 31,02 qm/Ew
4. 6,40 qm/Ew + 25,40 qm/Ew = 31,80 qm/Ew

Die Differenzen betragen in diesem Falle

zwischen 1. und 2. + 22%
zwischen 1. und 3. + 61%
zwischen 1. und 4. + 65%!!
zwischen 2. und 3. + 32%
zwischen 2. und 4. + 35%
zwischen 3. und 4. + 2,5%

Es ist dem Verfasser also offensichtlich nicht gelungen, die Möglichkeit der Erfüllung seiner Forderung in den vorliegenden, eigens zu diesem Zwecke durchgeführten Untersuchungen nachzuweisen. Gleiche oder auch nur annähernd gleiche Freiflächenanteile waren in keinem der drei untersuchten Fälle zu finden.

Die bauliche Ausnutzung des Wohnbaulandes ist in erster Linie von Mindestfrontabständen abhängig, die gesunde Licht- und Luftverhältnisse für jede Wohnung gewährleisten müssen. Daraus ergibt sich notgedrungen mit abnehmender Geschoßzahl ein wachsender Freiflächenanteil des Wohnbaulandes pro Ew., der sich bei 5—2geschossiger Bebauung etwa zwischen 13 und 37 qm/Ew bewegt. Es ist also unmöglich, innerhalb des Wohnbaulandes jedem Einwohner bzw. jeder Wohnfläche den gleichen Anteil an Freifläche zuzugestehen. Im Rahmen des Wohnkomplexes wird man diese großen Differenzen dadurch etwas mildern, daß man bei mehrgeschossiger Bebauung größere öffentliche Grünflächen mit Spiel- und Sportanlagen sowie repräsentative Grünanlagen schafft; während man bei niedrigerer lockerer Bebauung, die doch größtenteils in der Nähe des Stadtrandes und somit in der Nähe der freien Natur liegt, bis auf ein Mindestmaß auf diese Flächen verzichten kann. Ein Ausgleich kann und soll jedoch dadurch nicht erreicht werden, da einerseits die Bedürfnisse der Menschen

durchaus verschieden sind und andererseits der organische Aufbau eines Stadtgefüges nach dem Zentrum hin mit wachsender Gebäudehöhe auch eine dichtere Bebauung verlangt; d. h., daß ein 5geschossig bebauter Wohnkomplex für 5000 Einwohner in Zentrumsnähe in seiner Flächenausdehnung eben kleiner sein muß, als ein 2geschossig bebauter Wohnkomplex für 5000 Einwohner in Stadtrandnähe.

Der Verfasser setzt seine Untersuchungen mit der Berechnung und dem Entwurf eines sogenannten Wohnblocks (= $^1/_4$ Wohnkomplex) fort. Zur Ermittlung der für die 1250 Einwohner des Wohnblocks benötigten Wohnungen verwendet er ein Aufschlüsselungsschema von Herrn Prof. *Küttner*, das uns leider nicht bekannt ist. Der Verfasser spricht im Ansatz der Berechnung von Haushaltungen, schlüsselt jedoch in Wahrheit die Einwohnerzahl auf. Entweder sieht das Schema von Herrn Prof. *Küttner* eine Aufschlüsselung nach Einwohnerzahlen vor, dann darf der Verfasser nicht von Haushaltungen sprechen, oder es ist die Aufschlüsselung von Haushaltungen gemeint, dann ist die Berechnung falsch. Für die Anteile der Haushaltungen würden sich ganz andere Zahlen ergeben, weil eben Zahl der Haushaltungen und Zahl der Einwohner nicht identisch sind.

Die Formulierung 15% Einraumwohnungen und 70% Familienwohnungen ist falsch und irreführend. Statt dessen müßte es heißen: 15% der Einwohner wohnen in Einraumwohnungen und 70% der Einwohner wohnen in Mehrraumwohnungen. Außerdem bleibt die Frage offen, in welcher Weise die möblierten Zimmer berücksichtigt werden, von denen der Verfasser zwar spricht, die er aber in der Berechnung vernachlässigt.

Im ersten Abschnitt glaubt der Verfasser die Gesamtwohnfläche zu ermitteln, während es sich in Wahrheit um die Gesamtgeschoßfläche handelt. Die Verteilung der Gesamtgeschoßfläche auf die verschiedengeschossigen Gebäude sowie die Ermittlung der bebauten Fläche sind methodisch richtig, enthalten jedoch mehrere Rechenfehler.

Vor der Aufgliederung des Wohnbaulandes verweist der Verfasser auf die Tafel II, in der er die Bebaubarkeit des Wohnbaulandes nach Bauklassen festlegt. Der dabei aufgestellte Grundsatz, daß die Bebaubarkeit der Grundstücke mit steigender Geschoßzahl geringer wird, ist richtig. Der Verfasser hat danach die Angaben der Berliner Bauordnung, die ein Bebauungsverhältnis von $^2/_{10}$—$^6/_{10}$ vorsah, einfach auf den Kopf gestellt. Abgesehen davon, daß Bebauungsverhältnisse von mehr als 40% bei 2- oder mehrgeschossiger Bebauung abzulehnen sind und auch in der Planungspraxis nur in besonderen Ausnahmefällen auftreten dürften, bringt der Verfasser eine neue Bauklasseneinteilung, deren Prinzip und Verwendungsmöglichkeiten aus den Ausführungen des Verfassers nicht hervorgingen.

Bei der vorgesehenen Bebauung stehen lt. Tafel I 40 qm Wohnbauland/Ew, d. h. insgesamt

$$1250 \text{ Ew} \times 40 \text{ qm/Ew} = 50\,000 \text{ qm Wohnbauland}$$

zur Verfügung. Diese Summe verteilt der Verfasser im gleichen Verhältnis auf die verschiedengeschossigen Wohngebäude, nach welchem er die benötigte Gesamtgeschoßfläche aufgeteilt hat — nämlich $^1/_6$ für 1geschossige Bauten, $^3/_6$ für 2geschossige Bauten und $^2/_6$ für 3geschossige Bauten — und müßte demzufolge für jede Geschoßfläche einen gleichen Anteil an Wohnbauland erhalten. Im folgenden wird unter 3. und 4. nachgewiesen, daß das nicht der Fall ist und warum es nicht der Fall ist.

(Am Rande sei bemerkt, daß man das Ergebnis der Berechnung von $\frac{50\,000 \times 3}{6} = 50\,000 : 2$, auch wenn der Rechenschieber nur 24 999 anzeigt (!), mit ruhigem Gewissen auf volle 25 000 „aufrunden" kann!)

In Tafel V stellt der Verfasser das Ergebnis seiner Berechnungen graphisch dar und glaubt, daß die Forderung seines Themas restlos erfüllt sei. Das ist jedoch keineswegs der Fall; und zwar aus folgenden Gründen:

1. Das verwendete Grundlagenmaterial entspricht nicht mehr dem neuesten Stand. So sind z. B. die Traufhöhen zu niedrig angesetzt. Nach den entsprechenden Typenentwürfen, die man zweifellos als Durchschnitt zugrunde legen müßte, betragen diese bei 2geschossigen Häusern etwa 7,40 m statt 6,50 m und bei 3geschossigen Häusern etwa 10,50 m statt 9,50 m.

2. Aus der kleinen Skizze auf Seite 8, die einen Baublock darstellen soll, ist zu ersehen, daß der Verfasser weder einen Bauwich noch Vorgärten in die Betrachtungen mit einbezogen und auch in seiner Bebauungsskizze nicht dargestellt hat, obwohl er selbst von halboffener und offener Bebauung für die 3- bzw. 2geschossigen Gebäude dieses Beispiels spricht. Das Vorhandensein von Vorgärten kann man u. E. bei dieser niedrigen Bebauung als das Normale ansehen. Bei Einbeziehung dieser beiden Bestandteile des Wohnbaulandes in die Untersuchung würden sich aber bei Einhaltung bestimmter Mindestfrontabstände wesentlich niedrigere Bebauungsverhältnisse ergeben. Andererseits würde man bei Zugrundelegung bestimmter Bebauungsverhältnisse mit den Abstandsregeln in Konflikt geraten.

3. Aus Tafel V ist zu entnehmen, daß weder das Verhältnis zwischen Wohnbauland und Geschoßfläche noch das Verhältnis zwischen der Freifläche des Wohnbaulandes und der Geschoßfläche bei den drei verschiedenen Geschoßzahlen auch nur annähernd übereinstimmt. Es beträgt:

a) *Wohnbauland — Geschoßfläche*

Bei 1 Geschoß 17,0 : 8,5 = 2,0 qm Wohnbauland/qm Geschoßfläche
Bei 2 Geschossen 22,5 : 18,0 = 1,25 qm Wohnbauland/qm Geschoßfläche
Bei 3 Geschossen 33,33 : 30,0 = 1,11 qm Wohnbauland/qm Geschoßfläche

b) *Freifläche des Wohnbaulandes — Geschoßfläche*

Bei 1 Geschoß 8,5 : 8,5 = 1,0 qm Wohnbauland/qm Geschoßfläche
Bei 2 Geschossen 13,5 : 18,0 = 0,75 qm Wohnbauland/qm Geschoßfläche
Bei 3 Geschossen 23,33 : 30,0 = 0,78 qm Wohnbauland/qm Geschoßfläche

Der Verfasser führt seine Arbeit selbst ad absurdum, indem er folgenden entscheidenden Fehler begeht.

In Tafel I ist für eine Wohndichte von 250 Ew/ha eine Wohnbaulandquote von 40 qm/Ew angegeben. Für einen sogenannten Wohnblock (= $^1/_4$ Wohnkomplex) werden also $\frac{5000 \text{ Ew}}{4} \cdot 40 \text{ qm/Ew} = 50\,000 \text{ qm/Wohnbauland}$ benötigt. Nunmehr ermittelt der Verfasser die bebauten Flächen, die bei dem angegebenen Mischungsverhältnis der verschiedengeschossigen Wohnhäuser benötigt werden und stellt diese den Flächen gegenüber, die sich bei Zugrundelegung bestimmter Bebauungsverhältnisse als bebaubar ergaben. Nach Ausmerzung der in der Arbeit des Verfassers enthaltenen Rechenfehler erhält man folgende Werte:

Geschoßzahl	Vorhandenes Wohnbauland qm	Bebauungsverhältn.	Benötigte bebaute Fläche qm	Bebaubare Fläche qm	Differenz qm
1	8 333	$^5/_{10}$	4417	4 167	— 250
2	25 000	$^4/_{10}$	6625	10 000	+ 3375
3	16 667	$^3/_{10}$	3986	5000	+ 1014

$\Sigma = 50\,000.$

Die fehlende bebaubare Fläche für 1geschossige Häuser wird durch den Ausbau von Dachgeschossen gewonnen, während die überschüssige Fläche für 2- und 3geschossige Häuser für eine zusätzliche Bebauung zur Verfügung gestellt werden soll! Es wird also in Wahrheit nur folgendes Wohnbauland vorgesehen:

für 1geschossige Häuser 8 333 qm
für 2geschossige Häuser
6625 qm bebaute Fläche bei $v = {}^4/_{10}$ $\mathrel{\widehat{=}}$ 16 563 qm
für 3geschossige Häuser
3986 qm bebaute Fläche bei $v = {}^3/_{10}$ $\mathrel{\widehat{=}}$ 13 287 qm
38 183 qm

An Stelle der nach Tafel I benötigten 50 000 qm Wohnbauland werden (siehe a. Bebauungsskizze Tafel VI) nur 38 183 qm in Anspruch genommen. Die Wohndichte beträgt also nicht, wie in Tafel I vorgesehen, 250 Ew/ha, sondern

$$1250 \text{ Ew} : 3{,}82 \text{ ha} = \underline{327 \text{ Ew/ha}}$$

und die Wohnbaulandquote nicht 40 qm/Ew, sondern

$$38\,183 \text{ qm} : 1250 \text{ Ew} = 30{,}55 \text{ qm/Ew}.$$

Demnach steht das Ergebnis der Untersuchung in krassem Widerspruch zu den Angaben der Tafel I, der seinen Ursprung darin hat, daß die Wohndichten nach Tafel I nicht mit den in Tafel II geforderten Bebauungsverhältnissen abgestimmt sind. Der Verfasser mußte also zu falschen Ergebnissen kommen.

Die Vorausermittlung der Blocklängen wird in der dargestellten Art für nützlich gehalten. Die Festlegung der sogenannten Blocktiefen ist einmal wegen der in allen praktisch auftretenden Fällen anders gelagerten Oberflächenbedingungen kaum anwendbar und zweitens grundsätzlich abzulehnen, weil eine solche Methode unweigerlich zum Schematismus führen würde.

Die städtebauliche Situation der Max-Kreuziger-Schule in Berlin-Friedrichshain

Im Heft 5/1954 der Zeitschrift „Deutsche Architektur" wurden die Pläne zum Neubau der Max-Kreuziger-Schule in der Holteistraße, Bezirk Berlin-Friedrichshain, veröffentlicht. Architekt Hans Schmidt charakterisierte in seinem Erläuterungsbericht einige der Gesichtspunkte, die für den Entwurf der Schule maßgebend gewesen sind. Es ist die Aufgabe dieses Artikels, zu der städtebaulichen Einordnung der Schule, zur Frage der Wirtschaftlichkeit und zu einigen architektonischen Problemen Stellung zu nehmen.

Im Wohnbezirk 18 des Bezirks Friedrichshain befand sich unmittelbar an der Holteistraße eine Schule, die im Kriege zerstört wurde. Bei der Festlegung des neuen Standortes kam man wieder auf das bereits in der alten Bebauung ausgewiesene Grundstück zurück. In den Richtlinien wird zwar eine Grundstücksgröße für eine 24 klassige Schule von 12000 bis 15000 qm vorgeschrieben, während das Grundstück in der Holteistraße nur ca. 8000 qm ausweist. Man kann hier jedoch nicht schematisch die Werte der Richtlinien anwenden, da es sich um den Einbau einer Schule in einem bereits bestehenden Wohnkomplex handelt. Für die Beibehaltung des Grundstückes sprechen folgende Gründe: seine zentrale Lage innerhalb des Einzugsbereiches, der für alle Kinder einen kurzen Schulweg ermöglicht. Ferner liegt das Grundstück an einem freien Platz. Dadurch waren dem Architekten gute Möglichkeiten für eine richtige Einordnung der Schule in die vorhandene Bebauung gegeben.

Leider hat der Architekt die Vorteile, die der Bauplatz für die städtebauliche Einordnung der Schule bot, nicht voll ausgenutzt. Um eine eindrucksvolle städtebauliche Wirkung zu erreichen, wäre es notwendig gewesen, die Schule mit ihrer Hauptansicht und Eingangsseite zum Platz hin zu orientieren. Damit hätte sie gleichzeitig eine geschlossene Platzwand nach Osten zu gebildet. Ohne Zweifel hätte eine solche Lage wesentlich zur Heraushebung der Schule gegenüber den Wohnbauten beigetragen. Jetzt liegt die Hauptansicht jedoch versteckt in einer kleinen Nebenstraße, der Böcklinstraße, und die Turnhalle – als Einzelbau ein untergeordneter Baukörper –, versperrt das Gesicht der Schule zum Platz hin. Man kann auch keineswegs sagen, daß die jetzige städtebauliche Lösung eine Platzwand geschaffen hat, da die Turnhalle diese Aufgabe nicht erfüllen kann, um so weniger, da diese Seite des Platzes für seine städtebaulich-architektonische Wirkung ausschlaggebend ist. Wenn Kollege Schmidt schreibt, daß die Turnhalle dem eigentlichen Schulgebäude Maßstab und Steigerung gibt, so ist das ein Trugschluß; denn Steigerung ist nicht einfach eine Differenzierung von Gebäuden nach ihrer Größe unabhängig von ihrer Lage. In diesem Fall ist die kleine Turnhalle keineswegs ein maßstabbildender Baukörper, denn durch ihre Lage wurde keine Steigerung erreicht, sondern eine Einengung der Wirkung der Schule zum Platz erzielt. Das Gesetz der Steigerung beachtend, hätte man zu der allein richtigen Feststellung kommen müssen, die Schule mit ihrer Hauptansicht direkt an den Platz zu legen.

Das Beispiel Holteistraße zeigt uns zugleich, daß es schwierig ist, in einer zentralen Lage einer Stadt bei mehrgeschossiger Bebauung eine Turnhalle als Einzelbaukörper befriedigend in die Gesamtgestaltung einzubeziehen. Diese Schwierigkeit hätte sich im genannten Beispiel für den Architekten auch ergeben, wenn die Turnhalle zur Böcklinstraße hin angeordnet worden wäre. Der Kontrast zwischen der vielgeschossigen kompakten Schule und der eingeschossigen Turnhalle ist zu groß. Es läßt sich daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß es ratsam ist, bei solchen Anlagen die Turnhalle in den Baukörper der Schule einzubeziehen.

In bezug auf die zu geringe Größe des Grundstückes muß die Möglichkeit der Schaffung einer Sportanlage in der Nähe der Schule untersucht werden. Es erscheint uns richtig, einen Sportplatz an der zum Bau vorgesehenen Oberschule einzuplanen. Diese Sportanlage könnte von der Oberschule, von der Max-Kreuziger-Schule und von der noch neu zu errichtenden 24klassigen Schule im angrenzenden Wohnkomplex benutzt werden. Die Anlage eines solchen Sportplatzes unmittelbar neben der geplanten Oberschule würde städtebaulich gesehen keine Schwierigkeiten bereiten, und der Platz würde zu beiden Grundschulen sehr günstig liegen.

Die Analyse des Flächenbedarfs zeigt, daß es sich bei der Max-Kreuziger-Schule um eine unwirtschaftliche Anlage handelt. Auf einen Schüler entfällt ein umbauter Raum von 38,96 cbm. Der Typenentwurf einer 24 klassigen Schule, der von der Deutschen Bauakademie ausgearbeitet wurde, beläuft sich auf einen Anteil von 25,93 cbm umbauten Raumes pro Schüler. Die Schule in der Holteistraße ist also um 50% größer als der Typenentwurf der Deutschen Bauakademie. Welches sind die wesentlichsten Faktoren für die Erhöhung der Kubatur:

1. Es sind Kleiderablagen für die Schüler an jeder Klasse in einem besonderen Raum eingebaut. Das gleiche trifft für die Lehrerräume zu. Durch diese Kleiderablagen ergibt sich eine Vergrößerung der Gesamtfläche um rund 380 qm. Das entspricht einer Erhöhung der Kubatur um 1439 cbm.
   Die Kleiderablagen könnten jedoch sehr gut in der Flurwand eingebaut werden.
2. Die Nebennutz- und Verkehrsflächen sollen entsprechend den Richtlinien 70% der Nutzfläche nicht übersteigen. In der Holteistraße machen sie jedoch über 100% aus. Das sind 4218 cbm umbauten Raumes mehr.
3. Die gesellschaftlichen Räume, hauptsächlich die Pionierräume, sowie auch die Turnhalle sind zu groß bemessen. Außerdem sind eine Anzahl von Räumen in der Schule vorgesehen, die die Richtlinien nicht enthalten.

Es kommt darauf an, sich streng an die Richtlinien zu halten, um schnellstens möglichst viele Schulen zu bauen und nicht durch unbegründete Forderung und eine falsche Großzügigkeit die Gesamtkapazität der neu zu bauenden Schulen einzuschränken.

Die Gesamtlage ist klar und übersichtlich, leider aber auf Kosten einer gewissen Unwirtschaftlichkeit. Die zweihüftige Bebauung ist meines Erachtens vertretbar, wenngleich dies gegen die Richtlinien für Schulbauten verstößt. Die Belichtung des Mittelflures wird durch eine geschickte Anordnung von Schaukästen verbessert. Auch architektonisch kann die Gestaltung des Mittelflures befriedigen, da er nicht zu lang ist und nicht als Schlauch wirkt. Das erweist, daß die strikte Ablehnung einer zweihüftigen Bebauung in den Richtlinien sehr problematisch ist. Das Beispiel Holteistraße zeigt uns, und es gibt mehrere solcher Beispiele in der Deutschen Demokratischen Republik, daß durch eine zweihüftige Bebauung durchaus brauchbare Ergebnisse erzielt werden können. Darüber hinaus schließt eine zweihüftige Anlage einige wirtschaftliche Vorteile in sich, wenngleich diese in der Schule in der Holteistraße auch nicht zur Wirkung gekommen sind.

In der grundrißlichen Lösung ist zu kritisieren, daß in der Nähe des Haupteinganges Räume untergeordneter Bedeutung liegen; z. B. zwei Lehrmittelzimmer, die besser in den Etagen, wo sich die Klassen befinden, hätten untergebracht werden sollen. Die Lage der Toiletten an der Haupteingangsseite ist ungünstig, zumal es die Ostseite ist, die maximal für Klassen genutzt werden sollte. Die Toiletten hätten besser zwischen Pausenhalle und Seitenflügeln zum Hof zu liegen sollen. Die Pionierräume liegen im linken Seitentrakt. Ihre Lage unmittelbar am Eingang (an Stelle der Lehrmittelzimmer, Toiletten) wäre besser gewesen. Die große Eingangshalle kommt nicht recht zur Wirkung, da sie ungünstig angeordnet ist. Sie erfüllt weder einen funktionellen Zweck noch einen ästhetischen Sinn.

Die Anlage der Treppe ist verkehrstechnisch einwandfrei, jedoch wirkt die Treppen- und Pausenhalle als Schlauch.

Die Anlage der Aula im dritten Geschoß ist günstig, sowohl in ihren Proportionen als auch in ihrer inneren Gestaltung.

Trotz der Nichtbeachtung einiger städtebaulicher Momente und trotz einiger architektonischer Mängel, wie besonders der schlecht gelösten Verbindung zwischen Mitteltrakt und Seitenflügeln durch die vorgezogene Treppenhalle und die nicht genügende architektonische Durchbildung des Haupteinganges, kann man feststellen, daß die Schule in der Holteistraße die charakteristischen Züge unserer neuen Schulbauten trägt. Der ideelle Inhalt der Bauten der Lehre und Erziehung kann zusammengefaßt so dargestellt werden, daß in ihm die Sorge des Staates der Arbeiter und Bauern für die Erziehung und Bildung unserer Jugend zum Ausdruck kommt. Diese Ausdruckskraft erhält die Max-Kreuziger-Schule hauptsächlich durch ihre kompakte Lösung, wodurch sie richtig entsprechend ihrer Bedeutung gegenüber der anderen Bebauung im Wohnkomplex in Erscheinung tritt.

Architekt Heinz Präßler



Die städtebauliche Situation der Max-Kreuziger-Schule in Berlin-Friedrichshain

1 *Max-Kreuziger-Schule*
2 *Geplante Oberschule*
3 *Geplante 24klassige Grundschule*

Das Problem der einläufigen Treppe bei der Wohnhaus-Typenentwicklung

Erst seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts zeigen die Wohnhausgrundrisse neben den Lösungen mit einläufigen auch solche mit zweiläufigen Treppen. Die zweiläufige Treppe erscheint auf den ersten Blick sehr wirtschaftlich, da sie die knappste Grundrißfläche benötigt. Deshalb weisen auch die Typen der Deutschen Bauakademie fast ausschließlich Lösungen mit zweiläufiger Treppe auf. Trotzdem wäre es an der Zeit, zu untersuchen, ob die Annahme außerordentlicher Wirtschaftlichkeit zutrifft und ob nicht auch bei der neuen Typenentwicklung Grundrisse mit einläufiger Treppe entwickelt werden müßten.

Bei flüchtiger Betrachtung wird es kaum klar, auf welche einschneidenden Bindungen man bei der Verwendung der zweiläufigen Treppe eingeht, während die einläufige Treppe in wirtschaftlicher und gestalterischer Hinsicht einige Vorzüge bietet. So verlangt die bei einer normalen Geschoßhöhe von 3 m am Hauseingang angeordnete zweiläufige Treppe das Herausheben des Erdgeschosses um 1,10 m über Terrain, um eine Eingangstürhöhe von 2 m zu schaffen. Dies Herausheben des Erdgeschosses ist beim Wiederaufbau kriegszerstörter Städte insofern ein Nachteil, als dadurch infolge der vorhandenen großen Kellertiefen viel Material für die erforderliche Fundierung benötigt wird. Auch bei nicht ebenem Gelände wirkt sich das Herausheben des Erdgeschosses an der Eingangstür um 1,10 m sehr oft zum Nachteil aus: Zwangsläufig müssen die Häuser der Bewegung des Geländes folgen. Die Verbindung von Straße zu Garten oder von Wohnung zu Garten ist bei der zweiläufigen Treppe nur über dem Keller möglich. Noch ein weiterer Nachteil ist das „springende" Treppenhausfenster, das eine Situation schafft, mit der man sich im letzten Jahrhundert auseinanderzusetzen versuchte, ohne jedoch zu wirklich befriedigenden Lösungen zu gelangen. Ein Typengrundriß muß variable Gestaltung zulassen, die es dem Städtebauer ermöglicht, architektonische Akzente je nach Absicht herauszuarbeiten. Es muß also möglich sein, den Typ in bezug auf Himmelsrichtung zu orientieren, ohne sich damit in der Fassadengestaltung zu binden. Dies trifft keinesfalls bei den Typen mit zweiläufiger Treppe zu, denn das „springende" Treppenhausfenster gestattet es nicht, freie Kompositionen anzuwenden.

Aus dieser Erkenntnis heraus, d. h. um wirtschaftlicher zu bauen, ist beim Wiederaufbau der Städte Dessau und Zerbst ein neues Grundrißschema entstanden, in dem das springende Treppenhausfenster vermieden wurde. Es sind hier bei allen Grundrissen einläufige Treppen und solche mit einem langen und einem kurzen Lauf (der nicht mehr als 3 bis 4 Stufen aufweist) entwickelt worden, bei denen die Podestunterkante mit dem Fensterlichten auf einer Höhe liegt (vgl. Deutsche Architektur 5/54; S. 216/17). In ökonomischer Hinsicht war dies von ausschlaggebender Bedeutung, da die Kellertiefen der kriegszerstörten Häuser in Dessau und Zerbst bei Herausheben des Erdgeschosses um 1,10 m unnötig viel Material für die erforderlichen Fundamente beansprucht hätten. Dadurch wäre es auch nicht möglich gewesen, den Erdgeschoßfußboden ganz nach Belieben über Terrain zu legen und eine Anpassung an steigendes oder fallendes Gelände vorzunehmen. Es brauchte kaum besonders erwähnt zu werden, daß die variierten Eingangssituationen Straßenbilder von starkem städtebaulichen Reiz erzeugt haben.

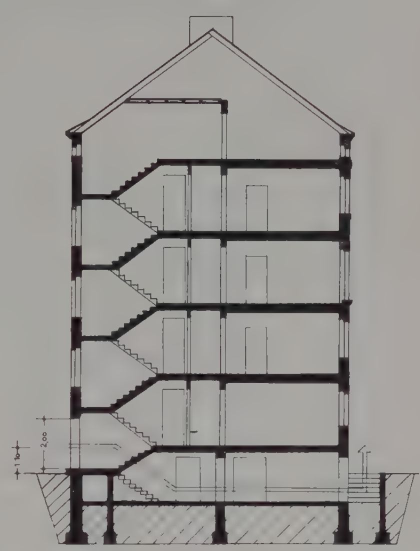
Die Entwicklung eines neuen Grundrißtyps in Dessau hat also in erster Linie seinen Grund in Sparmaßnahmen. Wenn sich ein Artikel in der „Bauzeitung" Nr. 8/1955 mit der angeblichen „Vergeudung von Volksvermögen im Wohnungsbau in Dessau" beschäftigt, hätte er vor allem diese Tatsache berücksichtigen müssen. Offenbar wird aber gar nicht gesehen, daß das Treppenhaus mit einläufiger Treppe hier sehr zugunsten der Wirtschaftlichkeit beigetragen hat. Wie dieser Aufsatz zeigt, ist es vollkommen abwegig, bei der Überprüfung von Baukosten – die selbstverständlich mit aller Gründlichkeit bei allen Objekten durchgeführt werden müssen, um Vergleiche und Analysen zu schaffen – rein theoretisch davon auszugehen, was ein Typengrundriß normal herzustellen kostet, ohne auf die örtlichen Besonderheiten einzugehen, die in den kriegszerstörten Städten stets vorhanden sind. In Dessau wird schon seit 1951 dieser Typ angewendet, und zwar, ökonomisch gesehen, mit bestem Erfolg: Je Typ und Wohnung sind für die Fundamente 2000 DM Baustoffe gespart. Bei 800 Wohneinheiten wurden also allein in Dessau der Volkswirtschaft 1,6 Millionen DM eingespart. Beim Analysieren der Baukosten darf man also nicht nur – wie es im genannten Artikel geschehen ist – die Grundrißflächen zugrundelegen, sondern muß alle Faktoren in Betracht ziehen. Es ist somit nicht zu entschuldigen, wenn bei der Untersuchung von Baukosten auf die Gründung der Gebäude überhaupt keine Rücksicht genommen wird. Wie die beiden Abbildungen zeigen, wäre bei der Anwendung des Typengrundrisses mit zweiläufiger Treppe ein unerhörter Aufwand an Fundierungsarbeiten die Folge gewesen. Der Typ mit einläufiger Treppe gestattet also eine wesentliche Kostenverringerung für die Gründung, eine Einsparung, die sich bei Wohnungen mit geringer Geschoßzahl noch stärker auswirkt. Die einläufige Treppe ist also vor allem für die Typen mit wenigen Wohngeschossen rentabel. Es ist an der Zeit, gewissenhafte Überlegungen anzustellen, wie man durch die Typisierung diesen Forderungen entsprechen kann. Was nützen theoretische Ziffern für den Typengrundriß, wenn unter besonderen örtlichen Bedingungen ein Vielfaches für zusätzliche Fundamentierung und für Bodenbewegung unnütz verausgabt wird. Hier dürfte das Wort „Vergeudung von Volksvermögen" sehr am Platze sein.

Hier ist auch die Stelle zu fragen, inwieweit die bisher entwickelten Typenentwürfe es überhaupt ermöglichen, unseren Städten das von uns gewünschte charakteristische Gesicht zu geben. Es scheint mir, als ob es nicht immer gelungen ist, unter Anwendung der bestehenden Typengrundrisse brauchbare und schöne Wohnensembles zu schaffen.

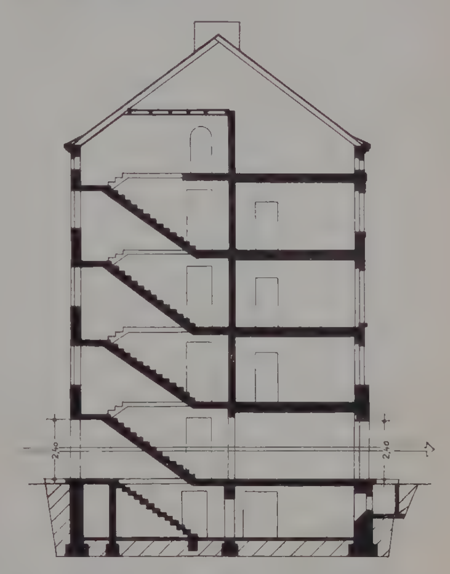
Meiner Meinung nach ist es auch nicht richtig, von Straßenfassaden und Rückfronten zu sprechen, wie es im genannten Aufsatz der „Bauzeitung" geschieht. Mit Grauen denken wir an die zahlreichen Beispiele der kapitalistischen Zeit, die in nicht zu überbietendem Maße den verlogenen Gegensatz zwischen Prunkfassade und trostloser Hinterfront zeigen. Es ist heute eine unserer Hauptaufgaben als Architekten, die Diskrepanz zwischen „Vorn" und „Hinten" zu überwinden. Dabei ist auch das Baugelände so aufzuschließen, daß das Grün der Straßenräume mit dem der Gartenräume zusammenfließt. Einsparungen am Bau dürfen auch keineswegs zu einer Beeinträchtigung der Wohnlichkeit und der Gestaltung führen. Es wäre auch abwegig, auf Einbeziehung bildender Künstler zu verzichten. In Dessau entstand eine gute Zusammenarbeit mit ihnen, wovon u. a. der Schmuck der Häuser mit vier übergroßen Plastiken am Friedensplatz zeugt. Diese kosten 60000 DM – eine Summe, die innerhalb der gesetzlich dafür vorgesehenen 2%-Grenze liegt. In der Polemik des Bauzeitungsartikels aber erscheinen die Kosten mit 100000 DM; sie sind also weit übertrieben.

Es wäre an der Zeit, die verschiedenen Möglichkeiten der Treppenanordnung in Verbindung mit grundsätzlichen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen genauestens zu studieren. Erst dann könnte man sich ein klares Bild für die Weiterentwicklung in der Typisierung des Wohnungsbaues machen und wäre es möglich, festzustellen, inwieweit Grundrisse mit einläufiger Treppe gegenüber denen mit zweiläufiger Treppe in wirtschaftlicher und architektonischer Beziehung bestehen können.

Architekt BDA Willy Stamm



Wohnhaus mit zweiläufiger Treppe im kriegszerstörten Baugelände. Die Heraushebung des Kellergeschosses um 1,10 m bedingt eine besondere, gestelzte Gründung der Gebäude und damit großen Aufwand an Fundierungsarbeiten



Wohnhaus mit einläufiger Treppe im kriegszerstörten Baugelände. Die vorhandenen großen Kellertiefen werden fast vollständig ausgenutzt. Keine besonderen Fundierungsarbeiten

Chronik des Baugeschehens

Das neue Hauptpostamt in Rostock

Entwurf: Architekt Heinz Pätzold, Projektierungsbüro der Deutschen Post, Entwurfsgruppe Schwerin

Das Postdienstgebäude in Rostock ist im Jahre 1942 durch Bombeneinwirkung zu einem großen Teile zerstört worden. Um den Postbetrieb durchführen zu können, wurden zerstörte Bauteile notdürftig wieder hergerichtet und außerdem in der Nähe des Standortes des alten Betriebsgebäudes Baracken aufgestellt. Unter Mitberücksichtigung der sprunghaften wirtschaftlichen Entwicklung der Seestadt Rostock wurde ein neues Betriebsgebäude geplant, das den Anforderungen des stärksten postalischen Verkehrs gerecht wird. Im Rahmen der Gestaltung des Zentralen Platzes hat der Rat der Stadt Rostock ein entsprechendes Baugelände an Steinstraße, Ernst-Thälmann-Platz, Glatter Aal und Postplatz zur Verfügung gestellt. Das Projektierungsbüro der Deutschen Post wurde beauftragt, ein Gebäude zu entwickeln, das mit der Fassade an die örtlichen nationalen Bautraditionen anknüpfen sollte. In Zusammenarbeit mit staatlichen und städtischen Institutionen ist sowohl in grundrißlicher Beziehung als auch hinsichtlich der Durchbildung der Fassaden ein Baukörper gestaltet worden, der sich in die vorhandene Bautradition einfügt und eine Bereicherung und Belebung des markantesten Stadtteils von Rostock bedeuten wird. Das Bauvorhaben ist in drei Bauabschnitte gegliedert worden. Mit Ablauf des Jahres 1956 wird es endgültig fertiggestellt sein.

Das Gebäude umfaßt eine Fläche von etwa 7700 qm. Das Raumprogramm enthält die für betriebliche Zwecke erforderlichen Flächen und zusätzlich folgende Räume:

Speisesaal mit rund 200 qm, Werkküche einschließlich der Wirtschaftsräume, Kantine und HO-Verkaufsstelle mit rund 220 qm, Kulturraum mit Vestibül und Kleiderablage mit rund 550 qm, einen dem Umfange des Personalkörpers entsprechenden Sportsaal, Arzt- und Krankenzimmer, Dienstwohnung und ein Internat für Lehrlinge.

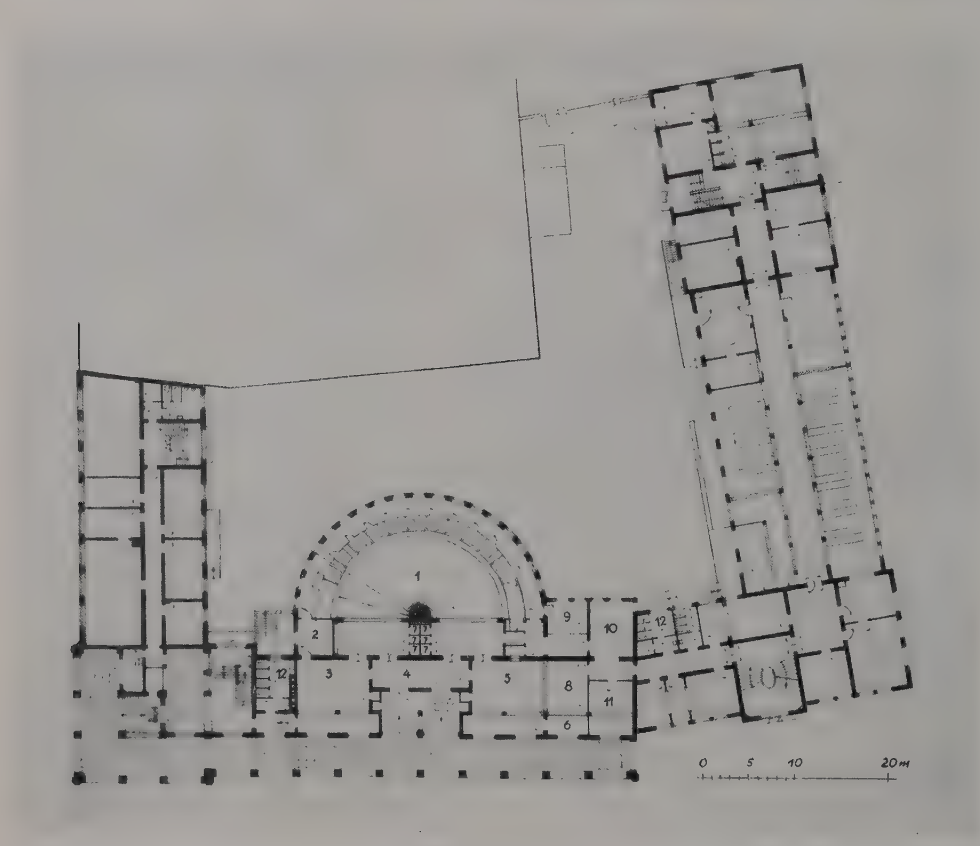


Lageplan

Im Erdgeschoß gruppieren sich um die Schalterhalle die verschiedenen Diensträume und Nebenräume, deren neuzeitliche Ausgestaltung zu den besonderen Aufgaben des Architekten gehörte.

Das Gebäude erstreckt sich in einer Länge von 45,25 m an der Steinstraße, 62 m am Ernst-Thälmann-Platz, 30 m am Glatten Aal und 66,10 m am Postplatz. Die Gebäudetiefe beträgt durchschnittlich 14 m.

Das Gebäude ist 3- bzw. 4 geschossig und hat eine Traufhöhe im Mittel von 13,60 m am Ernst-Thälmann-Platz. Die Fassade wird folgendermaßen gestaltet: an dem an der Steinstraße gelegenen und bereits fast fertiggestellten Bauteil ist der Sockel einschließlich Gurtgesims mit 6 cm starken Sandsteinplatten verkleidet worden. Das Hauptgesims sowie der Bogenfries unter dem Hauptgesims und die Fenstergewände erhalten gleichfalls Sandsteinverkleidung. Die Arkaden, beginnend am Eckbau (Steinstraße) werden längs des Ernst-Thälmann-Platzes bis zum Glatten Aal geführt. Die Pfeiler der Arkaden sind 90 × 90 cm stark. Die Kapitelle sowie die Bögen nebst Gurt-,



Grundriß Erdgeschoß
1 Schalterhalle – 2 Garderobe für das Schalterpersonal – 3 Schreibzimmer – 4 Vorraum – 5 Schließfächer, Nachtschalter – 6 Telex-Zelle 7 Öffentlicher Fernsprecher – 8 Schließfach-Verteilung – 9 Stellen-Vorsteher – 10 Brief-Eingang – 11 Verteiler für im Ort gedruckte Zeitungen – 12 WC



Nordansicht (Ernst-Thälmann-Platz)



Westansicht (Postplatz)

Hauptgesims und Fenstergewände erhalten, wie in der Steinstraße, Sandsteinverkleidung. Bei den rückseitigen Fassaden werden Sockel- und Fenstergewände sowie Gesimse aus Kunststein hergestellt. Die Schalterhalle einschließlich Schreibzimmer und stummes Postamt mit Schließfachanlagen, rund 550 qm groß, wird nach modernsten Gesichtspunkten ausgestattet. Als Fußbodenbelag ist Naturstein vorgesehen. Die Schalterbande wird nach der Schalterhalle hin mit Keramikplatten verkleidet, während ihre Abdeckplatte aus Naturstein hergestellt wird.

Es muß erwähnt werden, daß die mit der Gestaltung des neuen Betriebsgebäudes betrauten Architekten des Projektierungsbüros der Deutschen Post, insbesondere der Leiter der Projektierungsgruppe Schwerin, Architekt Pätzold, im Zusammenwirken mit dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen keine Mühe gescheut haben, unter Auswertung der Anregungen des Architekturbeirats des Ministerrats den postbetrieblichen Erfordernissen und der städtebaulichen Bedeutung gerecht zu werden. Die Betriebsräume werden nach den neuesten Erkenntnissen der Betriebstechnik ausgestattet und tragen damit dazu bei, den Betriebsablauf zu beschleunigen. Auch in sozialer und kultureller Hinsicht sind für die Belegschaft des HPA Rostock in vorbildlicher Weise Einrichtungen vorgesehen, die zur Hebung der Arbeitsproduktivität beitragen werden. *Architekt Willi Jank*

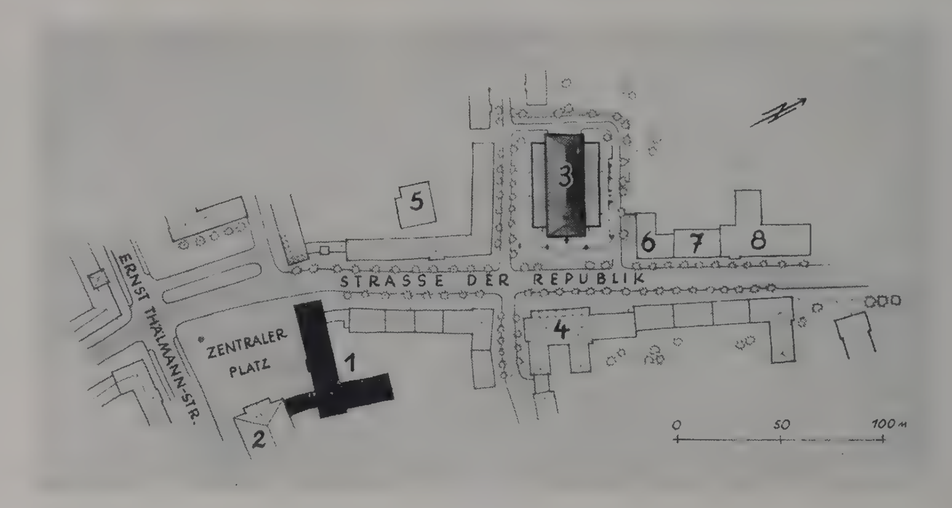


Ostansicht (Steinstraße)

HO-Gaststätte in Prenzlau

Entwurf: Architektenkollektiv Wollmann, Magnus, Sellmer, Entwurfsbüro des Rates des Bezirkes Neubrandenburg, Brigade C Prenzlau

Die Stadt Prenzlau wird, einem langgehegten Bedürfnis entgegenkommend, mitten im Zentrum eine neue HO-Gaststätte erhalten. Die Ernst-Thälmann-Straße in der West-Ost-Achse, deren Charakter bestimmt wird durch die Bauten des Pulverturms, des Museums, der gotischen Marienkirche mit dem schönen Ost-Giebel und dem barocken Rathaus, bekommt ihren Höhepunkt da, wo sie sich zum Platz erweitert durch das neu zu errichtende Kulturhaus. Dieses liegt dem Rathaus gegenüber und bildet die Ostwand des Zentralen Platzes. An der nördlichen Platzwand, die charakterisiert wird durch die Einmündung der Hauptgeschäftsader, der Straße der Republik, hat nun in Zukunft auch die repräsentative HO-Gaststätte ihren Standort. Durch die zentrale Lage der Baustelle im Stadtzentrum ist diese für den Bau der HO-Gaststätte besonders geeignet und



Lageplan
1 HO-Gaststätte – 2 Kulturhaus – 3 Filmtheater – 4 HO-Warenhaus – 5 Konsum-Lagerhaus – 6 Café – 7 Milchbar – 8 Post



Westansicht (Zentraler Platz)



Südansicht (Zentraler Platz)

erhält zugleich mit dem Kulturhaus eine gute städtebauliche Konzeption.

Da die vorhandenen Massiv-Gebäude charakteristische Merkmale des bürgerlichen Barocks tragen, als deren markantes Beispiel das Rathaus gilt, wurde die Grundhaltung des Zentralen Platzes darauf abgestimmt.

Der Komplex der HO-Gaststätte ist in 3 Bauteile gegliedert, welche sind: das Hauptgebäude mit den Maßen 12,5 × 55 m, dreigeschossig mit Steildach, ein Wirtschaftsteil von 12,5 × 24 m, zweigeschossig mit Steildach, und der zweigeschossige Verbindungsbau mit der Terrasse zum Kulturhaus. Der Hauptkörper bildet mit dem Anschlußbau zum Kulturhaus den Abschluß des nordöstlichen Teils des Zentralen Platzes. Die nördliche Platzwand wird durch Laubengänge plastisch gestaltet.

Es galt, im Entwurf folgendes Raumprogramm zu erfüllen: ein Fotogeschäft unter dem Laubengang, in der östlichen Hälfte Gasträume, über dem Fotogeschäft in der ersten und zweiten Etage Hotelzimmer. Das Erdgeschoß enthält neben dem Fotoartikelgeschäft mit Verkaufsmöglichkeiten für Radiogeräte und sämtlichen Nebenräumen den Eingang für die Gaststätte, ein Speiserestaurant und in dem Verbindungsbau zum Kulturhaus ein Weinrestaurant, welches gleichfalls als Frühstückstube Verwendung finden wird.

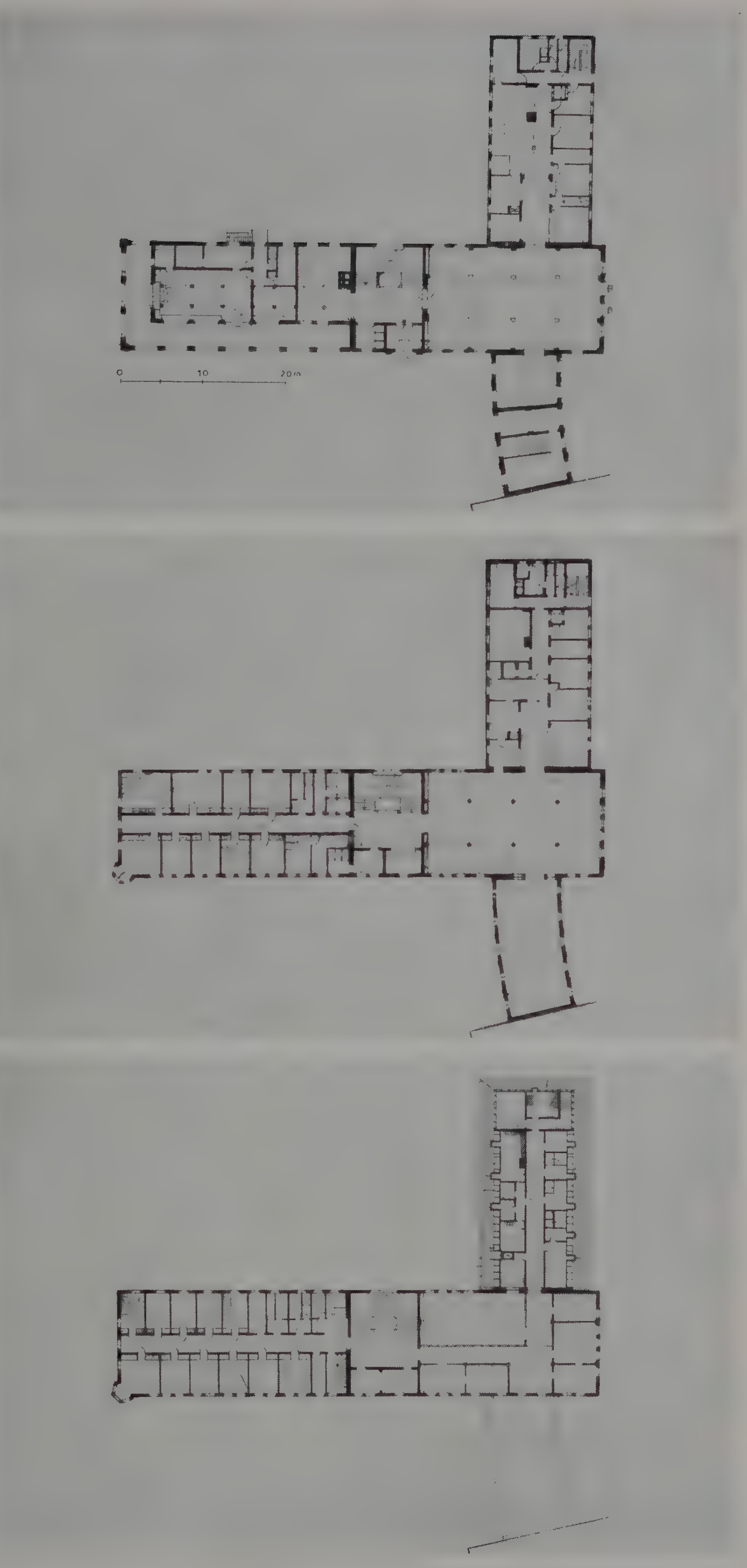
Im Küchentrakt liegen die Küche mit sämtlichen dazugehörigen Nebenräumen einschließlich Umkleidemöglichkeiten für das Küchenpersonal.

Das 1. Obergeschoß des Hauptgebäudes nimmt die Räume der Anmeldung zu den Hotelzimmern auf und von der Treppenhalle aus den Eingang zu einem Tanzkaffee. Diesem wurde auch der Verbindungsbau zum Kulturhaus zugeordnet. Der Küchentrakt im 2. Obergeschoß enthält sämtliche Versorgungseinrichtungen für dieses Kaffee (Bäckerei, Eiszubereitung, Büfett usw.).

Im 2. Obergeschoß sind von der Treppenhalle die im westlichen Teil gelegenen Hotelzimmer zugänglich. Im östlichen Teil ist die Verwaltung sowie der Kultur- und Speiseraum des gesamten Personals untergebracht. Hier liegt auch der Eingang zur Terrasse des Verbindungsbaues.

Das Dachgeschoß des Küchentraktes ist ausgebaut und enthält Umkleide- und Waschräume für das Gaststättenpersonal. Dabei konnten auch sämtliche sozialen Forderungen zur Personalunterbringung (Ruheräume usw.) berücksichtigt werden.

Das Dachgeschoß des Hauptgebäudes wird ebenfalls ausgebaut und enthält eine Wäscherei mit Nebenräumen, welche über den Naßräumen der Hotelversorgung liegen. Außerdem ist ein Maschinenraum für die Be- und Entlüftung sowie die erforderlichen Räume für RFT usw. vorgesehen. Im Kellergeschoß wurde die geforderte Tanzbar und die zentrale Beheizungsanlage untergebracht. Der Charakter des Gebäudes wird bestimmt durch die Laubengänge, die Gestaltung des Eingangs und den Erker. Dieser soll in seiner Eigenart die Besucher auf die Bedeutung des Gebäudes hinweisen und zu dem Kulturhaus und zur Gaststätte leiten. In der Architektur wurde versucht, die vorhandene Bautradition der Stadt Prenzlau schöpferisch weiterzuentwickeln. Wo.

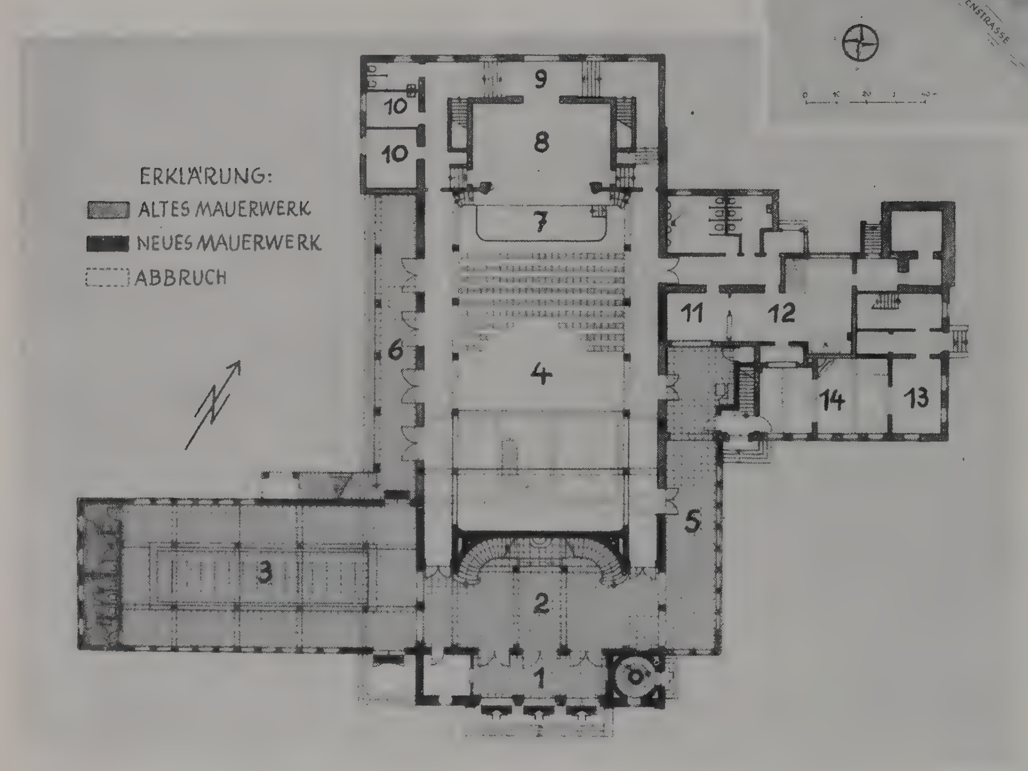


Oben: Grundriß Erdgeschoß – Mitte: Grundriß 1. Obergeschoß – Unten: Grundriß 2. Obergeschoß

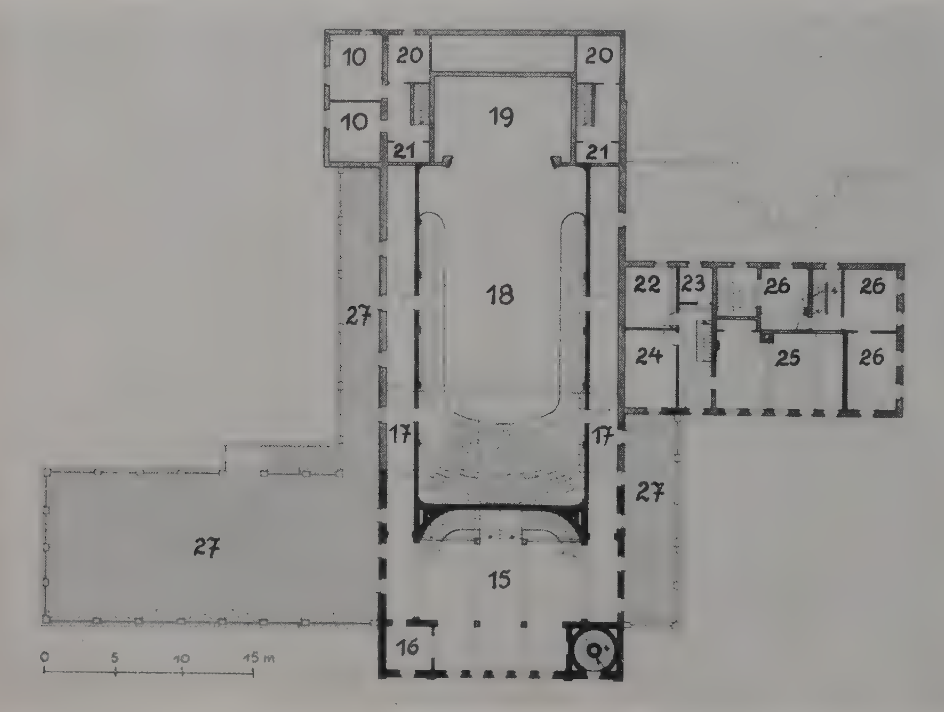
Kulturhaus „John-Schehr-Heim“ in Lauchhammer-Ost

Entwurf: Kollektiv Entwurfsbrigade II, Entwurfsbüro für Hochbau Finsterwalde

Lageplan



Grundriß Erdgeschoß
1 *Windfang* – 2 *Foyer* – 3 *Kleiderablage* – 4 *Zuschauerraum* – 5 *Wandelgang* – 6 *Offener Wandelgang* – 7 *Orchester* – 8 *Bühne* – 9 *Hinterbühne* – 10 *Garderobe* – 11 *WC Männer* – 12 *WC Frauen* – 13 *Billardzimmer* – 14 *Klubraum*



Grundriß Obergeschoß
10 *Garderobe* – 15 *Halle* – 16 *HO-Stand* – 17 *Rangflur* – 18 *Zuschauerraum* – 19 *Bühne* – 20 *Magazin* – 21 *Abstellraum* – 22 *Büro* – 23 *Instrumentenraum* – 24 *Besprechungszimmer* – 25 *Musik- und Tanzgruppen* – 26 *Zimmer* – 27 *Terrasse*

Die Schaffung eines den neuen gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechenden Kulturhauses in Lauchhammer war bisher noch nicht möglich. Auf Initiative der Werktätigen und der Werkleitung des Bagger-, Förderbrücken- und Gerätebau in Lauchhammer wurde der Beschluß gefaßt, ein ehemaliges Gaststättengebäude als Kulturhaus umzubauen.

Das Gebäude besteht aus dem Saal, welcher als Mehrzweckraum den gesellschaftlichen Veranstaltungen, wie Theater, Konzerte und Filmvorführungen sowie auch Versammlungen und betrieblichen Feiern dienen soll. Der Saal enthält einschließlich der Ränge rund 800 Plätze. Die Bühnenanlage einschließlich der Garderobenräume wurden bereits umgebaut. Das Hauptgebäude wird aus funktionellen und aus Gründen der Gestaltung gegenüber dem vorhandenen Altbau um rund 14 Meter vorgezogen und enthält das Foyer mit Windfang, Nottreppe und Kassenraum. In dem Foyer befinden sich die leicht geschwungenen Treppen zu dem oberen Foyer mit dem Zugang zu den Rängen. Über einen kurzen Wandelgang mit direkter Verbindung zu dem Saal ist das Büfett in dem vorhandenen zweigeschossigen Flügelbau zu erreichen, welcher außerdem die Küchenanlage mit Toiletten und den verschiedensten Zwecken dienenden Klubräumen im Erd- und Obergeschoß enthält. Als Neubau sowohl vom Foyer als auch direkt von der Straße aus zugängig ist ein besonderer Garderobenflügel mit den entsprechenden Toiletten vorgesehen. Die Garderobeneinrichtung ist nicht fest eingebaut, so daß dieser Raum abgetrennt von den Hauptgebäuden und gesondert für Ausstellungszwecke und kleinere Veranstaltungen benutzt werden kann. Der vorhandene Gartenhof soll für Veranstaltungen, zum Beispiel für Laienspielgruppen und auch für Tanzzwecke, im Freien eingerichtet werden und besitzt über einen offenen Wandelgang direkten Zugang zu dem Saal sowie über

eine Außentreppe die Verbindung zu der Dachterrasse des Garderobenflügels. Im Dachgeschoß befindet sich der Raum des Filmvorführers mit gesondertem Zugang über die Nottreppe. Unter dem Foyer ist der Heizkeller angeordnet, während die Kohlenvorräte in dem unterkellerten Garderobenflügel untergebracht sind.

Die Entwurfsarbeiten wurden stark von dem vorhandenen Gebäude beeinflußt, wobei der eingeschossige Neubau des Garderobenflügels einen guten Übergang zu dem parkartigen Gartenhof schafft und die Bedeutung des vorgezogenen Hauptgebäudes unterstreicht. Die einfache Gliederung und die kritische Verarbeitung klassizistischer Stilmerkmale geben dem Gebäude eine geschlossene und dem Inhalt entsprechende festliche Haltung.

Die künstlerische Ausgestaltung des Giebelreliefs erfolgt durch Prof. Moll, Dresden, die akustische Beratung durch Dipl.-Ing. Eichler, Berlin.

Bä.



Straßenansicht



Gartenansicht

Giebelecke und Innenpilaster

Chronik

FRAGEN DER DEUTSCHEN ARCHITEKTUR

Stellungnahme des Präsidiums der Deutschen Bauakademie

I.

In den letzten Monaten ist von verschiedenen Seiten an der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung der Bauten, die in den vergangenen drei Jahren in der Deutschen Demokratischen Republik errichtet wurden, Kritik geübt worden. Soweit diese Kritik von den Errungenschaften der deutschen Architektur ausgeht, Fehler und Schwächen aufdeckt und damit den Weg für die Weiterentwicklung frei macht, ist sie wertvoll und bedarf sorgfältiger Auswertung. Es gab jedoch auch kritische Urteile, die unsere Architekturentwicklung auf einen falschen Weg zu drängen drohten, und die wir deshalb nicht anerkennen können. So wurde die richtige Kritik an der vielfach ungenügenden künstlerischen Beherrschung der Fassadengestaltung und der noch tastenden Weiterentwicklung der nationalen Architekturtraditionen zu der Behauptung überspitzt, daß unsere Bauwerke einen Rückfall in den Eklektizismus des 19. Jahrhunderts darstellen. Die Forderung, billiger zu bauen, führte zum Vorwurf, daß die Wohnbauten an den zentralen Plätzen und Magistralen unserer Großstädte generell zu aufwendig und anspruchsvoll wären und unseren materiellen Lebensverhältnissen nicht entsprechen würden. Bei der Diskussion über die Frage der nationalen Form wurden die Neubauten in der DDR als bloße Nachahmung ähnlicher sowjetischer Bauten bezeichnet. Man zog aus einzelnen Schwächen und Mängeln, die unseren Bauwerken noch anhaften, schließlich den Schluß, daß der Weg, den wir in der DDR seit der Erbauung der Berliner Stalinallee beschritten haben, ein falscher Weg sei, daß er der historischen Entwicklung zuwiderlaufe, und daß es an der Zeit sei, ihn grundsätzlich zu korrigieren.

Demgegenüber sind wir der Meinung, daß die großen Bauten an den zentralen Plätzen und Straßen unserer Aufbaustädte und in unseren Industrieschwerpunkten eine neue, historisch notwendige und fortschrittliche Entwicklungsetappe der deutschen Architektur darstellen.

Wie in der Geschichte bisher die Entstehung neuer Gesellschaftsordnungen stets zur Herausbildung neuer Architekturauffassungen geführt hat, so entwickelt sich auch aus dem Übergang zum Sozialismus in harten Auseinandersetzungen mit den überlebten Anschauungen eine entsprechende Theorie des Städtebaus und der Architektur.

Die neue Theorie des sozialistischen Realismus hat die Bedeutung der großen gesellschaftlichen Leitideen für die künstlerische Gestaltung und den gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Inhalt und der Volkstümlichkeit der Form unseren Architekten wieder bewußt gemacht. Auf dieser Grundlage war es möglich, den Formalismus und besonders die Einseitigkeit des Funktionalismus und des Konstruktivismus zu überwinden sowie die große gesellschaftliche Bedeutung der Architektur und des Städtebaues wiederherzustellen. Die neue Theorie hat uns eine feste Grundlage gegeben, um die Weiterentwicklung der klassischen und nationalen Bautraditionen erneut in Angriff zu nehmen, nachdem die besten Architekten sich im Kapitalismus darum vergeblich bemüht haben. Sie hat uns schließlich die Erkenntnis der untrennbaren Einheit von Städtebau und Architektur vermittelt und damit die Anwendung neuer künstlerischer Gestaltungsprinzipien auf die Planung größerer städtebaulicher Ensembles und ganzer Städte ermöglicht.

Nur von diesen grundsätzlichen theoretischen Erkenntnissen und ihrer tiefen gesellschaftlichen Bedeutung aus kann man die Entwicklung der Architektur in der DDR während der letzten Jahre verstehen und bewerten; denn aus ihnen erklärt es sich, daß bei uns Bauten geschaffen wurden, die sich nicht lediglich auf die Darstellung der funktionellen Beziehungen und konstruktiven Mittel beschränken. Aus diesen Voraussetzungen erklärt es sich ferner, daß die Bauten in der Stalinallee, in Dresden, Leipzig, Rostock, Dessau und in anderen Städten die nationalen Traditionen fortführen, die in diesen Städten lebendig sind; und schließlich erklärt es sich auch hieraus, daß städtebauliche Aufgaben in einer neuen Weise gelöst werden konnten, wie sie in den zentralen Plätzen, den Magistralen, geschlossenen Ensembles und sogar einer völlig neuen Stadt zum Ausdruck kommt.

Deshalb finden unsere besten Bauten bei der Bevölkerung Zustimmung und Anerkennung; denn in ihrem Wesen entsprechen sie sowohl den materiellen wie den kulturellen Interessen der werktätigen Menschen. Die Entwicklung unserer Architektur und unseres Städtebaues von den funktionalistischen Laubenganghäusern in der Stalinallee bis zu den Gebäuden am Bersarinplatz, von der Grunaer Straße in Dresden bis zum Altmarkt, von den Wohnbauten aus dem Jahre 1950 in Rostock bis zur Straße des Nationalen Aufbauwerkes, von den Bauten an der Straße der III. Weltfestspiele in Leipzig bis zu den Bauten am Roßplatz zeigt eindeutig die erzielten Fortschritte. Sie beweisen die prinzipielle Richtigkeit unseres Weges; denn es ist unmöglich, einen falschen Weg zu beschreiten und gleichzeitig solche in die Augen springende Erfolge in wenigen Jahren zu erreichen.

II.

In den letzten Monaten entstand unter den Architekten der Deutschen Demokratischen Republik und auch unter den Mitarbeitern der Deutschen Bauakademie eine Diskussion über die Frage, ob unsere Fehler und Mängel in der städtebaulichen und architektonischen Entwicklung der letzten Jahre lediglich als Oberflächenerscheinungen zu bewerten sind oder ob wir Fehler begangen haben, die tiefer gehen, so daß wir von einer Verletzung von Prinzipien des sozialistischen Realismus sprechen müssen. Die Diskussion entbrannte vor allem über die Bedeutung der Rede des Ersten Sekretärs der KPdSU, N. S. Chrustschow, auf der Unions-Baukonferenz in Moskau. Auf der Deutschen Baukonferenz wie auch auf der vorangegangenen X. Plenartagung der Deutschen Bauakademie war klar zum Ausdruck gekommen, daß die Kritik, die Genosse Chrustschow an der Arbeit der sowjetischen Architekten geübt hat, von allgemeiner und prinzipieller Bedeutung ist. Einige Mitarbeiter der Deutschen Bauakademie vertraten die Auffassung, daß sich dies lediglich auf die Schlußfolgerungen bezieht, die sich aus der Industrialisierung des Bauwesens ergeben und die sich in der Vernachlässigung der Wirtschaftlichkeit, in der Rückständigkeit der städtebaulichen Planungsarbeit, in den Mängeln des ländlichen Bauwesens und der Industriearchitektur und schließlich in der Unterschätzung der Typenprojektierung äußerten. Der grundsätzliche Charakter der Kritik Chrustschows erstreckt sich jedoch auch auf die wesentlichen Fragen der architektonischen Gestaltung. Dieser prinzipielle Charakter beruht auf der Richtigstellung des Verhältnisses zwischen der materiellen und der ideellen Seite der Architektur; vor allem auch in dieser Hinsicht hat die Rede Chrustschows volle Gültigkeit für die deutschen Architekten. Der Hauptfehler auch in unserer Entwicklung besteht in einer Überbetonung der ideellen Seite der Architektur gegenüber der materiellen Seite. Bei uns äußert sich dieser grundsätzliche Fehler zwar nicht in einer so auffälligen Weise durch dekorative Überladenheit und überflüssigen Schmuck – obwohl auch solche Fehler bei uns aufgetreten sind –, nichtsdestoweniger entspringen aber auch unsere Fehler derselben Ursache. Auch bei uns muß man davon sprechen, daß die ökonomischen, funktionellen und technisch-konstruktiven Aufgaben der Architektur vielfach in unzulässiger Weise ihren künstlerischen Aufgaben untergeordnet wurden.

Wenn man die Wohnqualität selbst unserer besten Bauten an den zentralen Plätzen und Magistralen unserer Städte überprüft, so muß man feststellen,

daß es nur wenigen Architekten gelungen ist, die Forderungen nach Zweckmäßigkeit und Bequemlichkeit, die an eine moderne Wohnung gestellt werden, zu befriedigen. Die neuen Wohnbauten am Roßplatz in Leipzig überzeugen vor allem in der der Hauptstraße zugewandten Fassade durch ihre geschlossene und würdige architektonische Gestaltung. Der Grundriß der einzelnen Wohnungen, die Ökonomie der Nutzfläche und sogar die Anordnung der Türen und Fenster im Inneren zeigen aber wesentliche Mängel, die den Wert der Gebäude beeinträchtigen. Ähnliches gilt für die neuen Wohnbauten am Altmarkt in Dresden. Auf der Ostseite kann man außerdem von einer Häufung der architektonischen Motive und von Überladenheit sprechen.

Es gibt nicht wenige Bauwerke in der DDR, wo die Anwendung der klassischen und nationalen Motive und Formen in einer schematischen, vergröberten Weise erfolgte, die den inneren organischen Zusammenhang zwischen der Funktion, der technischen Konstruktion und der künstlerischen Form zerstörte, so daß die dekorativen Elemente als überflüssiger Zierat erscheinen wie bei dem Versuchsbau in Johannisthal in Berlin.

Nicht anders verhält es sich mit der Frage der Vernachlässigung der technischen Ausführung unserer Bauwerke. Obwohl viele Architekten seit langem diesen Mangel erkannten und die Forderung nach einer wirksameren Autorenkontrolle erhoben, wurde der technischen Ausführung nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt. So kommt es, daß ernste technische Mängel in der Ausführung von Gesimsen, Wandverkleidungen, der Entwässerungsanlagen und der sanitären Einrichtungen selbst in der Stalinallee festzustellen sind. Dadurch wurde sowohl die Wohnqualität als auch die baukünstlerische Absicht häufig empfindlich beeinträchtigt.

Zu den Fehlern und Mängeln, die aus einem Mißverhältnis zwischen der materiellen und ideellen Seite der Architektur entstanden sind, kommen jedoch noch weitere Schwächen, die ebenfalls Prinzipien des sozialistischen Realismus verletzen. Der sozialistische Realismus verlangt in der Architektur die Einheit zwischen der äußeren und inneren Gestaltung der Gebäude. Das Zurückbleiben auf dem Gebiete der Innenarchitektur erklärt sich aus einer Mißachtung dieser grundlegenden Forderung.

Der sozialistische Realismus gibt weiterhin die Möglichkeit, Architektur, Plastik und Malerei zu einer geschlossenen, einheitlichen Wirkung zu bringen, aber bisher gelang es nur selten, überzeugende künstlerische Leistungen hervorzubringen. Der Figurenschmuck im Giebelfeld des Kulturpalastes der Maxhütte ebenso wie die Figurengruppe auf der Jugend-Hochschule „Wilhelm Pieck“ tragen nicht zur Steigerung der künstlerischen Wirkung der Gebäude bei, sondern mindern sie im Gegenteil herab. Auch in dem Studentenwohnheim an der Reichsstraße in Dresden sind der figürliche und dekorative Schmuck unbefriedigend gelöst. Hierin äußert sich eine Ungleichmäßigkeit in der Entwicklung von Architektur und Bildender Kunst, die einer prinzipiellen Diskussion bedarf. Die Unklarheiten in dieser Frage wirkten sich besonders darin aus, daß an der bedeutendsten Leistung unseres nationalen Aufbauwerkes, der Stalinallee in Berlin, die Bildende Kunst bisher nicht in entsprechender Weise zur Anwendung kam.

Auch im Bereich des Städtebaues sind Verstöße gegen Prinzipien des sozialistischen Realismus erkennbar, die meist darauf zurückzuführen sind, daß mit den Bauarbeiten bereits begonnen wird, ehe die notwendigen stadtplanerischen und städtebau-künstlerischen Grundlagen geschaffen sind. Das hat z. B. in Stalinstadt dazu geführt, daß selbst heute noch keine vollständige Klarheit über die Komposition des zentralen Platzes, der Magistralen und des Werkeinganges besteht. Darauf ist dann auch zurückzuführen, daß die städtebau-künstlerische Gestaltung, die Silhouettenbildung der Stadt, die Ordnung der architektonischen Akzente, die Differenzierung der einzelnen Straßen, das Größenverhältnis zwischen Wohnhöfen und Plätzen und schließlich die Gestaltung der einzelnen Ensembles selbst unbefriedigend blieben, die Stadt dadurch einen uneinheitlichen Charakter erhielt und bis heute wichtige Gestaltungsfragen ungelöst sind.

Unklarheiten über die städtebau-künstlerischen Prinzipien des sozialistischen Realismus führten in Lauchhammer zu einer kleinbürgerlich-romantisierenden Auffassung der städtebaulichen Aufgaben; an Stelle einer klaren und gesetzmäßigen Gliederung des Bebauungsplanes traten um eines malerischen Erscheinungsbildes willen Regellosigkeit und Willkür in der Führung der Straßen und der Gruppierung der Gebäude auf. Aus diesen und ähnlichen Beispielen geht hervor, daß die Grundsätze des sozialistischen Städtebaus nicht immer die notwendige Beachtung finden und der Städtebau noch nicht überall zur Grundlage für die architektonische Gestaltung wurde.

III.

Die Verletzung von Grundsätzen des sozialistischen Realismus hat auch insofern Bedeutung, als dadurch eine Reihe von Architekten abgehalten wurde, den Weg des sozialistischen Realismus zu beschreiten. Einige Architekten in der Deutschen Demokratischen Republik beharrten eben wegen dieser Fehler in den Anschauungen über die Architektur, die von Baumeistern, wie Heinrich Tessenow und Paul Bonatz vertreten worden waren, die zu ihrer Zeit gegenüber den Formalisten als positive Erscheinungen einzuschätzen sind, die uns aber heute schon nicht mehr genügen können, weil sie die Widerspiegelung der neuen gesellschaftlichen Ideen außer acht lassen.

An der Grunaer Straße in Dresden und an der Straße der III. Weltfestspiele in Leipzig wurde bis in die unmittelbare Nähe des Stadtzentrums der Charakter einer Stadtrandbebauung hineingetragen. Auch die künftige Gestalt des Bayrischen Platzes in Dresden leidet durch die Architektur des neuen Studenten-Wohnheimes, die lediglich die Behaglichkeit des Wohnens betont, aber die repräsentative Bedeutung dieser Gebäude innerhalb ihres städtebaulichen Zusammenhanges vernachlässigt und nicht beachtet, daß die Gesamt-Platzanlage den Vorhof zu der für das Dresdener Stadtbild so überaus wichtigen Dominante der Technischen Hochschule bildet. Die bedeutenden Möglichkeiten, die gerade das Dresdener Barock hinsichtlich der architektonischen Gestaltung bietet, sind nicht ausgenutzt worden, so daß diese Bauten nicht einen Dresden entsprechenden Charakter tragen.

Da wir nicht in genügendem Maße bei uns selbst darauf gedrungen haben, daß die künstlerische Gestaltung einer sorgfältigen technischen Ausführung bedarf, führten einige unserer Architekten, die die Mängel erkannten, einen Rückzug auf die sogenannte handwerklich-baumeisterliche Gesinnung durch, was ein Ausweichen vor der Darstellung der gesellschaftlichen Inhalte bedeutet.

Die gefährlichste Auswirkung der Verletzung von Prinzipien des sozialistischen Realismus besteht darin, daß wir dadurch dem Funktionalismus und Konstruktivismus die Tore öffnen. Gerade in der letzten Zeit machten sich durch eine falsche Auslegung der Chrustschow-Rede, die durch die unzulängliche Selbstkritik in den Fragen der Architektur in unseren eigenen Reihen begünstigt wurde, Bestrebungen bemerkbar, die die Wiederherstellung der konstruktivistischen und funktionalistischen Architektur bezwecken. In Diskussionen, die kürzlich im Kulturbund in Berlin stattfanden, wurden Auffassungen vertreten, die auf eine Liquidierung unserer Errungenschaften der Architektur hinauslaufen. Diese Tatsachen beweisen, daß es eine der wichtigsten Aufgaben, insbesondere der Deutschen Bauakademie und des Bundes Deutscher Architekten ist, den Meinungsstreit über die Fragen, die durch die Industrialisierung des Bauwesens für die Architektur aufgeworfen wurden, einen wissenschaftlichen Charakter zu verleihen und sie in breitem Maße unter Teilnahme der Werktätigen zu organisieren.

Die Gefahren, denen die Entwicklung der deutschen Architektur durch ungünstige Einflüsse aus Westdeutschland ausgesetzt ist, verlangen von unseren Architekten eine klare Erkenntnis der nationalen und sozialen Aufgaben der Architektur und erhöhte Anstrengungen zur weiteren Festigung der Errungenschaften des sozialistischen Realismus. Deshalb ist es notwendig, daß unsere Architekten die Ausführungen des 1. Sekretärs der SED, Walter Ulbricht, auf der Deutschen Baukonferenz größte Aufmerksamkeit zuwenden und sich diese zur Grundlage einer Kritik und Selbstkritik und ihrer weiteren schöpferischen Entwicklung nehmen. Die Grundlinie unserer weiteren Entwicklung wurde durch die Worte Walter Ulbrichts festgelegt: „Die Moskauer Unions-Baukonferenz erteilte uns wertvolle Hinweise. Wir wissen, daß bei uns noch große Mängel vorhanden sind, daß der Wirtschaftlichkeit im Städtebau mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, aber wir wissen auch, daß unser Weg unter den besonderen Bedingungen des nationalen und sozialen Kampfes in Deutschland der richtige ist. Dieser Weg führt zu einer deutschen Architektur, die den Interessen des ganzen Volkes dient.“

(Nachdruck aus ‚Neues Deutschland‘ vom 9. 6. 55)

Professor Otto Englberger zu seinem 50. Geburtstag

Am 17. August 1955 wurde der erste Rektor der jungen „Hochschule für Architektur und Bauwesen" Weimar, Professor Otto Englberger, 50 Jahre alt.
Der Minister für Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik berief ihn zu Beginn des Studienjahres 1951 an diese Hochschule als Professor für Wohn- und Gesellschaftsbau, zugleich als kommissarischer Direktor der Hochschule. Im Februar 1954 wurde er zum Rektor gewählt, als nämlich die Hochschule unter seiner Leitung die ideologische und politische Reife gewonnen hatte, eine Rektoratsverfassung zu erhalten. Zugleich wurde die Hochschule um die Fakultät „Bauingenieurwesen" und um die Fakultät „Baustoffkunde und Baustofftechnologie" erweitert.
Diese in ihrer jetzigen Struktur neue Hochschule nannte ich jung. Etwas, das neu entstanden, neu begründet, neu zusammengesetzt ist, muß darum nicht unbedingt jung sein. „Jung" will für eine Hochschule heißen, daß sie „junge Wege" geht, und das wiederum will heißen, im Fortschritt des Sozialismus um den Vorsprung zu eifern.
Gemeinsam junge Wege zu gehen, ist wohl immer gleich schwierig und gleich schön, mag es nun sein, daß denen, die man mitzureißen bestrebt und berufen ist, diese Wege steil und vielfach verstellt vorkommen, mag es sein, daß ihnen diese Wege eben und unromantisch erscheinen und das Ziel so weit ist, daß es besondere Ausdauer erfordert. Wem die Aufgabe wird, anderen Vertrauen, Überzeugung und Erkenntnis auf solchem Wege mitzugeben, der wird einiges mehr über das umfassende Fachwissen hinaus einzusetzen haben. Von dem wird man erwarten, daß ihm auch die größeren und großen Aspekte der sozialistischen Bewegung bekannt sind, so daß er eigenes Vertrauen in diese und Sicherheit ausstrahlt. Von dem muß verlangt werden, daß er sich in ständiger Wachsamkeit bildet und korrigiert und andere ständig zu gleicher Bildung und Korrektur anhält. Für den bedeutet es, täglich neu und unverdrossen an einem Kollektiv zu formen, das nicht einfach konstant vorhanden ist, das vielmehr immer zu werden verspricht, solange man an seiner Substanz meistert, das also täglich neuer Impulse bedarf. In diesem Punkt aber lag auch hier das Schwierigste am Anfang. Denn bedrückend lastete auf dieser Hochschule die „Bauhaustradition". Sie nahm für sich die Losung der „jungen Wege" in Anspruch und warb mit dem Elan der Romantik aller Widerstände um Wahrer und Verfechter. Da genügte nicht Beseitigen und Verbieten. Da hieß es beharrlich den Sinn für feinere Proportionen erwecken, bis unter lärmlosem Wirken das Leere und Kahle, das Menschheitsfeindselige dem Menschenverbindenden wich.
Geduld und Toleranz sind Gaben, die man vielleicht weniger von Natur aus mitbringt, vielmehr als das Ergebnis von Härten und Zweifeln durch Einsicht erwirbt (wozu die fraglos gefährlichen 50 Jahre sicher Gelegenheit boten). Geduld aber und Toleranz sind notwendig, wie auch manche Härten im Leiten und Anleiten von Menschen unvermeidlich sind. Aber so wie dieses Konsequentsein das Extrem mied, so durfte auch die Verfeinerung der Proportionen bis zur Vermenschlichung des Gestalteten nicht über ihr Ziel hinausschießen in eine Sphäre des Übersehens der Ökonomik des Gestaltens, in eine Welle des Detailenthusiasmus, in welchem die Würde der Realität ertrinkt. Und so steht es nicht



Professor Otto Englberger

schlecht um die „jungen Wege" an unserer Hochschule, wiewohl es oft turbulent zuging, wie in einem kochenden Topf, bei dem zuweilen auch Schaum überlief und verzischte.
Wenn wir nach weiteren Voraussetzungen fragen, die es Otto Englberger ermöglichten, ein so gutes Stück Steuermannsarbeit hinter sich zu bringen, dann geben uns die nackten Daten seines Lebenslaufes beredte Auskunft:
Otto Englberger wuchs auf in einem Arbeiterhaushalt. In der Realschule, die ihn zur mittleren Reife brachte, war er ein Einzelner unter Privilegierten. Nicht dort, sondern in der Sozialistischen Arbeiterjugend fand er die ihm gemäße Umwelt.
Nach einer Maurerlehre und Gesellenprüfung besuchte er die Bauschule in Nürnberg, und obwohl er diese als Bestqualifizierter verließ, fand seine Heimatstadt Erlangen keine Verwendung für ihn. Im Bezirksamt Ochsenfurt am Main begann seine Laufbahn, ein Omen dafür, daß sie wohl eine sogenannte „Ochsentour" werden würde.
Bald zog es ihn jedoch nach Essen und zum Besuch der Folkwangschule und während dieser Zeit, in welcher sich vom Künstlerischen her der Horizont weitet, arbeitete er bei Privatarchitekten im Industrie-, Kirchen- und Wohnungsbau. Frankfurt am Main und Gelsenkirchen sind weitere Orte seiner Tätigkeit.
Von 1929 ab ist er in Essen beim Gagfah-Wohnungsbau und wird 1937 Leiter einer deren Entwurfsabteilungen in Berlin. In dieser Aufgabe erwarb er sich große Erfahrungen im Siedlungsbau. Im August 1944 holte man ihn zur „Schanzaktion". Gleich nach dem Kriege, im Mai 1945, stand er der Gemeindeverwaltung seines Wohnortes Blankenfelde/Kreis Teltow beim Aufbau zur Verfügung. Er entwarf und verwirklichte, was sich zunächst im Bereich des Möglichen unter dem Notwendigen fand. Auf diese Weise entstanden bis 1950 die Projekte von Schulen, Kindergärten, Internaten, ein Kino, ein Bahnhof. Als Mitarbeiter erlebte er die Entstehung der Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik und wurde im Dezember 1951 ihr ordentliches Mitglied, nachdem er, wie schon anfangs gesagt, im September 1951 seine Berufung als kommissarischer Direktor der Hochschule für Architektur in Weimar erhielt, woselbst er, wie auch schon erwähnt, 1954 zum Rektor gewählt wurde.
Wenn man das Leben und auch das Fach erlernt hat, mit den Händen zu begreifen und mit den Sinnen in sich aufzunehmen, dann macht man nicht Halt beim „Erlernt", sondern dringt vor bis zum „Erlebt" und „Erworben".
Anlagen und die sogenannten Zufälligkeiten, welche näher betrachtet doch zusammenhangvolle Gesetzmäßigkeiten sind, ließen Otto Englberger beruflich einen Weg gehen, in dem das Wohnen und damit der Mensch mit seinen Forderungen immer im Mittelpunkt stand. Die Aufgaben, die man ihm stellte, die zahlreichen Wettbewerbe, die er gewann, zeugen davon.
So erwarb er 1929 in Essen im Wettbewerb „Siedlung Kellermannsbusch" den 1. Preis. Ebenso beim dortigen Kirchenwettbewerb St. Judyuns in Gemeinschaft mit Kollegen den 1. Preis. Die Wettbewerbe Siedlung Mahlow 1948 und Internat Trebbin 1949 brachten ihm ebenfalls 1. Preise ein. 1951 ist er im Wettbewerb Stalinallee am 3. Preis beteiligt und hat im Wettbewerb Potsdam einen 1. Preis gemeinsam mit dem Lehrstuhl Prof. Räder zu verzeichnen; 1952 sind die Vorschläge für die Gestaltung von Intelligenzhäusern Anlaß zu einem 1. Preis. Sein Entwurf im Wettbewerb FDGB-Haus Erfurt 1952 wurde angekauft. Die Kollektivarbeit Wettbewerb Verlagshaus Neues Deutschland (1. Preis) beendet nicht die Reihe der Beteiligung an der wettbewerbsmäßigen Klärung zur Diskussion stehender Probleme.
Die vorwiegende Beschäftigung mit der Wohnungsfrage hat ihn Architektur und Gesellschaft nicht getrennt betrachten lassen. Sie hat ihn aber auch die Verachtungswürdigkeit kapitalistischer „Rentabilität" in dieser Frage erkennen lassen und das hat ihn den Weg zu einer sozialistischen Architektur geführt, auf dem er die Hochschule, so möchte ich wünschen, mit wachsendem Erfolg auch weiterhin führen möge.

Prof. Siegfried Tschierschky

Neuaufbau der Dresdner Gemälde-Galerie

Nach dem Beschluß der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird die Dresdner Gemälde-Galerie innerhalb eines Jahres wiedererstehen. Die Arbeiten an der Galerie haben bereits begonnen. Der Innenausbau soll schon im nächsten Jahr zur 750-Jahrfeier der Stadt Dresden fertiggestellt sein, so daß dann die Aufstellung der 750 Gemälde, die durch den hochherzigen Beschluß der Sowjetunion nach Dresden zurückkehren, hier an ihrer alten Traditionsstätte erfolgen kann. Die Steinmetzarbeiten an der Außenfassade werden noch längere Zeit beanspruchen.
Die Fakultät Bauwesen der Technischen Hochschule hat zur Wiederherstellung der Dresdner Gemälde-Galerie eine Denkschrift ausgearbeitet, die sich mit den Problemen des Neuaufbaus eingehend beschäftigt und der wir folgende Ausführungen entnehmen:
„Der große, in der Deutschen Demokratischen Republik zunächst noch einzigartige Kunstschatz bedarf einer architektonischen Fassung von entsprechendem Wert, die nur durch die Semper-Galerie geboten werden kann. Wie Schinkels Berliner Antiquarium die höchste Form des antiken Museums darstellt, die der deutschen Baukunst gelang, so hat Semper für die Aufstellung von Gemälden in Dresden einen Bau geschaffen, der in Deutschland an erster Stelle steht. Sein Wert beruht gleichmäßig in der Gestalt wie in der Stellung zwischen weiten Platzräumen, umrahmt von Zwinger, Oper, Elbraum, Katholischer Hofkirche und Schloß. Dem großen Architekten gelang es hier, den Forumsgedanken zu verwirklichen, der ihn zeitlebens beschäftigte, aber nur an dieser einzigen Stelle in einer vollkommenen Form durchgeführt werden konnte.
Auch die weitere Aufgabe, die Gemälde, ihrer besonderen Zusammensetzung entsprechend, denkbar günstig aufzustellen, kann in Dresden nur die alte Galerie übernehmen, die ja eigens für diese Bilder erbaut wurde. Die Belichtung in der Galerie war nach Abstellung ursprünglicher Mängel ausgezeichnet. Insbesondere ergaben die Oberlichter der hohen Säle ein sehr gleichmäßiges Licht, wie uns der Münchener Architekt Prof. Döllgast bestätigt, der beim Wiederaufbau der Alten Pinakothek vor genau den gleichen Aufgaben steht.

Da bei der Durchführung möglichst sparsam vorgegangen werden muß, empfiehlt sich ebenfalls die Wahl der alten Galerie insofern, als der östliche Teil mit der kostbaren Hausteinfassade in seinem Mauerbestand gut erhalten ist. Die gewonnenen Räume würden auch nach modernen Gesichtspunkten durchaus genügen, 750 Bilder zu einer denkbar guten Wirkung zu bringen. Es kommt dazu, daß die Säle des anstoßenden deutschen Zwingerpav lons mit verwendet werden könnten. Auf Grund dieser Lage bittet die Fakultät, folgende Maßnahmen zu erwägen:

1. Die Galerie wird ihrem ehemaligen staatlichen Charakter entsprechend der Regierung der DDR, insbesondere ihrem Präsidenten Wilhelm Pieck, unmittelbar unterstellt.

2. Die Galerie erhält eine eigene, selbständige Verwaltung, wie dies stets der Fall war. Die Ernennung eines Direktors, der als eine ausgesprochene Autorität ein Museumsfachmann von hohem Rang und langjähriger Erfahrung sein muß, möchte möglichst bald geschehen, um mit ihm schon beim Aufbau zusammenarbeiten zu können.

3. Für die Aufstellung der Gemälde ist der Ostteil und Mitteltrakt mit Treppenhaus der alten Galerie durch die Zwingerbauhütte wiederherzustellen.

Um dieses Ziel zu verwirklichen, erklärt die Fakultät für Bauwesen, daß ihre Architekten bereit sind, ihre Kraft durch die Vorprojektierung als ihren Beitrag zu diesem für ganz Deutschland so wichtigen Werk ehrenamtlich einzusetzen. Sie kann dies tun im Bewußtsein, daß einzelne ihrer Mitglieder über langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet des Museumsbaues und Ausstellungswesens verfügen. Nur durch eine Zusammenarbeit aller in der Deutschen Demokratischen Republik tätigen, zu dieser Aufgabe berufenen Persönlichkeiten wird das Werk gelingen, das als eine große Kulturtat für unsere Arbeit vor der ganzen Welt zeugen könnte."

Bibliographie

Alfred Schödel

„Dekorative Malerei"

25 Blätter in verschiedenen Grauwerten und vielfarbigem Offsetdruck, Format 35 × 45 cm. Verlag Die Wirtschaft Berlin. Mappe 34,– DM.

Sowohl bei den Architekten als auch im Malerhandwerk besteht seit langem der Bedarf nach einem Werk wie die jetzt erschienene Mappe „Dekorative Malerei". So ist die Herausgabe einer derartigen Arbeit durch den Verlag Die Wirtschaft zu begrüßen. Auf insgesamt 25 Blättern werden, zu einem erheblichen Teil in vielfarbigem Offsetdruck (oft bis zu 15 Farben), die vielfältigsten Motive für die Praxis des Malers dargestellt.

Der Verfasser zeigt dabei oft Geschmack in der Zusammenstellung warmer freundlicher Farben. So sehen wir auf Blatt 1 eine gelungene Komposition einer Handwerkerdecke, bei der die Mitte etwas leichter gehalten werden könnte. Die Deckenrosetten, Blatt 3 links oben und unten, sind freundlich in ihrer Linienführung. Blatt 9 zeigt eine flächenmäßig gut erfaßte Decke für eine Ausstellungshalle. Eine farbig und kompositionell gut gelungene Decke finden wir auf Blatt 17. Verschiedene Gurtbögen zeigen im übrigen reiche Ornamentierungen. Die beiden Bauernschränke (Blatt 20) sind lustig und farbenfreudig, freilich etwas steif gemustert. Auch sollte man sich davor hüten, fehlende Beschläge durch Malerei darstellen zu wollen. Die Deckenlösungen zeigen manchmal gute Motive, doch wäre oft weniger mehr gewesen. Es ist natürlich möglich, auch Decken in geometrischen Mustern zu ornamentieren. Sie bekommen dann aber leicht den Charakter inkrustierter Fußböden. Diese Gefahr glücklich zu umgehen, ist eine schwierige Aufgabe, die unserem Verfasser leider nicht immer geglückt ist. Als Fußbodenentwürfe wären diese Arbeiten unbedingt zu bejahen, doch ist eine Decke zarter zu ornamentieren, um ihre Leichtigkeit zu wahren, also nicht drückend zu erscheinen. Eine Decke darf nie zu unruhig wirken, sondern soll dem Raume einen ruhigen wohltuenden leichten Abschluß geben.

Die Gesamtkomposition der Räume ist meist nicht gut gelöst. Sie steht oft im Widerspruch zur Architektur. Man hat bei allen Arbeiten das Empfinden, daß sie am Reißbrett entstanden sind. Das entspricht wohl kaum der handwerklichen Tradition. Man sollte daran denken, daß die Architektur den Raum schafft; die Malerei soll seine Bestimmung unterstreichen, aber nie die Architektur verändern wollen oder sogar selber Architektur sein wollen. Das Aufgabengebiet des Malers und seine Darstellungsmöglichkeiten bleiben trotzdem noch unendlich groß. – Striche dürfen nicht Profile ersetzen wollen und gemalte Bänder nicht an Stelle von Beschlägen treten. Malerei darf auch niemals ein anderes Handwerk ersetzen wollen. Seine eigenen Gegebenheiten durch Pinseltechnik, Farbe und Phantasie voll ausnutzen – darin liegt das Geheimnis, dieses Handwerk zur Kunst werden zu lassen, bei deren Anblick wir uns täglich aufs neue freuen können.

Die Hauptfrage ist dabei, wie eine derartige Mappe aussehen möchte. „Dekorative Malerei" – wer denkt nicht an die berühmten pompejanischen Wandmalereien oder die bezaubernden Wand- und Deckenmalereien der Renaissance, des Barock und des Rokoko, oder an die vielfältige Volkskunsttradition, die von ferner Zeit bis in die Gegenwart geht. Stets fügten sich diese Arbeiten, wie das reiche nationale Erbe Deutschlands überall zeigt, gut in die Raumarchitektur ein. Sie waren gewissermaßen mit ihr verwachsen und machten den Raum zum echten Kunstwerk, zudem waren sie farblich vollendet und technisch gekonnt. Raum und Dekoration waren eine Einheit und nicht voneinander zu trennen. In einem Nachschlagewerk dieser Art sollte dieses nationale Erbe Grundlage und Hauptinhalt bilden. Es hätte die besten Arbeiten aus den einzelnen Epochen zeigen müssen und eine gute Übersicht über die dekorative Raumgestaltung der letzten Zeit vermitteln können, damit eine Basis schaffend für eine schöpferische Weiterentwicklung. Vor der Neuherausgabe sollte man daran denken, diese Probleme grundlegend zu untersuchen.

Dipl.-Ing. G. Blume

„Das Studium an den Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik"

Herausgegeben von der Hauptverwaltung Fachschulwesen im Staatssekretariat für Hochschulwesen. 36 Seiten, DIN A 4. 0,50 DM.

Die Broschüre gibt Auskunft über alle grundsätzlichen Fragen des Fachschulstudiums einschließlich des Fern- und Abendstudiums und enthält das vollständige Verzeichnis der Fachschulen in der Deutschen Demokratischen Republik, untergliedert nach Fachrichtungen. Für jede einzelne Fachrichtung wird die Dauer der Ausbildung und ihr Ziel ersichtlich. Da die Kenntnisse über die Möglichkeiten, Bedingungen und Ziele des Fachschulstudiums noch ungenügend bekannt sind, ist sie eine wichtige Informationsquelle für alle Werktätigen, Oberschüler, Berufsschüler, Eltern, Lehrer und Erzieher.

Zeitschriftenspiegel

„Bauplanung – Bautechnik"

Aus dem Inhalt von Heft Nr. 7/1955:

Otto-Heinz Ledderboge, „Höchste Ausnutzung der Baustoffe" – Joh. Schreinert, „Die Bemessung von Stahlbetonquerschnitten nach dem Traglastverfahren" – Peter Buck, „Holzsparbalken für Wohnhausdecken" – Ferner die Beilage „Straßentechnik".

„Bauzeitung"

Aus dem Inhalt der Hefte 11 und 12/1955:

Fritz Liebscher, „Weg mit den Verlusten in den Baubetrieben" – Fritz Gau, „Beiträge zur Ökonomie des Wohnungsbaues in der DDR" – Carl Sagert, „Dachkonstruktionen mit Stößbetonfertigbauteilen" – Hermann Schreyer, „Richtlinien über die zulässige Belastung des Baugrundes" – Ferner die Beilage „Der junge Bauarbeiter".

Walther Müller, „Baukostensenkung richtig und falsch vom Standpunkt der Bauaufsicht" – Helmut Voß, „Material- und Kosteneinsparung durch Anwendung von gewölbten Montagedecken" – Wilhelm Thiemke, „Die Bau-Union Berlin und das Beispiel F-Nord" – Friedrich Eichler, „Kunststoffe im Hochbau" – Ferner die Beilage: „Bauen in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien".

„Das Bauwerk"

Das Heft 7/1955 bringt einen Kommentar zum Ministerratsbeschluß über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen sowie eine Übersicht über die Bauaufgaben im Volkswirtschaftsplan 1955. Bau-Ing. Borchardt berichtet dann über die Glasfaser als Werkstoff im Bauwesen. Dipl.-Ing. Ledderboge von der Deutschen Bauakademie beginnt mit seiner Artikelserie über das Bauen mit Fertigbauteilen; ferner enthält das Heft Fachartikel über den Montagebau sowie über den Stand der Produktion und Verwendung von Hohlblocksteinen aus Leichtbeton.

„Die Kommunalwirtschaft Moskaus"

Aus dem Inhalt von Heft Nr. 4/1955:

„Plan zur Entwicklung der Kommunalwirtschaft Moskaus im Jahre 1955" – W. N. Jakowlewski, „Fragen der Organisation der Generalreparatur an Wohnhäusern" – G. M. Arski, „Fabrikmäßig vorgefertigte Stahlbetonkonstruktionen für die Generalreparatur an Wohnhäusern" – K. F. Kaschirski, „Rationelle Pflege der Grünanlagen der Hauptstadt" – A. J. Schur und G. D. Marienhof, „Wirtschaftlicher Vergleich von technologischen Schemas für Werke zur Herstellung von Montagestahlbeton".

II. BUNDESKONGRESS
DES BUNDES DEUTSCHER ARCHITEKTEN
VOM 9. BIS 12. JUNI 1955

Professor Hanns Hopp
Die neuen Aufgaben des Bundes Deutscher Architekten

Dipl.-Ing. Hans Gericke
Über die Arbeit des Bundes Deutscher Architekten

Sonderbeilage der Zeitschrift „Deutsche Architektur" Heft 8/1955



Prof. Hanns Hopp

Präsident des Bundes Deutscher Architekten, Nationalpreisträger

Die neuen Aufgaben des Bundes Deutscher Architekten

Wenn im Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1955 unter den drei Schwerpunkten auch das Bauwesen genannt war, so bedeutet es, daß eine erhöhte Anstrengung in diesem wichtigen Zweig der Volkswirtschaft erforderlich wird, daß jetzt, mit dem Jahre 1955, eine neue Epoche in unserer volkseigenen Bauwirtschaft beginnen muß. Haben wir bisher die vom Volk, als dem wichtigsten Bauherrn, gestellten Aufgaben so gut und manchmal auch so schlecht gelöst, wie es die jeweiligen Umstände zuließen, so ist es jetzt an der Zeit, die Methode des Bauens selbst zu prüfen und zu verbessern. Wir stellen — zwar nicht zum erstenmal — erneut fest, daß im Vergleich zur industriellen Produktion das Bauwesen im handwerklichen Arbeitsprozeß steckengeblieben ist und daß deshalb die Produktionskapazität im Bauwesen, im Vergleich zu den immer größer werdenden Aufgaben, zu gering ist und die Kosten zu hoch sind. Wir sind daher aufgerufen, nicht nur wie bisher die Aufgaben zu erfüllen, sondern methodisch in stufenweisem Aufbau die Industrialisierung des Bauwesens durchzuführen. Dieser Auftrag verpflichtet Bauarbeiter, Techniker, Ingenieure und Architekten gleichermaßen.

Die Industrialisierung des Bauwesens war daher das Hauptthema auf der vom 3. bis 5. April dieses Jahres durchgeführten I. Baukonferenz in der DDR.

In Referaten und Diskussionsbeiträgen wurden überwiegend technische und wirtschaftliche Probleme behandelt. Künstlerische Probleme, Fragen der Architektur wurden besonders in den Diskussionsbeiträgen nur am Rande behandelt, obgleich die Industrialisierung des Bauwesens, die Verstärkung der Typisierung nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der Architektur bleiben kann, und obgleich die Kritik des Ersten Sekretärs der KPdSU, N. S. Chrustschow, an manchen Erscheinungen in der sowjetischen Architektur einen lebhaften Widerhall und Meinungsstreit bei unseren Architekten hervorgerufen hatte. Aber auf dem Weg zur Industrialisierung des Bauens sind die Ingenieure Wegweiser und Pfadfinder und nicht die Architekten; daher mußten ihre Probleme auf der Baukonferenz vor den technischen und wirtschaftlichen zurückstehen.

Heute dagegen, auf dem Kongreß des Bundes Deutscher Architekten, werden Fragen der Architektur nicht nur im dauernd Grundsätzlichen, sondern auch unter dem Aspekt der neuen Entwicklung zu untersuchen und zu erörtern sein. Was ich Ihnen vortrage, soll Veranlassung geben, über diese Fragen zu diskutieren und aus solcher Diskussion eine Übereinstimmung innerhalb des BDA über Weg und Ziel unserer weiteren Arbeit zu gewinnen.

Bei uns, in einer Gesellschaft, die auf dem Wege zum Sozialismus voranschreitet, ist die Architektur ein bedeutender Faktor im Leben des Volkes. Sie hilft, das Leben aller Werktätigen schöner und glücklicher zu gestalten. Sie dient der harmonischen Befriedigung des menschlichen Anspruchs auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung. Sie dient dem Wohle des *ganzen* Volkes und nicht den Profitinteressen der Banken und Monopole. Je schneller und je mehr wir bauen, desto deutlicher wird sich die Richtigkeit unseres Weges zeigen und um so stärker werden wir auch unsere Brüder in Westdeutschland davon überzeugen. Unser Bauen ist also, indem es uns selbst ständig reicher macht, ein wichtiger Beitrag zur Wiedervereinigung unseres gespaltenen Vaterlandes.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, hat auf der Baukonferenz erneut bestätigt, daß unser Weg richtig war und ist und daß die Architekten der DDR auf diesem Wege beachtenswerte und anerkannte Erfolge erzielt haben. Daß wir diesen Weg beginnen und konsequent weitergehen konnten, verdanken wir dem hervorragenden Beispiel der Sowjetunion, die zuerst die grundsätzlich neue These aufstellte und verwirklichte, daß die Bauten des Sozialismus ihrem Inhalt nach sozialistisch, ihrer Form nach national sein sollen.

Und wenn wir heute zu einer neuen Anspannung aller Kräfte aufgerufen sind, so verdanken wir es wiederum unseren sowjetischen Kollegen, die in einem großartigen Beispiel klassischer Kritik und Selbstkritik uns lehrten, sich nicht von den Aufgaben treiben zu lassen, sondern stets das Steuer des Fortschritts in der Hand zu behalten.

Walter Ulbricht hat in seinem Referat auf der Baukonferenz die Fragen der Architektur an den Anfang seiner Ausführungen gestellt und den Architekten einen Leitsatz für die weitere Arbeit gegeben:

> *„Unsere Architekten und Städtebauer müssen die Architektur als Einheit von Technik, Wissenschaft und Kunst sehen.“*

Damit hat er zum Ausdruck gebracht, daß diese Forderung bisher nicht immer erfüllt wurde, daß im Kampf um eine deutsche Architektur sich oft das Interesse der Architekten allein auf die *Gestaltung* konzentrierte und den funktionellen, konstruktiven und wirtschaftlichen Belangen nicht in gleichem Maße gerecht wurde. Mit besonderem Nachdruck wies Walter Ulbricht darauf hin, daß als Voraussetzung für die Industrialisierung die Aufstellung von mustergültigen Typenprojekten für den Wohnungsbau, für gesellschaftliche und ländliche Bauten notwendig werde und daß für diese Typenprojektierung die besten Architekten und Ingenieure einzusetzen seien.

Am Schluß seines Referates fordert Walter Ulbricht vom BDA, daß er sich stärker als bisher für die ständige Qualifizierung aller Bauschaffenden, der Bauarbeiter, Techniker und Architekten und für eine Popularisierung der Architekturprobleme in der gesamten Bevölkerung einzusetzen habe.

In den Bundesrichtlinien heißt es, daß der BDA eine schöpferische Organisation ist, deren Hauptaufgabe darin besteht, die ständige fachliche Aufwärtsentwicklung seiner Mitglieder, die Vertiefung ihrer Kenntnisse in den Gesellschaftswissenschaften und in der Marxistisch-Leninistischen Ästhetik zu erreichen. In kameradschaftlichem Zusammenschluß, in persönlichem Kontakt sollen die Mitglieder die Überzeugung gewinnen und festigen, daß eine wissenschaftlich begründete Architekturtheorie die Voraussetzung für eine schöpferische Gestaltung in der Architektur ist, daß die Entwicklung der deutschen Architektur nicht Sache einzelner besonders begabter, aber als isolierte Individuen schaffender Baumeister sein kann, sondern daß sie als gesellschaftliche Angelegenheit und Kunst nur von der Gesellschaft getragen und vorwärtsgeführt werden kann.

Die Möglichkeiten, die unserem Bund für solche bedeutende Aufgabe zur Verfügung stehen, sind Vorträge mit Lichtbildern über theoretische Probleme der Architektur und Berichte über fertiggestellte Bauten. Dabei sollte niemals versäumt werden, auch die konstruktiven und wirtschaftlichen Lösungen eines fertigen Bauwerkes mit in die Erörterung einzubeziehen. In Klubabenden sollten Entwürfe besprochen und diskutiert werden. Aus keinem Entwurfsbüro sollte ein größeres Projekt herausgehen, ohne daß es in der Bezirksgruppe und in der Betriebssektion des BDA behandelt wäre, wie es in den Entwurfsräten der Entwurfsbetriebe schon geschieht. Aber es ist wichtig, daß es nicht in demselben Kreis, sondern mit Kollegen geschieht, die außerhalb der Werkstatt stehen. Ein weiteres Mittel sind Ausstellungen von Entwürfen und Diskussionen darüber mit der Bevölkerung, in erster Linie natürlich mit den Bauarbeitern. In den zahlreichen schon bestehenden Intelligenzklubs sollten die Architekten mitwirken und Berichte und Perspektiven ihrer Kunst zu den Programmen dieser Klubs beisteuern.

Das alles haben wir auch bisher schon gewußt und gewollt. Es geschah in ungenügendem Maße, weil mancher Kollege sich scheut, seine Gedanken, besonders wenn sie kritischer Art sind, in größerem Kreis auszusprechen und sich gern hinter der Devise „Bilde, Künstler, rede nicht!“ versteckt. Aber dieses Wort gilt für die Architekten nicht. Er ist nicht ein Künstler, der in stiller Abgeschiedenheit in seinem Atelier schaffen könnte, er ist aufs Innigste mit der gesamten Kultur seines Volkes, mit der ganzen Volkswirtschaft verbunden, er arbeitet mit seinem Bruder, dem Ingenieur, seinen Vettern, den bildenden Künstlern und Grünplanern zusammen. Ein vorbildlicher Architekt muß daher ebenso das Wort wie die Form beherrschen.

Ein anderer Grund, warum diese Aufgaben des BDA bisher nicht genügend erfüllt wurden, liegt in dem Mangel an Zeit, unter dem wir alle leiden, von Muße und schöpferischer Pause schon gar nicht zu reden. Ich habe keine Bedenken, vorzuschlagen, daß wir uns viel mehr als bisher der technischen

Mittel bedienen, die uns unser Zeitalter zur Verfügung hält: Lichtbilderreihen mit begleitendem Text auf Tonband können in allen Bezirksgruppen kursieren und Anlaß zu fruchtbaren Diskussionen geben, deren Ergebnisse in Stichworten dann im Bundessekretariat zusammengefaßt und den Bezirksgruppen wiederum zur Kenntnis gebracht werden können.

Das etwa wäre die organisatorische Seite unserer Aufgabe, wie sie von Walter Ulbricht erneut gestellt wurde.

Nun zu den Problemen selbst, die in diesen Veranstaltungen behandelt werden müssen. Es zeichnen sich uns deutlich zwei Themen ab, die selbstverständlich eng zusammenhängen, aber in der Behandlung doch zweckmäßigerweise getrennt werden sollten:

1. Die Analyse bisher aufgeführter Bauten und neuer Entwürfe, die ausgeführt werden sollen und
2. die neuen Probleme, die für Theorie und Praxis aus der Einführung der Industrialisierung und der dadurch bedingten sehr verstärkten Anwendung von Typen und Normen entstehen.

Warum messen wir der Analyse, also der Kritik, eine solche Bedeutung bei? Kennen wir doch viele Aussprüche bedeutender Dichter und bildender Künstler, in denen sie ihre Abneigung gegen die Kritiker, oft ihre Verachtueng zum Ausdruck bringen. Was sie mit Recht verurteilten, waren die Kritiken des bürgerlichen Zeitalters, welche die Werke herunterrissen, um sich selbst vor der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Für uns dagegen ist Kritik und Selbstkritik der wichtigste Hebel zu dauerndem Fortschritt. Unsere Kritik spürt Fehler auf, nicht um den Verfasser zu erniedrigen, sondern um zu helfen, die Fehler zu überwinden. In der Stellungnahme des Präsidiums des BDA im „N. D." vom 9. Juni wird erläutert, daß es *eine* Form von Kritik nicht gelten lassen kann, nämlich diejenige, die, ausgehend von vielleicht wirklich fehlerhaften Einzelheiten, dadurch die Unrichtigkeit unseres Weges darlegen will. Die Methode des sozialistischen Realismus, die Darstellung der Wirklichkeit in ihrem fortschrittlichen Wesen, mit den Mitteln der Kunst, ist und bleibt der Grundsatz unseres künstlerischen Schaffens.

Die Analyse ausgeführter Bauwerke und neuer Entwürfe

Diese Aufgabe ist ein wichtiger Teil unserer Bundesarbeit. Für sie darf nicht der individuelle Geschmack des einzelnen, sein nur gefühlsmäßig begründetes Gefallen oder Mißfallen entscheiden. Wir können feststellen, daß bei der Beurteilung historischer Bauwerke, die unserer nationalen Tradition angehören, im allgemeinen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich ihrer künstlerischen Qualität nicht auftreten, wie das bei heutigen Bauten der Fall ist. Forschen wir nach der Ursache für diese Einheitlichkeit der Beurteilung, so erkennen wir, daß allen diesen historischen Bauwerken Gesetzmäßigkeiten innewohnen, die aus den schöpferischen Kräften des Volkes erwachsen, in langer Reihe von Generation zu Generation weitergegeben wurden und so den Charakter objektiver Gesetze gewannen. Diese, allen Stilepochen gleichermaßen innewohnenden Gesetzmäßigkeiten ermöglichen uns eine einheitliche Bewertung der Bauwerke. Wenn diese einheitliche Bewertung bei unseren gegenwärtigen Schöpfungen nicht vorhanden ist, läßt sich daraus folgern, daß solche Gesetzmäßigkeiten unseren heutigen Werken mangeln. Wollen wir zu einer wissenschaftlichen Systematik in der Architekturanalyse kommen, so müssen wir zuerst durch die Analyse historischer Bauwerke nach solchen Gesetzmäßigkeiten forschen und dann untersuchen, inwieweit sie bei dem zu analysierenden Objekt erfüllt worden sind.

Indem wir vom Ganzen zum Einzelnen vorschreiten, stellen wir eine Reihe von Fragen auf, prüfen, wie sie in der Tradition erfüllt wurden und wenden sie dann auf das Objekt unserer Analyse an. Das Ergebnis solcher Bemühungen wird nicht nur ein objektives Urteil ergeben, sondern uns zugleich einen wahren Schatz von Erfahrungen, eben durch das Wissen um jene Gesetzmäßigkeiten liefern, die uns bei zukünftigem Schaffen ein zuverlässiger Wegweiser sein können.

Zuerst fragen wir nach dem Verhältnis eines Bauwerkes zu seiner Umgebung. Es existiert niemals und nirgends für sich allein, es tritt in Beziehung zur Natur oder zu anderen Architekturen. Die Forderung heißt, daß es sich harmonisch in seine Umgebung einfügen soll. Das kann entweder dadurch geschehen, daß es sich als gleiches unter gleichen einfügt oder als neues dominierendes Element auftritt, wenn solche Dominanz durch die gesellschaftliche Bedeutung oder die städtebauliche Situation gerechtfertigt ist. Die Tradition belehrt uns, daß zwei Dominanten gleicher Stärke, die also einander Konkurrenz machen, die künstlerische Wirkung nicht verdoppeln, sondern mindern.

Dabei sollte die städtebauliche Situation mit der gesellschaftlichen Bedeutung eines Bauwerkes übereinstimmen. Die Kritik Chrustschows belehrt uns, daß es nicht richtig sei, vor allem auch volkswirtschaftlich nicht, nur aus städtebaulich-ästhetischen Gründen Hochhäuser zu bauen, ohne daß ihr Inhalt diese besondere Dominanz rechtfertige. In den 16 Grundsätzen des Städtebaues haben wir wissenschaftliche Leitsätze für den Städtebauer entwickelt. Wiederum nach den Lehren und mit direkter Hilfe unserer sowjetischen Kollegen. Gerade im Städtebau zeigt sich die gewaltige schöpferische Kraft einer sozialistischen Gesellschaft. Nur sie ist imstande, große städtebauliche Ensembles nach künstlerischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht nur zu planen, sondern auch zu verwirklichen. Dennoch ist die Einfügung unserer neuen Bauwerke in ihre Umgebung noch ungenügend. Sehr oft bleiben Bauwerke in ungestalteter Umgebung liegen, oft sind die für die Gestaltung der Umgebung, für die Ausführung von Grünanlagen erforderlichen Mittel nicht eingeplant und können nach Abschluß des Bauvorhabens nur schwer beschafft werden. Das Dokument über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen fordert daher für die Zukunft eine komplexe Planung und komplexe Durchführung jeder Bauaufgabe.

Die *zweite Frage* bei der Analyse eines Bauwerkes ist diejenige nach der Gestaltung der Baumassen als Ganzes. Wie sind ihre Proportionen, wie die Verhältnisse ihrer Länge und Breite zur Höhe? Wie sind die einzelnen Körper bei einer Gruppierung aneinandergefügt? Viele Bauwerke, wie z. B. das Internat der Humboldt-Universität in Buch, zeigen, daß darüber große Unklarheiten bestehen. Dort ist der Baukörper aus einer einfachen Addition der Funktionsforderung entstanden, ohne daß er selbst Objekt einer bewußten Gestaltung wurde. Drei Baukörper sind dort in Hakenform aneinandergefügt, ohne daß aus ihnen eine Einheit wurde, ohne daß diese Form etwa durch die städtebauliche Situation begründet wäre.

Die Raumprogramme unserer Objekte sind oft so umfangreich, daß Baukörper Ausmaße erhalten, die sich dem Maßstab einer vorhandenen Umgebung nicht einfügen. Dann muß der Baukörper in Gruppen aufgegliedert werden, auch dann, wenn dies durch die Funktion nicht erforderlich wird. Die Tradition lehrt uns, daß jedem Ensemble ein bestimmter Maßstab zugrunde liegt, der beachtet werden muß, wenn die Harmonie gewahrt bleiben soll. Ein Musterbeispiel für die Aufgliederung großer Massen bietet uns der Ehrenhof des Schlosses Ludwigsburg. Alberti sagt: „Wie beim Lebewesen Glied zu Glied, so soll auch beim Bauwerk Teil zu Teil passen. Daher stammt der bekannte Satz, daß zu großen Bauten auch große Bauglieder gehören. So soll auch jedes Bauglied seine geeignete Stelle und seine passende Lage haben."

In kleineren Städten verursachte die einheitliche Planung und Ausführung ganzer Straßenblöcke oft eine Mißachtung des Maßstabes, indem lange einheitliche Straßenfronten und durchgehende Firstlinien in ein Mißverhältnis zum bereits gegebenen Maßstab der Stadt treten. Auch hier sollte eine bewußte Aufgliederung der Baumassen bedacht werden. Die Anknüpfung an die Tradition darf aber nicht dazu führen, die alten Straßenzeilen mit ihrer Folge individueller Einzelhäuser nachzuahmen. Es gibt auch Beispiele, in denen wir fälschlicherweise den Maßstab zu klein gewählt haben, nämlich dann, wenn einzelne Baulücken in Stadtzentren mit alter Bebauung durch typisierte Wohnungsbauten ausgefüllt wurden. Die alten Bürgerhäuser hatten eine heute nicht mehr übliche Geschoßhöhe, die neuen Bauten mit den geringeren Geschoßhöhen kommen daneben nicht als richtiger Ausdruck unserer Epoche zur Geltung. In solchen Fällen ist die Abweichung von den Typen hinsichtlich der Geschoßhöhen notwendig.

Die *dritte Frage* gilt der Silhouette des Bauwerkes, der Ausdruckskraft seiner Umrißlinien. Die Tradition lehrt uns, daß die alten Meister, ob bei flachen oder bei steilen Dächern, dieser Frage besondere Sorgfalt widmeten. Wir erkennen das an der guten Lage und Gestaltung der Schornsteine, bei waagerechten Abschlüssen an der Einfügung von Unterbrechungen durch Figuren oder Vasen oder ganzen Plastikgruppen, wie etwa beim ehemaligen Zeughaus in Berlin. Wir müssen eingestehen, daß wir bei unseren Bauten und Projekten diese Bemühungen um die Umrißlinie des Bauwerkes oft vernachlässigt haben. Die Schornsteine treten so wie es der Grundriß ergibt in ungeordneter Gruppierung aus dem Dach, und bei flachen Dächern sind oft die für Aufzüge oder Dachaustritte notwendigen Aufbauten in den Zeichnungen unterdrückt in der Erwartung, daß sie in der Gesamtwirkung des Bauwerkes nicht mitsprechen würden. Daß sie es doch tun, dafür gibt es einige Beispiele auch in der Stalinallee.

Im Zusammenhang mit der Umrißbildung wäre auch zu untersuchen, ob das Grundprinzip eines Bauwerkes, daß es von unten nach oben, von den schweren Formen zu immer leichteren aufsteigt, gewahrt wurde. Das ist z. B. an einigen Häusern in Stalinstadt nicht geschehen. Die dort angewandte ungeteilte,

die ganze Länge des Hauses einnehmende Attika wirkt schwerer als die darunterliegende Hauswand mit der durch die Fenster gegebenen Auflockerung.

Die *vierte Frage* ist eine besonders schwierige. Sie untersucht, ob es gelungen ist, das Typische erkennbar zu machen. Das heißt, ist ein Wohnhaus, auch ein großes, als solches erkennbar, erweckt es Gefühle des in ihm Zuhauseseins, des Wohlgeborgenen? Ist eine Schule als solche erkennbar oder unterscheidet sie sich nicht von einem Verwaltungsgebäude oder einem Wohnhaus, zeigt ein Kindergarten jene liebenswürdige, heitere Haltunig, die seinem Zweck entspricht, oder unterscheidet er sich nicht von einer Schule?

Das Typische äußert sich nach zwei Richtungen: Einmal nach der Funktion, die das Bauwerk erfüllen soll, und zum anderen nach seiner landschaftlichen Region, in der es steht, d. h. bewahrt es die seinem Standort gemäße landschaftlich gebundene Haltung.

Auch hier gibt uns das Studium des nationalen Erbes wichtige Erkenntnisse. Trotz gleicher Formen in den Einzelheiten der architektonischen Mittel bleibt das Typische bei ihnen erkennbar.

Die Frage nach dem Typischen zu stellen bedeutet schon, unsere Aufmerksamkeit und damit unsere Bemühungen auf diesen Teil architektonischen Schaffens zu lenken.

Die *fünfte Frage* steht damit in unmittelbarem Zusammenhang. Sie prüft, ob der architektonische Reichtum, der Aufwand an Gestaltungsmitteln richtig gewählt ist. Entspricht dieser Reichtum der städtebaulichen Rangordnung, die das Gebäude einnimmt oder seiner gesellschaftlichen Bedeutung? Im Beschluß des Ministerrates ist im Kapitel Projektierung auf die Notwendigkeit einer schärferen Differenzierung hingewiesen. Das erfordert oft eine Bescheidung des Architekten, wenn ihn Stellung und Bedeutung des Gebäudes zu einfachem Ausdruck verpflichten. Er muß dann seiner Lust am Erfinden und reichen Gestalten Zügel anlegen. Natürlich herrschen über den Begriff des architektonischen Reichtums individuelle und unterschiedliche Meinungen. Ich schlage vor, daß Mitglieder des BDA in einem Kollektiv eine Sammlung historischer Bauwerke anlegen unter Auswertung des bereits vorhandenen Bildarchivs, um dann einige, vielleicht 7 Klassen, unterschiedlichen architektonischen Reichtums an Beispielen festzulegen und durch Veröffentlichung allen Architekten als Hilfsmittel und Anschauungsmaterial — nur in bezug auf den architektonischen Reichtum — bekanntzumachen. Die Städtebauer können dann bereits bei den Bebauungsplänen angeben, welche Klasse architektonischen Aufwandes an den einzelnen Punkten vorgesehen wird.

Im Zusammenhang mit dem architektonischen Reichtum steht die *sechste Frage,* die sich auf die wiederzugewinnende Synthese zwischen der Architektur und den bildenden Künsten bezieht. Diese Synthese ist durch die Entwicklung der Architektur zur reinen Konstruktion, zur sogenannten neuen Sachlichkeit restlos verlorengegangen, nachdem sie in der Epoche des Eklektizismus am Ende des 19. Jahrhunderts in immer fortschreitenderen Verfall geraten war. Die bildenden Künstler sahen ihre Aufgabe in der Schaffung selbständiger Kunstwerke, die für sich ohne Beziehung zur Architektur und ohne Bindung an sie ihre Aussage machten. Die Architekten nutzen heute oft die bildende Kunst, um Mängel in der Architektur zu verschleiern. Das Studium unserer Tradition gibt uns auch hier die wichtigsten Hinweise. Stets finden wir Werke der bildenden Kunst dort am Bauwerk, wo ein Ort von Bedeutung ist, wo ein Akzent gebildet werden soll, und stets sind diese Werke der bildenden Kunst architektonisch gefaßt, d. h. natürlich auch, daß sie die Architektur ihrerseits beeinflussen. Über die Zusammenarbeit zwischen Architekt und Bildhauer und Maler gehen die Meinungen noch auseinander. Die Aufgabe des Architekten, ein Bauwerk in seiner künstlerischen, funktionellen, konstruktiven und wirtschaftlichen Lösung als Einheit zu projektieren, sichert ihm die primäre Rolle bei der Zusammenarbeit mit dem bildenden Künstler. Daß diese Zusammenarbeit so früh als möglich beginnen soll, ist richtig. Sie wird sich nur dann fruchtbar erweisen, wenn zwischen den Parteien auch ein menschlicher, ein persönlicher Kontakt geschaffen wird. Es ist eine wichtige Aufgabe des BDA, durch Zusammenarbeit und gemeinsame Unternehmungen mit dem VBK ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den Mitgliedern beider Verbände herzustellen. Auf eine besondere gegenwärtige Schwierigkeit, die für Architekt und Bildhauer besteht, sei noch hingewiesen. Das sind die in der bildenden Kunst zu behandelnden Themen. Diese Schwierigkeit hat bisher die noch fehlende plastische Ausschmückung der Häuser an der Stalinallee verhindert. Oft werden unseren Künstlern Themen gestellt, die zwar zur literarischen Behandlung, nicht aber zur sinnlich anschaubaren Behandlung in der bildenden Kunst geeignet sind. In diesem Zusammenhang sei an eine Äußerung Goethes erinnert: „Es ist ein großer Unterschied, ob der Dichter (und ich füge hinzu: auch der Künstler) zum Allgemeinen das Besondere sucht oder im Besonderen das Allgemeine schaut. Aus jener Art entsteht Allegorie, wo das Besondere nur als Beispiel, als Exempel des Allgemeinen gilt; die letztere aber ist eigentlich die Natur der Kunst: Sie spricht ein Besonderes aus, ohne ans Allgemeine zu denken oder darauf hinzuweisen. Wer nun dieses Besondere lebendig faßt, erhält zugleich das Allgemeine mit, ohne es gewahr zu werden, oder erst spät.“ Dieser Hinweis sollte bei der Themenstellung und bei der Behandlung durch den Künstler Beachtung finden, damit wir nicht in einer flachen und die Menschen nicht ergreifenden Allegorie steckenbleiben.

Mit den nächsten drei Fragen beschließe ich die Unterteilung einer Architekturanalyse, um dann in ihrer Zusammenfassung zu einem begründeten Urteil zu kommen. Sie beschäftigen sich mit architektonischen Einzelheiten, mit den Mitteln, die der Gestaltung zur Verfügung stehen.

Die *siebente Frage* bezieht sich auf das Mittel der Reihung. Diese besteht aus der Aneinanderfügung und Wiederkehr gleicher Teile und ist ein wichtiges Mittel, das Prinzip der bewußten und gewollten Ordnung darzustellen. Denn „aus der Ordnung“, sagt Leibniz, „kommt alle Schönheit, und diese Schönheit erweckt Liebe.“ Die Werke der alten Meister lehren uns, daß solche Reihung einen ruhigen, oft majestätischen Eindruck erweckt, wie etwa der Palazzo Pitti in Florenz von Brunelleschi, der allein auf diesem Gestaltungsprinzip aufgebaut ist. Die Bauten der Konstruktivisten dagegen zeigen, daß dieses Prinzip, ohne Verstand schematisch angewandt und besonders bei ausgedehnten Dimensionen nur zu einer inhumanen Monotonie und nie zur Monumentalität führen kann. Aber der Palazzo Pitti bleibt auch in der Baugeschichte eine Ausnahme. Dieses Mittel der Reihung allein bleibt zu starr, zu beschränkt, um eine differenzierte architektonische Aussage zu ermöglichen.

Die *achte Frage* bezieht sich auf das Wesen und die Wirkung des Kontrastes als Gestaltungsmittel. Der Kontrast beseitigt die Gefahr der Monotonie, die durch alleinige Anwendung der Reihung entstehen kann. Er wird erreicht durch Verwendung unterschiedlichen Materials, verschiedene Behandlung der Flächen, verschieden in der Oberflächenstruktur oder in der plastischen Behandlung, verziert oder glatt, und schließlich auch durch unterschiedliche Farbgebung. Das Studium der Tradition gibt uns die Lehre, daß die künstlerische Wirkung des Kontrastes um so stärker ist, je ausgesprochener er zutage tritt, ohne jedoch die Einheit des Bauwerkes zu sprengen. Alberti sagt: „Eine Würze zwar des Geschmacks ist die Verschiedenheit, wenn sie durch die wechselseitige Gleichförmigkeit der auseinanderliegenden Dinge untereinander eine sichere Grundlage hat; wenn aber infolgedessen alles einander in aufgelöster und unvereinbarer Ungleichheit sich widerspricht, so wird sie vollkommen sinnlos sein.“

Ein anderes Gestaltungsmittel ist die Akzentbildung. Ihr gilt die *neunte Frage*stellung. Sie besagt, daß an einzelnen Stellen des Gebäudes, die ihrer Bedeutung nach hervorgehoben werden sollen, ein größerer Reichtum an Formen, unter Umständen auch ein Wechsel in der Formgebung gebildet wird, jedoch stets auf der Grundlage eines durchgehenden Ordnungsprinzips. Das Gewicht, die Lautstärke eines Akzentes, darf — ebenso wie der Kontrast — die Einheit des ganzen Bauwerkes nicht übertönen.

Solche Akzente können nun wiederum in rhythmischer Reihung angewandt werden. Sie bilden dann gewissermaßen die Oberstimme zu dem Grundrhythmus der schlichten Reihung. Als 1951 die Stalinallee projektiert wurde, galt es in erster Linie, den neuen Weg einer deutschen Architektur scharf von den Prinzipien der ungestalteten nackten Form und der Nur-Konstruktion abzugrenzen, und aus diesem Bemühen heraus — das können wir heute feststellen — ist bei diesen Bauten etwas zuviel an Akzentbildung entstanden. Aber daß Fehler, wenn sie kritisch und selbstkritisch erkannt werden, zu neuem Fortschritt führen, das zeigt uns nach meiner Meinung der zuletzt entstandene Block F-Nord, der mit sparsamerer Akzentanwendung doch keine Monotonie aufweist.

Die *zehnte Frage* ist eine zusammenfassende, die Frage nach der harmonischen Erscheinung des ganzen Bauwerkes. Sie ist nicht so eindeutig wie die vorangegangenen Untersuchungen aus dem Bereich des subjektiven Urteils herauszuhalten. Ein Bauwerk empfinden wir als harmonisch, wenn das Ganze sich zu seinen Teilen in gleichen oder entsprechenden Verhältnissen zeigt, wie die einzelnen Teile zueinander, eben jene Ordnung, die Leibniz als die Quelle der Schönheit bezeichnet. Denn die Schönheit unserer Bauten ist das Ziel, um das jeder Architekt ringen muß.

Ich zitiere noch einmal Alberti als eine historische Antwort auf unsere letzte Frage: „Aber was Schönheit und Schmuck

an sich sind, oder worin sie sich unterscheiden, können wir vielleicht im Geiste klarer erfassen, als ich es hier in Worten erklären könnte. Doch der Kürze halber möchte ich die Definition geben, daß die Schönheit eine bestimmte gesetzmäßige Übereinstimmung aller Teile sei, die darin besteht, daß man weder etwas hinzufügen noch hinwegnehmen oder verändern könnte, ohne sie weniger gefällig zu machen."

Bei der Betrachtung eines Bauwerkes schreitet der Architekt ebenso wie der Laie von außen nach innen. Daher befassen wir uns in der *elften Frage* mit der inneren Gestaltung des Objektes, und zwar als Ganzes, denn die vorangegangenen Fragen können mit Ausnahme der ersten beiden auch auf das Gebiet der Innenarchitektur angewandt werden. Wir untersuchen jetzt also, ob Übereinstimmung in der Haltung, in der Ausstattung des Inneren mit dem Äußeren des Objektes herrscht, oder ob die Harmonie zwischen außen und innen nicht erreicht wurde.

Die *zwölfte Frage* ist keineswegs die unwichtigste, weil sie an letzter Stelle erscheint. Sie ist auch nicht allein durch prüfende Betrachtung zu beantworten. Sie gilt den Fragen der Konstruktion und der Funktion. Steht die Konstruktion in Einklang mit der architektonischen Gestalt oder ist sie zugunsten der letzteren vergewaltigt? Ist sie rationell oder verlangt sie vermeidbaren technischen Aufwand? Wie sind die Forderungen an die Funktion erfüllt? Ist beim Wohnungsbau die höchstmögliche Wohnqualität nach unseren neuesten Erkenntnissen erreicht oder sind sie außer acht geblieben? Ist bei gesellschaftlichen und ländlichen Bauten der höchste Nutzeffekt mit geringstem Raumaufwand erreicht? Dabei darf bei den Bauten der Gesellschaft nicht vergessen werden, daß Raumbildungen bestimmter Größe, auch wenn sie über das Notwendige hinausgehen, als architektonisches Gestaltungsmittel ihre Berechtigung haben können.

Das Untersuchungsergebnis in bezug auf Konstruktion und Funktion, in Verbindung mit der Beurteilung des richtigen architektonischen Aufwandes, ergibt am Ende die Wirtschaftlichkeit des Objektes.

Bedeutung und Nützlichkeit einer Architekturkritik

Mit der Aufstellung dieser 12 Fragen versuchte ich eine Systematik für die kritische Analyse eines Bauwerkes oder eines Entwurfes zu skizzieren. Im Falle ihrer Brauchbarkeit ergäbe sie gewissermaßen die Tagesordnung eines Klubabends im BDA, nach der die Kritik eines Objektes entwickelt werden könnte. Solche kritischen Übungen bedeuten nicht nur eine kameradschaftliche Hilfe für die Verfasser eines Projektes, sie entwickeln auch in den Kritikern selbst eine Urteilskraft, die ihnen ein zuverlässiges Rüstzeug für ihr eigenes Schaffen liefert. Daß eine Kritik nicht in abstrakten Begriffen erstarren darf, sagt uns Goethe: „Kant hat uns aufmerksam gemacht, daß es eine Kritik der Vernunft gebe, daß dieses höchste Vermögen, was der Mensch besitzt, Ursache habe, über sich selbst zu wachen. Wie großen Vorteil uns diese Stimme gebracht, möge jeder an sich selbst geprüft haben. Ich aber möchte in eben dem Sinne die Aufgabe stellen, daß eine Kritik der Sinne nötig sei, wenn die Kunst überhaupt, besonders die deutsche, irgend wieder sich erholen und in einem erfreulichen Lebensschritt vorwärts gehen sollte."

Bedeutung und Auswertung der Tradition

Wenn von den Architekten solche kritische Analyse nicht nur an Objekten der Gegenwart, sondern auch an Bauten unseres nationalen Kulturerbes vorgenommen wird, dann werden sie immer besser die Gesetzmäßigkeiten erkennen lernen, die zu so erlesenen Werken deutscher Baukunst in der Vergangenheit geführt haben und die im Kulturverfall des 19. und 20. Jahrhunderts verlorengegangen sind und — auch in der Baukunst — schrankenloser individueller Willkür weichen mußten. Sie werden sie nicht nur erkennen, sondern auch anwenden lernen. Damit ist die Frage, wie wir an unsere Tradition anknüpfen sollen, im wesentlichsten beantwortet: nämlich ihre Gesetzmäßigkeiten erkennen und anwenden. Solche Gesetzmäßigkeiten reichen bis in die feinsten Details, so daß für eine spontane individuelle Veränderung solcher Details nur ein geringer Spielraum bleibt. Erinnern wir uns der Worte Shdanows: „Bevor wir die Klassiker überholen, müssen wir sie zunächst einholen."

Die Stilwandlung und Entwicklung einer Epoche erfolgt nicht plötzlich, sondern ist ein Wachstumsprozeß, der sich langsam vollzieht. Schinkel sagt dazu: „Das Große und Schöne aus früheren Kunstepochen dauert ewig fort, künftigen Geschlechtern zur Veredelung. Das Maß für die Anwendung in der Gegenwart zu finden, ist eine der Hauptbestimmungen des Architekten."

Lassen Sie sich, liebe Kollegen, in Ihrer Stellung und Liebe zur Tradition und Anerkenntnis ihres Wertes für unsere Arbeit nicht irremachen durch die teils wohlmeinenden, teils hämischen Beurteilungen westdeutscher Kollegen und Kritiker. Mit *uns* geht die neue Zeit. Die Theorie der „neuen Sachlichkeit" ist ein halbes Jahrhundert alt und vertritt auch im exaltierten Konstruktivismus immer noch die gleichen Thesen, ohne die Möglichkeit einer Weiterentwicklung auf dieser Linie zu haben. Sie hat sich in der Qualität nicht, sondern nur in der Quantität verändert, indem sie eine weltweite Ausbreitung erfahren hat. Sie ist im Grunde genommen bequem, weil sie keine schöpferischen Geisteskräfte verlangt.

Daß auch in Westdeutschland die Einsicht zunimmt, die Architektur sei in eine ausweglose Sackgasse geraten, beweisen in zunehmendem Maße Pressestimmen. So heißt es in der „Deutschen Wirtschaftszeitung", die in Düsseldorf erscheint, in der Ausgabe vom 13. Mai: „Die Architektur unserer Tage spiegelt sich, grob gesehen, in zwei Erscheinungsformen: dem Bürogebäude und dem Mehrfamilienhaus. Die eine wie die andere Form bedrückt durch ihren Mangel an Variationen. Die Stahlbetonbauweise, der Zement, dieser Knetgummi des modernen Baumeisters, der im Unterschied zur herkömmlichen Ziegelbauweise das Ausleben eines individuellen Stils gestattet, hat das Gegenteil bewirkt: eine Eintönigkeit der Baukörper, die monotoner kaum gedacht werden kann. In Kürze wird die Eigenart deutscher Städte der Vergangenheit angehören. Hamburg und Essen, Köln und München, Frankfurt und Hannover beziehen einen ‚Repräsentationsbau' nach dem anderen ‚von der Stange'." Und weiter heißt es im gleichen Artikel: „Wenn Architektur Spiegel des Lebensgefühls ist, dann wird uns Tag für Tag ein Spiegel entgegengehalten, der nur banale und unfreundliche Züge wiedergibt. Sind wir so kalt, so klumpfüßig, so grau und so protzig, so ausgestopft und eckschultrig wie die Häuser, die wir errichten?" Um nicht einseitig zu sein, sei erwähnt, daß der Verfasser die Stalinallee ebenfalls ablehnt.

Aber solche Presseäußerungen zeigen uns, daß wir recht haben, wenn wir von den Werken der Baukunst mehr verlangen als Konstruktion. Wir wissen, daß wir am Anfang einer Entwicklung stehen und Fehler machen, aber daß jeder Fehler uns weiterführt zu einer noch keineswegs erreichten, aber doch erreichbaren neuen Blüte deutscher Baukunst.

„Die Tradition gibt nicht nur Vergleichsmomente, sondern sie gibt wahre Erkenntnis und unvergleichliche Kraft."

Das ist ein Bekenntnis Poelzigs.

Die neuen Probleme in der Architektur

Der Beschluß des Ministerrates über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen, jetzt und nicht erst in Zukunft einen ernsthaften Anfang mit der Industrialisierung des Bauwesens zu machen, umfaßt zugleich alle Konsequenzen, die sich daraus zwangsläufig ergeben. Als eine der wichtigsten Aufgaben ist dabei der umfassende Ausbau der Typenprojektierung zu beachten. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Walter Ulbricht, forderte in seinem Referat auf der Baukonferenz einen wesentlichen Ausbau und eine Verbesserung der Typenprojektierung. In ihr müssen unsere besten Architekten mitwirken, denn in ihr vervielfacht sich der volkswirtschaftliche Schaden bei Mängeln der Typenprojekte ebenso, wie sich andererseits auch ihre Vorzüge vielfach auswirken. Selbstverständlich müssen Typen die Funktion auf das beste bei geringstem materiellen Aufwand erfüllen. Sie müssen die rationellste Konstruktion aufweisen und dabei die schon bestätigten, d. h. katalogisierten Bauelemente verwenden oder durch neue ergänzen, die für möglichst viele Gebäudekategorien passend, also austauschbar sind. Darüber hinaus soll das Typenprojekt auch trotz genormter Konstruktions- und Architekturelemente das Typische seines Themas zum Ausdruck bringen. Das Typenprojekt muß Variationsmöglichkeiten enthalten, welche nicht in die Grundstruktur und -konstruktion eingreifen und eine Angleichung an die landschaftliche Region ermöglichen. Es ist leicht einzusehen, daß hier einander widerstrebende, nicht widersprechende Elemente schöpferisch zusammenzufügen sind und daß daher die Typenprojektierung größere Anstrengung verlangt als mancher individuelle Entwurf.

Es ist erwünscht, daß sich unsere Mitglieder auch außerhalb ihrer direkten Aufgaben mit den Ergebnissen der Typenprojektierung beschäftigen und durch ihre fruchtbare und positive Kritik zu ihrer ständigen Verbesserung beitragen. Die Industrialisierung des Bauwesens kann zwar nicht von heute auf morgen durchgeführt werden, aber es muß mit ihr ein ernst-

hafter Anfang gemacht werden. Im Dokument über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen ist die Entwicklung aufgezeigt. Sie besteht in der Rationalisierung der Ziegelbauweise und ihrer Ausweitung zur Hohlblockbauweise, in der Entwicklung der Blockbauweise mit schweren Montagegeräten und in der Vollmontagebauweise. Die letztere ist das anzustrebede Endziel, dadurch gekennzeichnet, daß bei ihr ein wesentlicher Teil des Bauvorganges in die Fabriken verlegt ist und auf der Baustelle nur noch Montagearbeiten stattfinden. Sie bedarf gründlichster wissenschaftlicher Vorbereitung, sie bedarf aber auch der Errichtung spezieller Werke für die Herstellung großformatiger Bauelemente und einer entsprechenden schweren Mechanisierung für den Transport und für die Montage auf der Baustelle. Dabei gibt es zwei unterschiedliche Methoden dieser Bauweise: Die Großplattenbauweise und die Skelettmontagebauweise. Die Entwicklung und Durchführung dieser neuen Bauweisen ist überwiegend Sache des Ingenieurs. Dennoch bleibt der Architekt davon keineswegs unberührt.

Aus dem früher Gesagten ging hervor, daß wir die Konstruktion allein nicht als ein Werk der Baukunst anerkennen. Das bedeutet jedoch nicht, daß die architektonische Gestaltung als unabhängig, als gänzlich losgelöst von der Konstruktion gesehen werden kann.

Ich habe gezeigt, in welcher Weise wir das Studium unseres nationalen Kulturerbes für uns fruchtbar machen können. Bei der Ziegelbauweise, auch noch bei ihrer technischen Weiterentwicklung, geben uns die Werke der alten Meister unmittelbare Anregung. Das Gestaltungsprinzip der Renaissance und der nachfolgenden Epochen beruht darauf, das der homogenen Ziegelwand innewohnende Kräftespiel von tragenden und auflastenden Teilen durch vertikale Gliederung als Säule, Pfeiler oder Risalit und durch horizontale Gliederung als Gesims oder Architrav anschaubar und dadurch erlebbar zu machen. Bauen wir mit der homogenen Wand, so ist dieses Gestaltungsprinzip heute wie ehedem wahr und gültig.

Entsteht nun aber in der Großplattenbauweise und in der Skelettbauweise ein ganz anderes Konstruktionsprinzip und ein anderes Kräftespiel zwischen tragenden und auflastenden Teilen, so würde ein starker Widerspruch zwischen Konstruktion und Gestalt entstehen, wie das bei dem Versuchsbau in Großplattenbauweise in Johannisthal der Fall ist. Dort ist trotz der ganz veränderten Konstruktion das Gestaltungsprinzip der alten Ziegelbauweise, die anschaubare Gliederung der Wand in Stütze und Last beibehalten. Das ist aber nicht so abwegig, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag; denn wir haben eine Reihe historischer Beispiele, die uns lehren, daß sich oft die Gestalt langsamer wandelt als die technische Entwicklung.

Hier also entstehen für den schöpferischen Architekten echte, neue Probleme. Die Konstruktion allein ist noch keine Architektur, das ist festgestellt; sie kann auch nicht die Gestalt diktieren. Aber ebensowenig kann der Architekt sie ignorieren. Er muß das ihr innewohnende Spiel der Kräfte erforschen und um den Ausdruck dieser Kräfte ringen. Dabei ist seiner Erfindung und Phantasie keine unbegrenzte subjektive Freiheit gegeben. Die Gesetzmäßigkeiten, die wir aus dem Studium der kritischen Analyse der nationalen Tradition gewonnen haben, behalten auch für die veränderte Gestaltung ihre Gültigkeit. Die Gestaltungsmittel der Reihung, des Kontrastes, des Akzentes gelten auch bei Wandlungen, die von der Konstruktion angeregt und verursacht werden. Worin aber liegt für den Architekten die besondere Schwierigkeit, die wir zuerst erkennen müssen, bevor wir sie überwinden können? Die Anwendung genormter, also gleicher, Elemente hat ein das ganze Bauwerk durchwirkendes Raster zur Folge. Dieses erzeugt eine beherrschende Ordnung, wir stellen fest, eine strenge Ordnung. Und wenn auch — nach Leibniz die Ordnung zwar die Quelle aller Schönheit ist, so ist ebenso ein Übermaß an Ordnung die Ursache einer inhumanen Monotonie. Diese Monotonie, die im Prinzip steckt, zu überwinden, erfordert einen schöpferischen Geist von hohen Graden. Für diese Aufgabe, die vor uns steht, ist eine Zusammenfassung aller schöpferischen Architekten, ihre gemeinsame Anstrengung erforderlich, um sie zu lösen. Es ist eine wichtige nicht leichte Pflicht des BDA, in seinen Organisationen diese Aufgabe, wenn auch zunächst theoretisch und versuchsweise, in Angriff zu nehmen und zum Beispiel in internen Wettbewerben fruchtbare Beiträge zur Lösung dieses Problems zu schaffen. Der Widerspruch zwischen technischer konstruktiver Struktur und architektonischer Gestalt ist tiefer, als er bei oberflächlicher Betrachtung erscheint. Seine Überwindung erfordert höchste Anstrengungen. Aber diese Überwindung ist notwendig, weil sie mit der Methode des sozialistischen Realismus ausdrücken kann und muß, daß im Sozialismus nicht die Technik den Menschen beherrscht, sondern ihm dient. Dabei werden die verschiedenen Bauweisen zu verschiedener Gestaltung führen. Die Plattenbauweise wird eine mehr flächige, die Skelettbauweise eine mehr plastische Gliederung hervorrufen. Es wird ein ähnlicher Unterschied entstehen, wie er zwischen dem großflächigen romanischen und dem aufgegliederten gotischen Stil zeitlich nacheinander hervortrat. Bei uns werden diese beiden Erscheinungen nebeneinander bestehen. Mit dem Stilvergleich soll jedoch nicht gesagt sein, daß sich die Gestaltung an die historischen Stilformen im einzelnen anlehnen solle. Es soll nur darauf hingewiesen sein, daß die verschiedenen Bauweisen die Gestaltung auf verschiedene Weise anregen und beeinflussen können. Bei der Skelettbauweise wird besonderes Augenmerk darauf zu richten sein, daß die Dimensionen der einzelnen Glieder nicht immer so angewandt werden können, wie sie der Statiker errechnet, sondern daß auch sie in ihren Proportionen nach den Gesetzen der Harmonie abgestimmt werden müssen.

Diese Synthese zwischen Gestalt und Konstruktion ist das Hauptproblem, das von der Industrialisierung dem Architekten gestellt wird. Daneben gibt es jedoch noch mehr: Die Entwicklung vorfabrizierter Architekturdetails von Schmuckelementen. Schmuck an einem Gegenstand zeigt, daß sein Hersteller ihm besondere Liebe und besonderen Fleiß und Arbeitsaufwand widmete, vom Können seines Kopfes und seiner Hand ganz abgesehen. An der Liebe zu unseren Bauten wird es zwar nicht fehlen, aber versuchen wir nicht, mit verbilligten, wenn nicht gar mit billigen Mitteln, den Anschein erhöhten Aufwandes zu erreichen. Die Tatsache der industriellen Erzeugung, losgelöst vom Objekt, wird eine besondere Form des Ornaments, des Schmuckes, hervorbringen müssen, wenn sie künstlerische Qualität besitzen soll. Auch diese Aufgabe erfordert eine neue Qualität der architektonischen Leistung. Der Architekt muß lernen, Einzelheiten, die er nicht mehr beeinflussen kann, so in die Komposition einzubeziehen, daß eine harmonische Einheit zustande kommt.

Im übrigen ist dieses Verfahren nicht so ungewöhnlich wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Es gibt in unserer Tradition viele Beispiele, wo schmückende Teile in gleicher Form wiederkehren, auch an verschiedenen Objekten.

Gelingt es dem BDA in den Klubabenden, seinen Mitgliedern solche Probleme an Beispielen und Versuchen nahezubringen, sie in unserer Zeitschrift weiteren Kollegenkreisen mitzuteilen, dann können wir auf unserem nächsten Bundeskongreß berichten, daß wir unsere Aufgabe als schöpferische Organisation erkannt und erfolgreich begonnen haben.

Architektur und Ökonomie

Dennoch würde die Arbeit des BDA in den Bezirksgruppen, in den Fachgruppen und in den Betriebssektionen unvollkommen bleiben, wenn neben den technischen und künstlerischen Problemen die *Ökonomie* im Bauwesen nicht behandelt würde. Voraussetzung für die richtige Behandlung dieses Gebietes ist die Kenntnis der großen ökonomischen Zusammenhänge in einer sozialistischen Volkswirtschaft. Kollegen, die nicht Gelegenheit haben an entsprechenden Lehrgängen teilzunehmen, sollten im Selbststudium das in deutscher Übersetzung erschienene sowjetische Lehrbuch der Politischen Ökonomie durcharbeiten. Dadurch werden sie in die Lage versetzt, falschen Auffassungen über das Sparsamkeitsprinzip im Bauwesen richtig zu begegnen. Erleben wir es doch oft bei den Planträgern, den Investbeauftragten, daß sie das Prinzip der strengsten Sparsamkeit dahin deuten, daß alles, was an einem Bauwerk über das nur Notwendige, das sind Mauern, Fenster Türen und Ausrüstung, hinausgeht, also besonders alle Mittel der architektonischen Gestaltung, für Verschwendung von Volksvermögen halten und beseitigen wollen; ein Verhalten, das unsere Architekturentwicklung entweder zur Kärglichkeit unserer Anfangsjahre oder zum nackten Formalismus zurückdrängen würde.

Natürlich ist der projektierende Architekt zur höchsten Sparsamkeit verpflichtet. Wenn er seine Pflicht richtig versteht, dann sieht er sie darin, das Raumprogramm auf knappstem Raum zu erfüllen, die rationellste vernünftigste Konstruktion zu wählen, kostbare Materialien und komplizierte handwerkliche Arbeiten nur an bedeutenden Punkten seines Werkes anzuwenden.

Bei den ingenieurtechnischen und den ökonomischen Fragen wird der BDA die Zusammenarbeit mit der Kammer der Technik weiter zu entwickeln haben. Nur eine auf gegenseitiges Verstehen und auf Achtung gegründete brüderlich enge Zusammenarbeit zwischen Ingenieur und Architekt wird die deutsche Architektur vorwärtsführen, so daß sie ein Dokument und ein Ausdruck unserer so leidenschaftlich im Kampf um die Einheit

unseres Vaterlandes und den Frieden der Welt bewegten Gegenwart sein kann.

Bei unserer Arbeit leite uns das Wort Goethes: „Man halte sich ans fortschreitende Leben, denn da beweist es sich im Augenblick, ob wir lebendig sind, und bei späterer Betrachtung, ob wir es waren."

Architekt und Baustelle

Noch einige Sätze über das Verhältnis des Architekten zur Baudurchführung. Walter Ulbricht sagt dazu in seinem Referat: „Die zur Zeit gültige Autorenkontrolle reicht bei den hohen Anforderungen, die wir an die Qualität stellen, nicht aus. Es wird also anläßlich dieser Baukonferenz darüber zu beraten sein, wie weit dem Architekten größere Befugnisse und Verantwortung bei der Baudurchführung bis zur schlüsselfertigen Übergabe eingeräumt werden."

Die Mitglieder des BDA sind der Meinung, daß die Trennung der Entwurfsarbeit von der Bauleitung der Kaderentwicklung und auch dem Werk selbst schädlich ist, und daß die bisherige Form der Autorenkontrolle nicht ausreicht. In der Arbeitsgruppe 13, die sich zur Vorbereitung des Dokumentes mit der Verbesserung der Projektierung und Städteplanung beschäftigte, wurde als Forderung der Projektanten einstimmig beschlossen vorzuschlagen, daß die bisherigen Aufbauleitungen den Entwurfsbetrieben als dauernde Bauleitungsabteilungen angeschlossen werden sollten und der Autor eines Projektes wieder der Dirigent auf der Baustelle werden sollte. Im Dokument ist von diesem Beschluß und der Forderung Walter Ulbrichts nichts übernommen. Der BDA wird seine Bemühungen fortsetzen, diese Forderung zu verwirklichen und zwar nicht etwa aus einem Geltungsbedürfnis des Architekten, sondern im Interesse der Sache. Erst die dauernde enge Verbindung mit dem wachsenden Bau und der fortschreitenden Realisierung befähigt den Architekten, die Richtigkeit seines Projektes ständig zu kontrollieren und sich zu neuen Werken zu qualifizieren. Auch für die jungen Kollegen, die noch nicht selbst Autoren sein können, ist der dauernde Kontakt mit der Baustelle wertvoll zur weiteren Entwicklung.

Die Zeitschrift

Die Zeitschrift „Deutsche Architektur" wird seit Beginn dieses Jahres gemeinsam von der DBA und vom BDA herausgegeben. Das ist ihr bisher wenig anzumerken. Sie erfährt zwar oft Kritik aus den Kreisen unserer Mitglieder — und keineswegs unberechtigte — aber gleichzeitig müssen wir uns selbst kritisieren, daß wir zur Behebung dieser Mängel nichts oder zu wenig beigetragen haben. In den Heften der „Deutschen Architektur" sollen die in meinen Ausführungen nur angedeuteten Probleme nicht in doktrinärer Weise erörtert werden, sondern Meinungen und Gegenargumente die Geister in Bewegung setzen, soll sich die Offensive gegen eine Auffassung mit ihrer Verteidigung begegnen. Das kann nicht Leistung einer Redaktion oder eines Redaktionskollegiums allein sein, sondern erfordert die lebendige Mitarbeit vieler dazu befähigter Kollegen. Der BDA hat allerdings den dringenden Wunsch, daß die Zeitspanne zwischen Redaktionsschluß und Erscheinen eines Heftes die zur Zeit drei Monate beträgt, auf zwei Monate reduziert werden möge wie das bei anderen Fachzeitschriften auch der Fall ist. Sonst kann das Echo auf eine Meinungsäußerung nach drei Monaten nicht mehr den Zusammenhang bewahren.

Betreuung der Mitglieder

Eingangs habe ich betont, daß eine kameradschaftliche, eine menschliche Verbindung zwischen den Mitgliedern des Bundes immer zunehmend entwickelt werden möge. Sie soll einen Ausgleich für die Schwere und den Umfang unserer Pflichten herbeiführen. Vergessen wir nicht, daß der produktive Mensch wie ein Akkumulatur ist, dem man nicht fortgesetzt und ohne Unterbrechung Strom entnehmen kann, er muß auch wieder entsprechend seiner Verausgabung aufgeladen werden. Muße und Heiterkeit dürfen nicht aus dem Lebensbereich des Architekten verschwinden, wenn seine Werke Harmonie, Ausgeglichenheit und Heiterkeit aufweisen sollen.

Es heißt: Ernst ist das Leben, heiter sei die Kunst. Für uns bedeutet das, da die Kunst die Widerspiegelung des Lebens ist, daß das ernste Leben heiter darzustellen ist, auch in der Architektur.

In der zurückliegenden Zeit hat der BDA das Kindesalter durchschritten und die gewöhnlichen Kinderkrankheiten durchgemacht. Jetzt hat er das Jünglings- und Mannesalter erreicht und ist zu voller Leistung verpflichtet. Kinderkrankheiten dürfen ihn nicht mehr anfallen, denn sie sind für Erwachsene gefährlich.

Mit der neuen Epoche im Bauwesen muß auch für unseren Bund ein neuer Abschnitt mit höherer Leistung beginnen. — Ich habe versucht, Ihnen die Aufgaben unseres Bundes nach der organisatorischen und der inhaltlichen Seite zu skizzieren. Trotz der Bedeutung der künstlerischen Probleme für uns Architekten steht als der Tenor auch dieser Konferenz und als Leitsatz für unsere künftige Arbeit die Forderung Walter Ulbrichts:

„Unsere Architekten und Städtebauer müssen die Architektur als Einheit von Technik, Wissenschaft und Kunst sehen."

Das bedeutet für uns Architekten, daß sich die Weiterentwicklung unserer Architektur, ihre Beeinflussung und Wandlung durch neue Bauweisen nicht von heute auf morgen als eine äußere formale Wandlung vollziehen wird und darf, sondern daß diese Wandlung im gleichen Schritt mit dem technischen Fortschritt der neuen Konstruktionen entwickelt werden muß. Nur so wird die Einheit zwischen Technik, Wissenschaft und Kunst Wirklichkeit. Es handelt sich also nicht um einen Richtungswechsel in der äußeren Erscheinung der architektonischen Gestalt, um eine verschleierte Rückkehr zum Funktionalismus, sondern um eine bessere Synthese zwischen Technik, Wissenschaft und Kunst, als wir sie bisher zu erreichen vermochten.

Um diese Forderung zu erfüllen, dürfen wir Architekten, vereinigt im BDA, einig in unseren Zielen und grundsätzlichen Auffassungen, niemals aufhören zu lernen. Weder die Jungen noch die Alten. Hören wir nicht auf, zu schauen und zu prüfen, trainieren wir unsere Augen wie die Sportler ihre Muskeln. Bei der Betrachtung neuer oder alter Bauwerke darf uns keine Meisterleistung und kein Fehler entgehen, wir müssen jede Proportion, jede Formung, jedes Detail erkennen und zum Vorrat unserer Erfahrung legen können. Dabei dürfen wir nicht erstarren und in einem lebensfeindlichen schematischen Programm stecken bleiben.

Beherzigen wir den Ausspruch Schinkels:

„Überall ist man nur da wahrhaft lebendig, wo man Neues schafft — überall wo man sich ganz sicher fühlt, hat der Zustand schon etwas Verdächtiges. Überall da, wo man ungewiß ist, aber den Drang fühlt und die Ahnung hat zu und von etwas Schönem, welches dargestellt werden muß, da also, wo man sucht, da ist man wahrhaft lebendig."

Liebe Kollegen! Den Architekten sind beträchtliche Werte unseres Volksvermögens anvertraut. Sie richtig einzusetzen, erfordert genaue Kenntnisse alles dessen, was durch Erfahrung bewährt ist, und kühnen Mut, um das Neue zum Leben zu bringen. Aber darüber hinaus schaffen wir mit unserer Arbeit Zeugen unserer Gegenwart für die nachfolgenden Generationen, Zeugen, die erzählen sollen von dem optimistischen Glauben an eine glückliche Zukunft, welche die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit für alle ermöglicht, Zeugen, die auch künden von unserem Kampf für einen dauernden Frieden und um ein in Frieden wiedervereinigtes deutsches Vaterland.

Solche Zeugen zu schaffen, das ist die große Aufgabe der Architekten in der Deutschen Demokratischen Republik.

Es lebe und blühe die deutsche Architektur, der wir alle mit ganzer Kraft und mit allen unseren Fähigkeiten auch in Zukunft dienen wollen!

Dipl.-Ing. Hans Gericke
Vizepräsident des Bundes Deutscher Architekten

Über die Arbeit des Bundes Deutscher Architekten

Der zweite Kongreß des Bundes Deutscher Architekten in der Deutschen Demokratischen Republik findet zu einem Zeitpunkt statt, der gekennzeichnet ist durch den tatkräftigen und erfolgreichen Einsatz der Friedenskräfte in der ganzen Welt, die internationale Situation zu entspannen. Dieser Einsatz richtet sich vor allem gegen eine Situation, die entstanden ist durch die Ratifikation der Pariser Verträge und die Bestrebungen einer Adenauer-Regierung, mit der überstürzten Remilitarisierung eines Teiles Deutschlands vollendete Tatsachen zu schaffen. Tatsachen, die nicht nur den Einheitsbestrebungen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zuwiderlaufen und die Wiedervereinigung Deutschlands auf unabsehbare Zeit zu verhindern geeignet wären, sondern zugleich einen Zustand schaffen würden, der die akute Gefahr für einen dritten Weltkrieg heraufbeschwört.

Gegen diese die ganze Welt bedrohenden zugleich selbstmörderischen Pläne richtet sich mit dem deutschen Volk die gesamte friedliebende Welt, die zu Millionen den Appell des Weltfriedensrates für die Aechtung der Atombombe unterzeichnet hat, richtete sich die Konferenz von Bandung, die gezeigt hat, daß die friedliebenden Kräfte nicht tatenlos zusehen werden. Gegen diese Entwicklung richten sich die Verträge von Warschau und die jüngsten Beschlüsse von Belgrad, die zeigen, daß das Friedenslager bereit und in der Lage ist, seine Rechte zu wahren und, wo nötig, zu verteidigen. Gegen diese Entwicklung ist auch der Abschluß des Staatsvertrages mit Oesterreich gerichtet, der gezeigt hat, daß auch internationale Probleme auf friedlichem Wege gelöst werden können. Und der Entspannung dient auch das Angebot der UdSSR, mit der Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Über die Aufgaben und die Ziele des Bundes

Wenn wir heute anläßlich des zweiten Bundeskongresses des Bundes Deutscher Architekten Rechenschaft ablegen über die Arbeit des Bundes seit seiner Gründung im Dezember 1953, so zeigt sich in allen Phasen seiner Entwicklung und seiner Arbeit die enge und unmittelbare Verbindung zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik, zur gesamtdeutschen Kulturpolitik und darüber hinaus zu internationalen Problemen.

Wir können heute mit Genugtuung feststellen, daß der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden den Architekten bedeutende Aufgaben gestellt hat, durch deren Erfüllung die Architekten einen bedeutenden Beitrag für die gesamte Entwicklung leisten. Dabei denken wir an die großen Leistungen in den Zentren der Aufbaustädte und an die neue Stadtgründung in Stalinstadt, die von symbolischer Kraft sind, zugleich auch an die zahllosen kleineren Aufgaben, die alle in unseren Städten und Dörfern zu ihrem Teil nicht weniger dazu beitragen, das Wesen unseres neuen Staates zu dokumentieren. Es ist nur natürlich, daß gleich uns auch zahlreiche Architekten im Westen unserer deutschen Heimat für eine dem Volke dienende Entfaltung baukünstlerischen Schaffens eintreten, wo kosmopolitische Kräfte die Integrität nationaler Kultur antasten oder die Einheit der deutschen Kultur gewaltsam zu sprengen versuchen.

In den auf dem Gründungskongreß beschlossenen Bundesrichtlinien heißt es unter anderem: „Mit dem Aufbau der Friedenswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik hat sich das ganze Volk Aufgaben gestellt, wie sie in der deutschen Geschichte bisher noch nicht gelöst wurden. Unser friedlicher Aufbau hat gesamtdeutsche Bedeutung. Er verpflichtet uns, für die Einheit der deutschen Kultur einzutreten und alles zu tun, um die deutschen Architekten in gemeinsamen Aufgaben zusammenzuführen. Aus der Sorge um den Menschen schaffen die deutschen Architekten Bauwerke, die Lebensfreude und Zuversicht ausdrücken."

Allein mit dieser einen Forderung sind vom Bund Verantwortungen übernommen worden, die ihn verpflichtet haben, über die Aufgaben einer Berufsvertretung alten Typus hinaus eine gesellschaftliche Organisation zu sein, die neben der selbstverständlichen Wahrung der sozialen und fachlichen Interessen der Architekten, deren gesellschaftliche Entwicklung und Leistungssteigerung auf technischem und künstlerischem Gebiet zu gewährleisten hat. — Mit seinen Richtlinien hat der Bund darüber hinaus die Verpflichtung übernommen, alles zu tun, um den Architekten in der DDR bei ihrer Arbeit zur Erfüllung der materiellen und ideellen Bedürfnisse der Bevölkerung und bei der Pflege und Entwicklung einer nationalen Kultur Anleitung und Unterstützung zu geben. Das bedeutete, eine Vielzahl von Maßnahmen zu treffen, deren Ergebnisse zunehmend eine technisch, funktionell und künstlerisch einwandfreie Bewältigung unserer großen und modernen Bauaufgaben sichern sollten, das bedeutete aber zugleich, die wirtschaftlichste Ausnutzung aller materiellen Mittel zu propagieren, um dadurch beizutragen, den Erfolgen unserer Volkswirtschaftspläne entsprechend, ein sich ständig steigerndes Bauvolumen und die sich schnell entwickelnden gesellschaftlichen Bedürfnisse in hoher Qualität befriedigen zu können. Das bedeutet endlich, in der schöpferischen Praxis anstelle einer aus individualistischem Denken gebildeten formalistischen Gestaltung zu einer neuen Formensprache in der Baukunst zu gelangen, die dem neuen gesellschaftlichen Inhalt entspricht, und die neben der Weiterentwicklung des nationalen Kulturerbes sich aller modernen wissenschaftlichen Erkenntnisse und aller technischen Errungenschaften bedient.

Wir alle wissen, daß dieser gewaltige ideologische Umwandlungsprozeß nicht in einem Jahr, auch nicht in drei Jahren gelingen konnte, wir wissen, daß sich viele materielle und technische Voraussetzungen nur langsam entwickeln, wir wissen aber auch, daß sich der Bund Deutscher Architekten bei der Gründung und bei der Inangriffnahme dieser umfassenden Aufgaben auf umfangreiche theoretische Arbeiten stützen konnte, insbesondere aber auch auf praktische Erfahrungen in befreundeten Ländern und auf eine Reihe von Gesetzen, Verordnungen und Beschlüssen, die es dank der zielbewußten Kulturpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Architekten ermöglichte, ideologisch-ästhetische und technisch-wissenschaftliche Ausgangspositionen zu beziehen, die sowohl für die praktisch-schöpferische Arbeit als auch für den theoretischen Kampf des Bundes gegen Formalismus und Konstruktivismus von großem Nutzen waren. Die sich entwickelnde neue Architektur sollte in ihrem Inhalt sozialistisch und in ihrer Form national sein. Sozialistisch sein heißt, daß sich die Architektur nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Werktätigen, nach ihren ideelen und materiellen Wünschen richtet und sich auf ihre politischen Ziele orientiert. National in der Form sein heißt, sich mit dem großen Baukulturerbe wohl bewundernd, aber zugleich kritisch anerkennend auseinanderzusetzen und es dort unseren heutigen modernen Erfordernissen und Erkenntnissen entsprechend weiterzuentwickeln, wo es uns zu einer Form verhilft, die in unvergleichlicher Kraft unsere sozialistische Wirklichkeit zu gestalten vermag; national in der Form sein sollte und konnte also nicht bedeuten, sich von den Traditionen blenden und beherrschen zu lassen, sie formalistisch zu kopieren, konnte nicht bedeuten, die Augen vor modernen technischen Mitteln und Möglichkeiten, vor neuen Bedürfnissen zu verschließen.

Baukunst und Verantwortung

Der bereits zitierte Auszug aus den Bundesrichtlinien hat aber den Bund noch vor eine weitere sehr entscheidende Aufgabe gestellt, das ist, neben der Verpflichtung, sich für eine nationale Architektur einzusetzen, für die Einheit der deutschen Kultur auf dem Gebiete der Baukunst zu verantworten. — Der Präsident des Deutschen Kulturtages, der Münchener Universitätsprofessor und Anthropologe Prof. Dr. Dr. Saller, hat auf der Deutschen Begegnung in Berlin über „Wissenschaft und Verantwortung" gesprochen. Viele von Ihnen werden dieses mutertüllte Referat gehört haben. Gestatten Sie mir, die vergleichende Betrachtung „Baukunst und Verantwortung", die als eine der Kernfragen in der Arbeit des Bundes Deutscher Architekten gelten kann.

Baukunst und Verantwortung besteht im unverrückbaren Festhalten an den sich gesetzmäßig fortentwickelnden ästhetischen Grundsätzen der Baukunst, die sich gleichermaßen auf dem nationalen Kulturerbe und auf dem Kulturerbe der Menschheit gründen wie in der praktischen Anwendung der philosophischen Grundlagen unserer neuen Gesellschaftsordnung, das heißt in der Methode des sozialistischen Realismus. Damit besteht sie gleich-

zeitig in einer vollendeten Anwendung aller wissenschaftlichen Erkenntnisse und der wirtschaftlichen Ausnutzung der modernsten technischen Möglichkeiten. Wenn es heißt gleichzeitig, dann mag damit angedeutet sein, daß weder hier oder heute das Eine noch dort oder morgen das Andere allein angewandt oder überbetont der Verantwortung für eine neue deutsche Baukunst gerecht werden kann. Die Werke der Baukunst sind die Synthese von Philosophie, Kunst und Technik und nehmen unter den Künsten eine Sonderstellung ein, weil sie zugleich materielle wie ideelle Bedürfnisse zu befriedigen haben. Diese Erkenntnis zwingt uns zu der sicher nicht neuen Feststellung, daß es falsch war und bleiben wird, allein die technischen Möglichkeiten dafür verantwortlich zu machen, daß ein Teil der Architekten im Westen unserer Heimat dem Konstruktivismus und der „Rasteritis" verfallen sind, die nichts mit der Normierung oder Typisierung zu tun haben, wie wir sie fördern wollen. Und wenn sich aus der sklavischen Verwendung technischer Möglichkeiten unter den Händen kulturfeindlicher Formalisten nüchterne, phantasielose und geisttötende Bauwerke bilden, dann gehören diese so wenig zur Baukultur wie Atombomben und bakteriologische Waffen zur Wissenschaft gehören — gegen die sich Prof. Saller in seinem Referat „Wissenschaft und Verantwortung" wandte. Pseudowissenschaftler haben die Integrität wissenschaftlicher Forschungen demoralisiert, haben aus dem möglichen Segen Unheil gemacht, wollen aus Glück Vernichtung und aus Wohlstand Untergang schaffen. Es gehört zur Verantwortung der Architekten, die sich im Bund Deutscher Architekten zusammengeschlossen haben, zu verhindern, daß es den Pseudoarchitekten gelingt, mit der Preisgabe unserer nationalen Kultur die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Kultur zu behindern. Die Kultur ist nicht Besitz, sondern Tätigkeit und unteilbar, wie der Friede unteilbar ist.

Diesen Tatsachen entspricht auch der Wunsch der Mehrzahl der Architekten im Osten und Westen unserer Heimat, im gegenseitigen Gedankenaustausch die Fragen der architektonischen Entwicklung zu klären, die Probleme einer nationalen deutschen Architektur zu erörtern. Daß viele unserer westdeutschen Kollegen den gesellschaftlichen Charakter und die nationale, heimat- und landschaftsgebundene Formensprache anerkennen, beweisen nicht nur zahlreiche Erklärungen, sondern auch praktische Erfolge. Ich möchte erinnern an die Beispiele von Freudenstadt, Münster, Bremen und viele andere, die dem Formempfinden der Bevölkerung entsprechen und sicherlich auch dem überwiegenden Teil der Architekten in Westdeutschland, die die formalistischen Bauten, welche vornehmlich die Zentren einiger Großstädte beherrschen, ablehnen, auch wenn sie in der Fachpresse der Bundesrepublik einen übergroßen Raum einnehmen. Das zeigen auch die Ausführungen des Hamburger Architekten Reichow auf dem Bundestag des Bundes Deutscher Architekten in der Bundesrepublik in Bad Homburg. Er sagte: „Vielleicht hat auch das Bauhaus noch nach seinem aufs Funktionelle gerichteten Programm den psychischen Lebensansprüchen Rechnung tragen wollen; aber es hat sie doch zu stark gegen das Leben mechanisierende Tendenzen jener Zeit untergeordnet. Denn das praktischste Ergebnis ist eine grenzenlose Abstraktion vom ursprünglichen Leben sowie von seinen instinktiven und psychischen Ansprüchen. Sie erklärt auch die Ablehnung aller noch instinktsicher lebenden Kreise gegen die Kälte einer Wohnkultur aus Glas, Chrom und synthetischen Stoffen. Die Kritik gegen die Kälte und Starrheit einer zu weitgetriebenen Abstraktion des neuen Bauens wächst allenthalben." —

Soweit die Ausführungen des Hamburger Kollegen.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist das Bewußtsein bei den Architekten, schöpferische Gestalter eines vom Volke gegebenen Bauauftrages zu sein, fest verankert. So ist die Geschichte der Entwicklung unseres Bundes zugleich die Geschichte der Entwicklung unseres neuen Städtebaues und unseres neuen architektonischen Schaffens in der DDR, das trotz mancher entwicklungsbedingter Schwierigkeiten und Mängel bedeutende Erfolge verbuchen kann.

Die organisatorische Entwicklung des Bundes

Der zweite Teil des Berichtes soll Rechenschaft darüber ablegen, in welchem Maße es dem Bund durch seine organisatorische Entwicklung und durch seine ideologische und fachliche Arbeit gelungen ist, die eingangs umrissenen zentralen Aufgaben an die Mitgliedschaft und darüber hinaus an die Masse der Architekten heranzutragen und zu ihrer Lösung beizutragen. Einen Rechenschaftsbericht über einen so langen Zeitraum zu geben und bei so einem großen Umfang an Aufgaben ist nicht ganz einfach. Ich will mich bemühen, nur wenig Zahlen und möglichst viele Probleme aus unserer Arbeit und Vorschläge zu bringen, ohne daß hier der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden soll. Die Entwicklung des Bundes vollzog sich in zwei Etappen: Die erste Etappe war dessen organisatorische Entwicklung und Festigung. In allen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik bildeten und entwickelten sich Bezirksgruppen.

Die Gründung der Bezirksgruppen vollzog sich nacheinander und, entsprechend der verschiedenartigen Struktur der einzelnen Bezirke, sehr unterschiedlich.

Eine Ausnahme stellt der Bezirk Frankfurt (Oder) dar, weil dort die Anzahl der Architekten, die über die vom Bund geforderte Qualifikation verfügen, noch zu gering ist. So sind die Kollegen des Bezirks Frankfurt (Oder) zur Zeit noch an die Bezirksgruppe in Potsdam angeschlossen.

Die Mitgliederentwicklung zeigt folgendes Bild:

Am Ende des Jahres 1952 verfügte der Bund über 66 Mitglieder. Das erste Halbjahr 1953 brachte einen Zuwachs von 133 Mitgliedern, das zweite Halbjahr 108, so daß am Ende des Jahres 1953 der Bund 307 Mitglieder zählte. Im ersten Halbjahr 1954 traten 213 und im zweiten Halbjahr 98 Kollegen dem Bund bei, so daß Ende 1954 618 Mitglieder aufgenommen waren. Im laufenden Jahr wurden bisher 215 Aufnahmeanträge bestätigt, so daß die Mitgliedschaft nach Ablauf des ersten Halbjahres 1955 800 überstiegen hat.

Um die Arbeit in den Bezirksgruppen zu unterstützen, vor allem um die enge Verbindung mit den Entwurfsbüros zu gewährleisten, wurden Betriebssektionen geschaffen, von denen gegenwärtig als Grundeinheiten des BDA 34 in allen Bezirken der DDR und in Berlin bestehen.

In dem Maße, in dem sich der organisatorische Aufbau vollzog, traten die gesellschaftlichen und fachlich-erzieherischen Aufgaben in den Vordergrund, so daß sich sehr bald als notwendig erwies, neben der vertikalen Gliederung eine horizontale Gliederung durch die Bildung von Arbeitskreisen und Fachgruppen herbeizuführen. Bis heute wurden die Fachgruppen „Gesellschaftliche Bauten", „Industriebauten", „Innenraumgestaltung" und „Grünplanung" gebildet, die sich aus Mitgliedern aller Bezirksgruppen zusammensetzen und sehr gut arbeiten.

Die auf der Baukonferenz gestellten Aufgaben verpflichten den Bund, darüber hinaus Arbeitskreise zu bilden für „Typisierung", „Wohnungsbau" und für „Ländliches Bauen".

Die Arbeit des Vorstandes, des Bundessekretariats und der Kommissionen

Um eine volle Wirksamkeit des Bundes zu erzielen, war es nötig, ein Höchstmaß an kollektiver Arbeit zu entwickeln. Das mußte sich sowohl auf eine kollektive Arbeit aller Mitglieder innerhalb der Bezirksgruppen und Fachgruppen beziehen, als vor allem auf die Vorstandsarbeit. Der Bundesvorstand ist in der Berichtsperiode neunmal zu zentralen Diskussionen, zu Beratungen bzw. Beschlußfassungen aktueller Probleme zusammengetreten. Ein Teil der Mitglieder dieses ersten provisorischen Vorstandes hat seine ihm im Gründungskongreß übertragenen und dort auch übernommenen Verpflichtungen nicht oder nur unzulänglich erfüllt. Der Kongreß sollte bei der Wahl seines neuen Vorstandes den erhöhten Verpflichtungen sowohl durch die Anzahl der Mitglieder des Bundesvorstandes Rechnung tragen als auch durch den ausdrücklichen Beschluß, der von allen Bundesvorstandsmitgliedern aktive Mitarbeit fordert. — Die vorbereitende Tätigkeit des im Durchschnitt monatlich zusammentretenden geschäftsführenden engeren Vorstandes konnte sich erst im letzten Drittel des Berichtszeitraumes zu einer kollektiven Arbeit steigern. Das zeigte sich besonders bei den Vorbereitungen zum Bundeskongreß. — Das Bundessekretariat hat erst in den letzten Monaten seinen Aufgaben entsprechend systematisch den Beschlüssen des engeren Vorstandes vorgearbeitet und dadurch die kollektive Arbeitsweise des engeren Vorstandes produktiv zu gestalten vermocht. Dem Sekretariat fehlt es aber noch immer an Zielsicherheit und Planmäßigkeit in der Arbeitsweise, sie ist noch häufig von Spontanität getragen, die zum Teil aus Aufgaben herrührt, die nicht in die Zuständigkeit des Bundessekretariats fallen.

Von den Kommissionen trat die Aufnahmekommission am häufigsten zusammen. Sie tagte siebzehnmal und beriet über mehr als 1000 Anträge. Ein Mangel in der Tätigkeit der Aufnahmekommission zeigte sich darin, daß sie fast nie vollzählig vertreten war. Es war kein Einzelfall, daß der Kollege Rämmler als einziger erschien und die Kommission mehrmals einberufen werden mußte, ehe sie beschlußfähig war. Die Bezirksaufnahmekommissionen arbeiteten zu Anfang sehr wenig exakt, so daß die zentrale Aufnahmekommission häufig zusätzliche Auskünfte einholen, Unterlagen nachfordern oder Rückfragen halten mußte. Die inzwischen eingetretene Besserung ermöglicht es der zentralen Aufnahmekommission, sich jetzt den Entscheidungen der Bezirksaufnahmekommissionen in den meisten Fällen anzuschließen. Trotzdem muß dem Bundeskongreß empfohlen werden, um die Maßstäbe der Beurteilungen in den einzelnen Bezirken anzugleichen, klarere Richtlinien für die Aufnahme von Mitgliedern und Kandidaten zu beschließen.

Die Sozialkommission trat erst in den letzten Monaten häufiger zusammen. Einen Schwerpunkt der Arbeit bildete die Ausarbeitung neuer Richtlinien für die Gebührenabrechnung, besonders für die freiberuflich tätigen Architekten.

Die Wettbewerbskommission beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Ausarbeitung eines Vorschlages für eine neue Wettbewerbsordnung, über deren Entwurf der Bundesvorstand in drei seiner Sitzungen eingehend beraten hat. Der letzten Fassung des Vorschlages wurde im Prinzip zugestimmt. Sie soll nach einer Überarbeitung, insbesondere hinsichtlich einiger exakter Formulierungen und Anregungen durch das Ministerium für Aufbau dem Ministerrat als Vorschlag unterbreitet werden mit dem Antrag, sie für den Bereich der DDR als verbindlich zu erklären.

Die Veranstaltungskommission beschäftigte sich mit dem Einsatz der Bundesvorstandsmitglieder bei Veranstaltungen in den Bezirken und mit einigen Vorbereitungen zum Bundeskongreß. Es kommt jetzt darauf an, die besonders in den vergangenen Monaten gewonnene Aktivität sowohl im engeren Vorstand als auch in den Kommissionen nach dem Bundeskongreß nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern weiter zu steigern. Besondere Bedeutung gewinnt in Zukunft die Revisionskommission,, deren Aufgabe es nicht nur sein kann, in bestimmten Zeitabständen die Haushaltsgebaren zu überprüfen, sie muß ständig die Einhaltung der Beschlüsse des Bundesvorstandes und die Arbeitsweise des Bundessekretariats kontrollieren.

Die Arbeit in den Bezirksgruppen

Die Arbeit der Vorstände, der Kommissionen und der Mitgliedschaft in den Bezirken ist sehr unterschiedlich. — Obgleich die Bezirksgruppe Berlin verhältnismäßig spät zum Anlaufen gekommen ist, ist sie heute mit 178 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste und zählt zu den aktivsten Gruppen. In Berlin entwickelte sich die Vortragstätigkeit besonders lebhaft, wobei natürlich die Konzentration zentraler Institutionen nicht ohne Einfluß war. Ungenügend ist demgegenüber die Gesamtberliner Arbeit. Bemerkenswert ist die aktive Tätigkeit einzelner Fachgruppen, durch die die Berliner Bezirksgruppe den anderen Bezirksgruppen ein gutes Beispiel gegeben hat.

Die Bezirksgruppe Dresden zeichnete sich ebenfalls fast während des gesamten Berichtszeitraumes durch große Aktivität aus. Sie entwickelte vor allem die gesamtdeutsche Arbeit beispielhaft. Hervorzuheben ist zugleich ihre enge Zusammenarbeit mit dem Verband Bildender Künstler sowie ihr Einsaz im Rahmen des Nationalen Aufbauwerks. Die zentrale Architekturdiskussion in Dresden wirkte sich auf die Arbeitsweise der Bezirksgruppe fördernd aus. Insgesamt sind die Erfolge überwiegend der Arbeit des Vorsitzenden, dem Kollegen Bräuer, und seines Vertreters, dem Kollegen Dr. Behr, zu danken, gegenüber deren Einsatz leider viele Vorstandsmitglieder weit zurückstanden.

Auch die Bezirksgruppe Plauen zeichnete sich seit dem ersten Tage ihres Bestehens durch eine lebhafte Aktivität aus. Sie hat es verstanden, im wesentlichen mit eigenen Kräften eine sehr intensive Vortragstätigkeit zu entwickeln. Die Erfolge sind hier besonders dem Kollegen Zeidler zu danken.

Eine ähnlich gute Entwicklung nahm die Bezirksgruppe in Potsdam, wo der Kollege Kretschmer die fördernde Kraft im Bundesleben war. Besonders hervorzuheben ist die gut besuchte Knobelsdorff-Ausstellung im Schloß Sanssouci.

Die Bezirksgruppe Rostock entwickelte sich im Zusammenhang mit der Rostocker Diskussion durch den erweiterten Bundesvorstand und dank der unermüdlichen Tätigkeit des Kollegen Butzeck.

Die Bezirksgruppe Leipzig verfügt über eine sehr hohe Mitgliederzahl. Trotzdem liegt ein entscheidender Mangel dieser Bezirksgruppe darin, daß die Mitarbeit der Kollegen aus den Entwurfsbüros, vor allem aus dem Entwurfsbüro für Hochbau, das unter Leitung des Kollegen Belmann steht, noch sehr unzulänglich ist, während sich besonders die freischaffend tätigen Architekten zunehmend mit den Aufgaben und Zielen des Bundes auseinandersetzen.

Im Bezirk Cottbus hat sich dank der Tätigkeit des Kollegen Flemming eine gute Gruppenarbeit entwickelt, die in mancher Hinsicht für alle übrigen Gruppen beispielhaft sein kann.

Eine der jüngsten und erst in der Entwicklung begriffenen Bezirksgruppen ist in Schwerin. Die leitenden Kollegen sollten aber die Gewähr dafür bieten, daß auch hier schnell das Versäumte nachgeholt werden kann.

Schlecht entwickelte sich die Bezirksgruppe in Halle. Erst seit den letzten Wochen besteht die Hoffnung, daß sich ein Bundesleben entfalten wird, für das sich das Mitglied des Bundesvorstandes Dr. Wurster bislang völlig unzureichend eingesetzt hatte.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt war in den letzten Monaten eine Stagnation in der Entwicklung zu bemerken, der der Bundesvorstand nicht weniger Aufmerksamkeit schenken sollte als den bisher schwachen Bezirksgruppen in Halle, Suhl und Gera.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß sich im Durchschnitt ein verhältnismäßig stabiles Bundesleben entwickelt hat, und daß nach dem ersten Abschnitt, der noch überwiegend dem organisatorischen Aufbau galt, dem Inhalt der Arbeit nunmehr größere Bedeutung zukommt. Daß auch hier sehr große Unterschiede innerhalb der Bezirke bestehen, zeigten die Bezirkskonferenzen der letzten Wochen, über die später noch eine Einschätzung gegeben wird.

Die Verbindungen nach Westdeutschland

Die gesamtdeutsche Arbeit entwickelte sich besonders in den letzten Monaten sehr rasch. Nachdem zwei größere Delegationen, beide aus etwa je 30 Architekten bestehend, die DDR besucht hatten, war das Eis gebrochen und manches der Vorurteile beseitigt, die den Gespächen zwischen den Architekten in beiden Teilen Deutschlands im Wege gestanden hatten.

In mehreren Beratungen zwischen dem Vorsitzenden und einigen Mitgliedern unseres Bundesvorstandes mit Vertretern des Vorstandes des BDA in der Bundesrepublik wurde Übereinstimmung erzielt über eine gemeinsame Vertretung beider Verbände in der UIA. (Union Internationale des Architectes). Diese Abmachungen wurden bestätigt auf der Bundesvorstandssitzung des BDA in der Bundesrepublik in Bremen Ende März dieses Jahres und von unserem engeren Vorstand gebilligt. Zu mehreren Landesverbänden und Bezirksgruppen des BDA in der Bundesrepublik besteht ein kameradschaftliches Verhältnis. Eine Reihe westdeutscher Kollegen war als Gäste des Bundes in der DDR und eine Reihe von Vorträgen durch Mitglieder unseres Bundes konnten auf Einladung in verschiedenen Städten der Bundesrepublik gehalten werden. —

Außer den erwähnten größeren Delegationen besuchten westdeutsche Architekten einzeln oder in kleinen Gruppen außer Berlin viele Aufbaustädte und nahmen an Fachkongressen und Tagungen in Berlin, Dresden, Rostock, Magdeburg u. a. teil. Einen aussichtsreichen Beitrag für die gesamtdeutsche Arbeit unter den Architekten bildete die Gründung einer Sektion Architektur beim Deutschen Kulturtag, der seinen Sitz in München hat. Mehrere Mitglieder unseres Bundes haben am Kulturtag 1955 im März dieses Jahres in Heidelberg teilgenommen. Fast gleichzeitig waren andere Mitglieder des Bundes zur gesamtdeutschen Kommunaltagung nach Stuttgart delegiert.

Von westdeutschen Kollegen wurde angeregt, einen Austausch von Delegationen einzurichten, der dazu dienen soll, den Kontakt der Architekten zu fördern und das Bauschaffen in beiden Teilen Deutschlands kennen zu lernen. Die erste Gruppe aus der Bundesrepublik wird sich auf der Grundlage gegenseitiger Finanzierung im Juli in die DDR begeben und die erste Gruppe von Architekten aus der DDR im August in die Bundesrepublik.

Für Juli haben namhafte Vertreter des Architekturschaffens in der Bundesrepublik Vorträge in der DDR zugesagt und Kollegen aus München sind bereit, in den Räumen unseres Bundes in Berlin eine Ausstellung ihrer Arbeiten zu zeigen, für die allerdings bis zur Stunde die Genehmigung durch die bayrische Landesregierung noch nicht vorliegt.

Die internationalen Verbindungen

Auch auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen hat der Bund vielfältige Verbindungen angeknüpft. Auf einer Konferenz der Vorsitzenden und der Sekretäre der Architektenverbände der demokratischen Länder in Budapest wurde festgelegt, in welcher Form sich die Zusammenarbeit zwischen den Verbänden in Zukunft gestalten soll. Die erste Auswirkung dieser Beschlüsse ist eine zunächst zwischen dem Architektenverband in der CSR und unserem Verband getroffene Vereinbarung, wonach in der Zeit vom 1. bis 15. September 30 Mitglieder unseres Bundes auf Kosten des Verbandes in der CSR die CSR besuchen, um dort das gegenwärtige Bauschaffen kennenzulernen und historische Bauwerke zu studieren. Wir empfangen unsererseits von Mitte bis Ende August die gleiche Zahl von Kollegen aus der CSR, für die wir die Kosten übernehmen. — Wir hoffen sehr, daß sich auf dieser Basis eine schöne Perspektive für den erfolgreichen Austausch weiterer Delegationen mit dem Ausland entwickelt.

Anläßlich des Besuches einer polnischen Delegation wurde ein Freundschaftsvertrag zwischen dem polnischen Architektenverband und unserem BDA abgeschlossen. Vorbereitet sind weitere Verträge mit dem ungarischen und dem rumänischen Verband, da in der Volksrepublik Bulgarien noch kein Architektenverband besteht, sollen zunächst über die Botschaften entsprechende Möglichkeiten geschaffen werden.

Mit dem ungarischen Verband haben wir eine ergänzende Vereinbarung getroffen, die auf der Basis gegenseitiger Finanzierung

einen Ferienaustausch von Mitgliedern des Bundes und ihren Frauen vorsieht. Die Mitglieder des BDA stellen ihre eigenen Ferienplätze den ungarischen Freunden zur Verfügung und die ungarischen Freunde ihren deutschen Kollegen ihre Ferienplätze in Ungarn.

Erleichtert wurden diese Verhandlungen durch eine dankenswerterweise erteilte Sondergenehmigung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, die es dem Bund gestattet, mit den Architektenverbänden des Auslandes direkten Schriftwechsel zu führen.

Ein besonders guter Kontakt wurde mit den französischen Architekten und Ingenieuren aufgenommen. Ein vor kurzer Zeit gegründetes Französisch-Deutsches Komitee der Architekten, Ingenieure und Techniker stellt sich die Aufgabe, die freundschaftlichen Verbindungen zwischen den französischen und deutschen Architekten und Ingenieuren zu entwickeln und zu festigen. Zu dem deutsch-französischen Komitee wurden auf Vorschlag der französischen Kollegen westdeutsche Kollegen eingeladen.

Diese internationalen Verbindungen, die der Bund besonders in den vergangenen sechs Monaten anknüpfen konnte, werden auch dazu beitragen, dem Wunsch vieler unserer Kollegen zu entsprechen, durch den Besuch des Auslandes ihren Gesichtskreis zu erweitern und sich mit den architektonischen Problemen anderer Staaten und Völker bekanntzumachen sowie darüber hinaus der Festigung unseres Bündnisses mit allen friedliebenden Kräften der Welt zu dienen. Die erfreulich große Anzahl von Gästen aus dem Ausland hier auf dem Kongreß mag ein Beweis dafür sein, welche Anerkennung die DDR und unsere Arbeit auf dem Gebiet des Bauschaffens genießt.

Die Qualifizierung der Mitglieder

Der BDA übernimmt durch die Aufnahme seiner Mitglieder die Verantwortung für deren fachliche und ideologische Qualität. Das verpflichtet ihn, durch ständige Qualifizierung den Leistungsstand seiner Mitglieder zu erhöhen. Wer bilden will, so sagt ein alter Spruch, muß selbst gebildet sein. In allen Epochen stand der bildende Baukünstler auf dem höchsten Stand der Wissenschaft und Technik, eng verbunden mit der Kultur seines Volkes und seiner Zeit. Unsere Architekten müssen sich bemühen, es diesen großen Vorbildern gleichzutun. Zu den Grundlagen des Schaffens unserer schöpferisch tätigen Architekten gehört die Kenntnis der Baugeschichte des eigenen Volkes und des Weltkulturerbes nicht weniger als die Kenntnis der modernsten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik und die philosophischen Grundlagen unserer neuen Gesellschaftsordnung.

In der Ziffer drei der Bundesrichtlinien ist die Aufgabe der Weiterbildung der Mitglieder und darüber hinaus aller Architekten festgelegt. Wie hat es der Bund verstanden, diese in den Bundesrichtlinien gestellte Aufgabe zu erfüllen?

In der Berichtsperiode fanden in den Bezirken über 350 Vorträge statt, die von insgesamt 9000 Teilnehmern besucht wurden. Das entspricht einem Besuch von 25 Kollegen im Durchschnitt für einen Vortrag. An 28 vom BDA veranstalteten Studienreisen nahmen insgesamt 853 Kollegen teil, die überwiegend Mitglieder des BDA waren. Diese Studienreisen führten die Mitglieder der Bezirksgruppen in zwei- bis dreitägigen Reisen in Aufbaustädte, zu historischen Stadtanlagen oder Baudenkmälern. Von hohem Wert waren auch die Qualifizierungslehrgänge bzw. die Vortragsreihen, die der systematischen Schulung unserer Mitglieder und Kollegen dienten. Besonderes Interesse zeigte die Mitgliedschaft für die marxistische Ästhetik, für Baugeschichte und für die Analysen über das Bauschaffen der Gegenwart. Der in Berlin stattfindende zweite Qualifizierungslehrgang konnte trotz einer viel höheren Anmeldung nur 230 Teilnehmer aufnehmen. Die bisher durchgeführten Lehrgänge laufen jeweils sechs Monate.

Ein weiterer Ausbau der Qualifizierung ist zunächst erschwert zum Teil wegen der großen Entfernung zu den Bezirken, zum Teil durch den Mangel an qualifizierten Lehrkräften in den Bezirken.

Es dürfen diese anzuerkennenden Erfolge in unseren ersten Qualifizierungslehrgängen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Masse der Architekten sich noch zu *langsam* die Erkenntnis der Beziehungen der Architektur zum Menschen und zur Gesellschaft in der Praxis durchsetzt, weil die Architekten ohne ausreichende theoretische Untermauerung über die Beziehungen zwischen Baukunst und Wirklichkeit nur zögerd zu einer unserer gesellschaftlichen Entwicklung entsprechenden realistischen Architektur gelangen können. Es zeigte sich in allen Bezirksgruppen, daß es trotz des Interesses der Mitglieder nicht gelungen ist, auf der Grundlage des zum Teil ausgezeichneten Studienmaterials der Deutschen Bauakademie ausführliche und fruchtbringende Diskussionen zu führen.

Über die Zusammenarbeit mit der „Deutschen Architektur" und die Veröffentlichungen des BDA

Erst seit Januar dieses Jahres erscheint die Zeitschrift „Deutsche Architektur" als gemeinschaftliches Organ der Deutschen Bauakademie und des BDA. Auf der Grundlage sehr heftiger im Bundesvorstand geführter kritischer Diskussionen hat sich die Zeitschrift in den letzten Monaten bemüht, auch die Projektanten und die Projekte aus den Bezirken der DDR stärker zu Wort kommen zu lassen, d. h. praktische Beispiele aus dem Bauschaffen der Gegenwart, so daß die Mitgliedschaft des Bundes die Zeitschrift zunehmend als ihr Organ ansieht. Das kann aber noch nicht bedeuten, daß sich der Bund und die Redaktion der Zeitschrift nicht weiter bemühen müssen, die „Deutsche Architektur" durch konkrete, vielgestaltigere Beispiele und Beiträge aus der Zeit, d. h. weiter die unmittelbare Anleitung bei der Entwurfspraxis zu verstärken. Die Kritik zielt daneben auf einige spezielle Fragen. Was nützen den Architekten z. B. noch so gut fotografierte Profile, wenn sie ohne Maßstab sind? Oder was nützen ihnen Grundrisse, in denen die Maßketten entweder fehlen oder unlesbar sind? Was nützen Beispiele aus der Entwurfs- oder Baupraxis, die in der Qualität unzureichend sind, wenn aber niemand in der Zeitschrift dazu Stellung nimmt? —

In den Bezirkskoferenzen wurde angeregt, die „Deutsche Architektur" durch perforierte Detailblätter zu ergänzen, die von den Architekten zu einer Lose-Blatt-Sammlung zusammengefügt werden können.

Natürlich kann auch die Arbeit der Redaktion nur qualifiziert werden, und die Qualität der Zeitschrift sich steigern, wenn sie sich auf die aktive Mitarbeit der Mitglieder des Bundes stützen kann. Sie wird die erkannten Mängel auch nur dann überwinden können, wenn an Stelle einer gelegentlich spürbaren Resignation eine freimütige und sachliche Kritik geübt wird. Neben der Arbeit für die „Deutsche Architektur" übernahm das Bundessekretariat eine Reihe von Publikationen. — Von den Mitteilungsblättern des BDA erschienen bisher vier Nummern in einer Auflage von je 3000 Stück, die über den Kreis der Mitglieder hinaus jeweils in 350 Exemplaren nach Westdeutschland und an die internationalen Architektenverbände versandt wurden. —

In einer Auflage von ebenfalls 3000 Stück wurde eine reichbebilderte Broschüre über den Internationalen Architekten-Kongreß in Warschau herausgebracht.

Eine Broschürenserie über den Aufbau in den Bezirken der DDR ist in Vorbereitung. Die Arbeit an der ersten Broschüre über den Aufbau im Bezirk Frankfurt (Oder) ist seit längerer Zeit redaktionell abgeschlossen. Das gilt auch für zwei weitere Nummern des Mitteilungsblattes, deren Drucklegung trotz der erteilten Lizenz aus Mangel an Kunstdruckpapier leider bisher nicht erfolgen konnte.

Vom Bundessekretariat wurden außerdem an die Architekten der DDR und nach Westdeutschland in mehreren tausend Exemplaren die Programmerklärung der Deutschen Bauakademie und des BDA versandt sowie das Protokoll der gesamtdeutschen Kommunaltagung mit den Reden von Prof. Henselmann und Stadtrat Bohn.

Für Vorträge in den Bezirksgruppen des BDA wurde ein umfangreiches Bildarchiv angelegt, das heute aus rund 600 Dias und über 2000 Fotos besteht, die jeder Bezirksgruppe auf Abruf zur Verfügung stehen. Ein Archivverzeichnis soll in Karteiblattform in den nächsten Mitteilungsblättern erscheinen.

Die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Organisationen und der Bevölkerung

Über unsere Beziehungen zu gesellschaftlichen Organisationen kann — von einigen guten Beispielen in einer Reihe von Bezirksgruppen abgesehen — noch von keiner systematischen Zusammenarbeit gesprochen werden. Es muß sogar für einige Bezirke ernsthaft die Frage gestellt werden, warum sich einige Mitglieder, die zum Teil über ein hohes fachliches Können verfügen, nicht oder nur zögernd bereitfinden, am gesellschaftlichen Leben aktiven Anteil zu nehmen. So war es in der Vergangenheit vielfach zu erkennen, daß sich die im Bund zusammengeschlossenen Architekten noch nicht überall aus ihrer berufsständigen Isolierung lösen konnten, zu wenig bestrebt waren, sich mit den kulturpolitischen Problemen unserer Zeit auseinanderzusetzen, ja nicht einmal den Aufruf des Ministeriums für Kultur und die Programmerklärung der Deutschen Bauakademie und unseres Bundes gründlich studiert hatten und danach handelten. Erst die Baukonferenz und die zu deren Vorbereitung den Arbeitsgruppen gestellten Aufgaben gaben auf zentraler Ebene endlich den Anlaß, mit der IG Bau-Holz und der Kammer der Technik gemeinsame Aufgaben zu lösen. Der Bund Deutscher Architekten und

die Kammer der Technik werden sich mit dem Problem der Typisierung gemeinsam auseinandersetzen müssen. Auch die Typisierung wird nur Zug um Zug die auf der Baukonferenz gestellten maximalen Forderungen erfüllen können; aber gerade in einer konsequenten Ausschöpfung aller industriellen Möglichkeiten, vor allem in der engen Zusammenarbeit — um nicht den so oft mißbrauchten Begriff Koordinierung zu verwenden — zwischen Forschung, Baustoffindustrie, Projektierung und Bauindustrie liegt der Schlüssel für den Erfolg. Keiner dieser Kollektiv-Mitglieder darf die Arbeit des anderen unterschätzen oder sie für weniger wichtig halten als die eigene.

Warum war es einigen Architekten beispielsweise bisher gleichgültig, wie sich unsere Baubetriebe den Bauablauf organisieren, in welcher Weise die Industrialisierung einem der stärksten Hebel der Arbeitsproduktivität und dem entscheidendsten Beitrag für die Baukostensenkung, durchgeführt wird? Industrialisierung heißt: massenweise, serienmäßige Herstellung von genormten Bauelementen jeder Art, die es in ihrer letzten Vervollkommnung ermöglicht, die Baustelle zum Montageplatz zu machen. Dieser Prozeß muß auf dem Reißbrett des Architekten beginnen. Bei der Masse unserer Bauvorhaben, bei unseren Wohnbauten, aber auch bei unseren gesellschaftlichen Bauten, bei den Bauten der Industrie und der Landwirtschaft findet diese Industrialisierung ihren ökonomischsten Einsatz im Typenentwurf. Hier ist die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Architekt und Ingenieur unerläßlich, und hier bietet der Vertrag zwischen der Kammer der Technik und dem Bund Deutscher Architekten einen entscheidenden Ausgangspunkt. Ein gemeinsamer Arbeitsplan wurde mit der IG Bau-Holz noch nicht geschaffen. Es wird aber eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, durch den Abschluß eines entsprechenden Vertrages die zum Teil sehr unzureichende Zusammenarbeit zwischen den Bauarbeitern auf der Baustelle und den Architekten in den Entwurfsbetrieben zu fördern. — Lediglich in der sozialen Betreuung der Mitglieder durch den FDGB — darüber hinaus durch die VWR und den KB — war es möglich, für die Mitglieder des BDA Ferienplätze in einem Umfang bereitzustellen, die es 1954 bereits ermöglichten, fast jedem zweiten Mitglied einen zusätzlichen Ferienplatz zu sichern. Unverständlich erscheint es, warum die von beiden Seiten gesuchte und vielfältig intensivierte Zusammenarbeit zwischen den bildenden Künstlern und den Architekten so verhältnismäßig geringe Fortschritte gemacht hat. Entscheidend ist sicher weniger die sehr unterschiedliche Dringlichkeit der beiderseitigen Aufträge oder der Zwei-Prozent-Paragraph. Es scheint, daß es in vielen Fällen an der gegenseitigen Achtung vor der Leistung des anderen gefehlt hat und vielerorts noch fehlt.

Dank der Initiative einzelner Mitglieder hat sich in einigen Bezirken die Zusammenarbeit zwischen den bildenden Künstlern und den Architekten besser entwickelt als auf der zentralen Ebene. So haben im Bezirk Dresden einige Beratungen stattgefunden zwischen den Mitgliedern beider Verbände über gemeinsame Vorschläge für die Verschönerung der Stadt Dresden und zu allgemeinen, beide Teile berührenden Problemen. Ein ähnlich gutes Verhältnis hat sich im Bezirk Plauen entwickelt, und auf der Bezirkskonferenz in Potsdam veranstalteten der VBK und der BDA eine gemeinsame Ausstellung ihrer Arbeiten, die mit großem Interesse aufgenommen wurde. Auch in der Bezirksgruppe Berlin fand eine Beratung zwischen den Bezirksleitungen beider Verbände statt, die aber bis heute ohne praktische Ergebnisse blieb.

*

Nur in wenigen Bezirksgruppen wurde ein enger Kontakt mit Baustellen oder mit der Bevölkerung gehalten. Es zeigte sich häufig noch eine Art Überheblichkeit gegenüber der Kritik oder eine Gleichgültigkeit gegenüber interessierten Anfragen von „Nichtfachleuten". Es gehört zu ausgesprochenen Seltenheiten, daß eine Betriebssektion des Bundes eine Einwohnerversammlung einberuft, um vor der Realisierung eines in ihrem Entwurfsbüro geplanten Wohnblocks mit der Bevölkerung über die funktionellen und gestalterischen Probleme des Objektes zu beraten mit dem Ziel, die berechtigten Wünsche der Werktätigen zu berücksichtigen. Die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse steckt noch in den kleinsten Schuhen. Hier ist die Zusammenarbeit in erster Linie ein organisatorisches Problem, das sich in Zukunft ohne besondere Schwierigkeiten lösen wird. — Mit dem Kulturbund war überall und jederzeit die Zusammenarbeit gut und erfolgreich. Viele unserer Bezirksgruppen führen ihre Vorträge und Konferenzen in den Räumen des Kulturbundes und oftmals mit diesem gemeinsam durch. Wenn gelegentlich sektiererisches Verhalten der Gewerkschaft und eines Teiles der Bauarbeiterschaft gegenüber der bautechnischen Intelligenz festgestellt worden ist, dann werden sich wohl auch die Mitglieder des BDA nicht immer und ausreichend bemüht haben, die ursächlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Natürlich muß ein gutes Einvernehmen zwischen den Bauarbeitern und Architekten von beiden Seiten erstrebt und beeinflußt werden. Dazu gehört auch, daß sich der FDGB für die Berufsinteressen der Architektenschaft einsetzt.

Die Zusammenarbeit mit den Hoch- und Fachschulen

Die Zusammenarbeit mit den Hoch- und Fachschulen konnte nicht wesentlich entwickelt werden. Die Sektionen in der Hochschule für Architektur in Weimar und an der Hochschule für Bauwesen in Cottbus entwickelten sich gut und erlaubten eine beständige Zusammenarbeit. Dagegen wurde auf der Bezirkskonferenz in Dresden der unzureichende Kontakt des Bundes mit der Architekturabteilung der Technischen Hochschule nachdrücklich festgestellt.

Auf die Fachschulen für Bauwesen hat der Bund noch kaum irgendwelchen Einfluß genommen, und die Mitarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Erziehung der Studenten ist allgemein allein von den gebotenen Möglichkeiten her verständlicherweise noch unzulänglich.

Die Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat

Bedeutung und Wachstum des BDA spiegeln sich auch in seinem Verhältnis zum Staatsapparat wider. Der BDA konnte als junge gesellschaftliche Organisation nur allmählich mit den Organen der Bauverwaltung Fühlung nehmen und Verständnis und Anerkennung finden. In mancher Hinsicht ist das auch bis heute noch nicht gelungen. Daß gewisse Widerstände zu überwinden waren und sein werden, ist entwicklungsbedingt. Es ist aber bedauerlich, daß durch das Ministerium für Aufbau und das Ministerium der Finanzen Verordnungen erlassen wurden, die ohne vorherige Abstimmung untereinander und auch ohne Absprache mit dem Bund bei einem Teil der Mitgliedschaft berechtigte Klagen verursachten.

Insgesamt konnte aber mit der Erfüllung der Forderung der Bundesrichtlinien, in denen es heißt, daß die Arbeit der staatlichen Organe und der gesamten Wirtschaft zu fördern und zu unterstützen ist, von seiten des BDA tatkräftig begonnen werden. — Einen Erfolg auf diesem Gebiet erzielte u. a. die Bezirksgruppe in Cottbus mit der Vorlage eines Entwurfs beim Rat des Bezirks über eine Verordnung für die Zulassung von Architekten zur Entwurfsarbeit, die vom Rat des Bezirks verabschiedet wurde. In dieser Verordnung heißt es u. a., daß die Zulassung von Architekten zur Entwurfsbearbeitung abhängig ist von einer Genehmigung, die auf Vorschlag des BDA durch den Rat erfolgt. Die Bezirksgruppe Cottbus hat auch in bezug auf die Unterstützung der staatlichen Bauaufsicht einen ersten Schritt getan. Durch den Einsatz ehrenamtlicher Bauberater aus der Mitgliedschaft des BDA hat sie dazu beigetragen, die Bauaufsicht im Bezirk wesentlich zu verstärken. Zum Zeitpunkt der Dresdner Bezirkskonferenz wurde vom Rat des Bezirks eine ähnliche Verordnung wie in Cottbus veröffentlicht. Sie sind in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Potsdam und Rostock auf der gleichen Basis in Vorbereitung. Auf Vorschlag des Bundesvorstandes ist im Ministerium für Aufbau eine zentrale Verordnung für die Regelung der Zulassung von Architekten zur Entwurfsbearbeitung vorbereitet und dem Bundesvorstand zur Stellungnahme zugeleitet. Auf der letzten Bundesvorstandssitzung wurde der Entwurf beraten und mit einigen Abänderungsvorschlägen dem Ministerium für Aufbau zurückgereicht. — Wir möchten an dieser Stelle erneut darauf hinweisen, daß eine wirksame Autorenkontrolle so lange beeinträchtigt ist, bis die bauausführenden Betriebe nicht *zwingend* verpflichtet sind, die Einsprüche der Architekten zu berücksichtigen.

Von hoher Bedeutung für eine neue Qualität im Bauschaffen wird die schon erwähnte Wettbewerbsordnung sein, wenn sie durch Beschluß des Ministerrats für alle Planträger und Architekten verbindlich sein wird. Entsprechend dem Vorschlag der Arbeitsgruppe 12 auf der ersten Baukonferenz sollte aber mit der Wettbewerbsordnung vom Ministerrat gleichzeitig auch ein Beschluß gefaßt werden, der die Planträger verpflichtet, mehr Wettbewerbe auszuschreiben, möglichst für alle Objekte von wesentlicher Bedeutung. Auch die beste Wettbewerbsordnung nützt nichts, wenn keine Wettbewerbe ausgeschrieben werden, wie das gegenwärtig der Fall ist. Die Planträger sollten erkennen, daß ein ordnungsgemäß vorbereiteter und durchgeführter Wettbewerb keine zusätzlichen Projektierungskosten verursacht, oft weniger, in der Regel aber eine weit höhere Qualität des Entwurfs gewährleistet.

Wenn die Ergebnisse vieler Wettbewerbe der vergangenen Jahre zum Teil sehr unbefriedigend waren, dann spricht das nicht gegen den Architekturwettbewerb. Sie sind aber eine sehr ernste Anklage gegen die oft mangelhafte Qualität der Unterlagen, gegen die oft oberflächliche Arbeitsweise der Preisrichter und die mangelnde Wettbewerbsdisziplin vom Auslober — in den

meisten Fällen der Planträger — bis zum teilnehmenden Architekten. Die Wettbewerbskommissionen des BDA sollten entsprechend dem Vorschlag des Bundes in Zukunft darüber zu wachen haben, daß die Qualität der Ausschreibungsunterlagen alle Mängel der Bearbeitung und der Beurteilung ausschließt. Es darf auch nicht mehr vorkommen, daß Entwürfe mit Preisen ausgezeichnet werden, deren Verfasser die Fragen der Wirtschaftlichkeit, der funktionellen Erfüllung oder bei städtebaulichen Lösungen der Stadttechnik außer acht gelassen haben, sich über die technische Ausführbarkeit ihrer Vorschläge offensichtlich keine Gedanken gemacht haben und nur bestrebt waren, mit bestechenden Schaubildern ein ungenügend arbeitendes Preisgericht zu blenden.

Wird dem BDA die im Entwurf vorgesehene Verantwortung gesetzlich übertragen, muß es gelingen, daß der hohe Wert von Architekturwettbewerben schnell Anerkennung findet und Erfolge, wie sie sich z. B. in Polen und Rumänien auf Grund einer ähnlichen Ordnung schon gezeigt haben, nicht ausbleiben.

Schließlich noch ein Wort zur Teilnahme des Bundes beim Nationalen Aufbauwerk. Vor einem Jahr hat der Bund in einem Appell aufgerufen zum Einsatz seiner Mitglieder bei der Ausschöpfung örtlicher Reserven, bei der Mithilfe der Pflege historischer Anlagen und Baudenkmäler bei der Beratung ländlicher Produktionsgenossenschaften und beim Bauschaffen auf dem Lande. Wir können feststellen, daß eine nicht geringe Anzahl unserer Mitglieder im Rahmen des NAW Verpflichtungen übernommen und diese auch erfüllt hat. So konnte z. B. der Vorsitzende der Bezirksgruppe Dresden, Kollege Bräuer, anläßlich der Bezirkskonferenz im Mai d. J. berichten, daß die Entwurfsbüros in Dresden eine Reihe von Verpflichtungen übernommen haben wie z. B. bei der Entwicklung der Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften und einer Reihe kleinerer Bauvorhaben, aber auch bei bedeutenden Bauvorhaben wie z. B. beim Bau des Freilichttheaters im Großen Garten, wo sich das Kollektiv Köckeritz besonders einsetzte und durch die zentrale Jury im Ministerium für Aufbau eine besondere Anerkennung erhielt. Im Entwurfsbüro für Industriebau wurde für einen größeren Komplexbereich in Dresden eine freiwillige Projektierung übernommen, die bei einem Bauwert von 40 Millionen DM einen Projektierungswert von rund 100 000 DM und eine Leistung von rund 8000 Architektenstunden darstellte. — Ähnliche Berichte liegen uns vor aus den Bezirken Plauen, Potsdam, Cottbus und Berlin, wo zum Teil sehr gute Leistungen erzielt wurden. — Im Rechenschaftsbericht der Bezirksgruppe Berlin (Koll. Leucht) heißt es u. a.: „Zahlreiche Selbstverpflichtungen in Form von Projektierungsleistungen sind in unseren Betrieben und Sektionen zu verzeichnen. Zum Beispiel hat die Kollegin Schitsch von den Architekturwerkstätten eine Selbstverpflichtung übernommen, das Strandbad am Wendenschloß kostenlos zu projektieren. Heute ist dieses Strandbad nach den Plänen der Kollegin im Bau."

Über die Architekturkontrolle und Beiratsarbeit

Die unmittelbarsten Berührungspunkte der Mitglieder des Bundes mit den Organen der Staatsmacht ergaben sich bei der Architekturkontrolle und die engste Zusammenarbeit in den gemeinsam besetzten Beiräten für Architektur. — Auf die Architekturkontrolle in den Bezirken einen erzieherischen Einfluß auszuüben, hat der BDA bisher nicht verstanden. Die Beschwerden vieler Mitglieder über die seelenlose Behandlung ihrer schöpferischen Arbeiten wurden von dort immer zahlreicher.

Es dürfte kaum jemanden geben, der die Notwendigkeit einer ernsthaften Architekturkontrolle abstreitet. Sie sollte sich aber bei anerkannt qualifizierten Architekten auf eine kongeniale Anleitung beschränken und nicht grundsätzlich eine andere Meinung verwerfen oder sogar stereotype Elemente oder Details fordern.

Die Werktätigen unserer Republik haben als Bauherren unserer Städte und Dörfer das Recht, über die Gestaltung ihrer Bauwerke zu Rate zu sitzen und die Entwürfe, mit denen sie nicht einverstanden sind, abzulehnen. Hat der Architekt als Beauftragter des Volkes weniger Recht, die Ergebnisse seiner schöpferischen Arbeit frei und offen zu vertreten, wenn er sich in seiner ideologischen Entwicklung und in seiner künstlerischen und technischen Befähigung anerkanntermaßen auf der Höhe der Entwicklung befindet? Dessen sollten sich die Organe der Architekturkontrolle in den Bezirken bewußt werden, wenn sie nicht durch Reglementieren die schöpferische Entfaltung einengen und aus den Entwurfsbetrieben seelenlose Automaten machen wollen. Diese Kritik kann und soll natürlich nicht bedeuten, daß von jedem einzelnen Architekten und den Entwurfsbüros als Kollektivs ein geringeres Maß an Verantwortung in politischer, wirtschaftlicher und künstlerischer Hinsicht verlangt werden soll. Im Gegenteil! Gebt unseren qualifizierten Architekten die Freiheit zur Selbstverantwortung zurück, gebt ihnen Initiative und Begeisterung, die schon einmal höher entwickelt waren als gerade im vergangenen Jahr.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang auch zur Arbeit der Beiräte einige kritische Bemerkungen.

In einigen der 17 Beiräte in Berlin und in den Bezirken der DDR hat sich ohne Zweifel nach anfänglicher Unsicherheit eine zum Teil fruchtbare Arbeit entwickelt. Warum wurde aber die Anleitung und Kritik von den Architekten noch allzuoft als persönliche Kränkung empfunden? Zum Teil, weil unsere Architekten die fortentwickelnde Kraft einer offenen und helfenden Kritik noch nicht erkannt hatten, zum Teil aber auch, weil in manchen Beiräten Methoden praktiziert wurden, die teils routinemäßig, teils im Bewußtsein, eine Art Monopolstellung zu besitzen, gar nicht den Versuch unternahmen, sich mit den jeweils örtlichen Problemen oder den Gedankengängen der Architekten oder der Architekturbrigaden auseinanderzusetzen. Nicht selten wurden Entwürfe überwiegend auf ihren Massenaufbau, auf Kompositionen und architektonische Details hin beurteilt und ihnen ohne Prüfung der funktionellen Lösung, der technischen Realisierbarkeit und der Wirtschaftlichkeit Zustimmung oder Ablehnung zuteil. Es kann nicht die Aufgabe der Beiräte sein, mit einer Art staatlich geeichter Elle zu messen; auf Beiratssitzungen kann auch nicht gewogen und zu leicht befunden werden, es wird dort schon gar nicht gemustert und auf „tauglich" oder „untauglich" entschieden. Die Beiräte haben die Aufgabe, zu kontrollieren und anzuleiten, mit den Planverfassern zu diskutieren und sie, wo nötig, in kollegialer Weise zu überzeugen. Das ist sicher keine leichte Aufgabe, sie wird aber gelingen, wenn die Beiräte durch fundierte Entscheidungen das Vertrauen und die Autorität als Kontrollorgan gewinnen. Überspitzte Forderungen der Planträger, die nicht selten die Ursache für Verstimmungen sind, und mangelhafte Beiratsarbeit auf der einen Seite, mangelnde Selbstkritik, ja selbst mangelndes Selbstbewußtsein unserer Architekten auf der anderen Seite, haben dazu geführt, daß manches Bauwerk mit unvertretbar hohem Aufwand errichtet wurde, womit nicht nur gegen die Plandisziplin verstoßen wurde, sondern gelegentlich auch im Maß der Ausstattung und in der architektonischen Gestaltung ein Widerspruch zu den ästhetischen Grundsätzen und dem Schönheitsempfinden des Volkes bestand, darüber hinaus nicht selten unter Verzicht auf die selbstverständlichsten Bequemlichkeiten im Inneren.

Wir konnten ermitteln, daß nur 42 Prozent der Beiratsmitglieder, die Architekten sind, dem BDA angehören; das ist ein Mangel. — Ein weiterer Mangel ist es, daß sich viele Planträger nicht um die gegebenen Empfehlungen kümmern.

Form und Inhalt der Architekturdiskussionen

Am ungenügendsten entwickelt sind sowohl hinsichtlich ihrer Anzahl als auch im Hinblick auf ihre Form und den Inhalt unsere bisher öffentlich geführten Architekturdiskussionen. Wir haben es nicht verstanden, den Schwerpunkt der Diskussionen auf Auseinandersetzungen zu konzentrieren, die nicht mehr abstrakt, sondern sehr konkret an den zahllosen bedeutenden Objekten in allen Teilen der DDR der Entwicklung unserer neuen architektonischen Gesinnung hätten dienen können. Auf zentraler Ebene wurden nur insgesamt 5 Architekturdiskussionen durchgeführt. Die Architekturkonferenz in Dresden war gut vorbereitet und konnte einen gewissen Erfolg für sich buchen. Eine nicht weniger wichtige Diskussion fand in Rostock statt, leider nur im Kreise des erweiterten Bundesvorstandes. Einen breiteren Rahmen nahm die Berliner Diskussion über die Gestaltung des Bersarinplatzes ein, an der über 70 Kollegen teilnahmen. Von den Bezirksvorständen wurden noch keine breiteren Diskussionen über bedeutende oder allgemein interessierende Projekte oder Objekte geführt. Lediglich in einigen Betriebssektionen fanden Diskussionen meist in der Form von Projektierungsberatungen statt.

Ein entscheidender Mangel war, daß, wo Diskussionen stattfanden, sie in der Regel erst erfolgten, wenn die Projekte vom Ministerrat schon bestätigt waren, wodurch das Interesse an der Diskussion von vornherein eingeschränkt war; oft zu Unrecht, denn jede Beratung in einem größeren Kreis auch über beschlossene Projekte kann beitragen, etwa vorhandene Mängel an anderen Projekten zu vermeiden. Viele Kollegen haben noch die offene Diskussion gescheut, weil sie fürchteten, durch eine entsprechende Kritik persönliche Nachteile zu erleiden. Im Rechenschaftsbericht der Bezirksgruppe Dresden heißt es z. B.: „Im Kampf gegen die Tendenz des Formalismus und des Kosmopolitismus besteht nicht nur im Bereich des Bezirkes Dresden, sondern in allen Bezirken der DDR die Gefahr, daß jeder Versuch um eine moderne harmonische Lösung der Hauptfaktoren architektonischen Schaffens, Inhalt, Zweck,

Konstruktion und Form, die einen geschlossenen Ausdruck darstellen und damit die Konstruktion als tektonisches Gerüst des Bauwerks sichtbar machen, als Konstruktivismus angesehen wird. Vielfach unqualifizierte oder von persönlichem Geschmack bestimmte Äußerungen führten nicht nur im Bezirk Dresden, sondern überhaupt zu einer Resignation bei den Architekten und zu der Meinung, daß es zwecklos wäre, an der Auseinandersetzung um die Architektur sich weiterhin zu beteiligen, da die Gefahr besteht, daß sie persönlich bei Vertretung ihrer Auffassung entscheidende Nachteile erfahren." Es steht die Ansicht des Vorsitzenden der Bezirksgruppe Dresden nicht allein da und sicher sind diese Hinweise nicht unbegründet. Es wäre aber falsch, diese Erfahrungen zu generalisieren, da auch Resignation zwei Ursachen hat, wie mir der Kollege Bräuer bestätigen wird. Es ist leider so, daß die besondere Lage in unserem gespaltenen Vaterland und der ständige Einfluß formalistischer Tendenzen aus dem Westen unserer Heimat eine sehr prinzipielle und ständige Auseinandersetzung mit dem Formalismus notwendig macht. Wir erlebten nach der Allunionsbaukonferenz von Moskau nicht zufällig eine starke Wiederbelebung solcher Tendenzen, da sich der westdeutsche Rundfunk und die Presse zum Teil schneller mit der Moskauer Konferenz befaßten als wir und Dinge aus dem Zusammenhang herausgriffen, die sie für ihre Argumente umzumünzen versuchten. In der Diskussion müssen wir sehr sorgfältig unterscheiden zwischen den Feinden unserer demokratischen Entwicklung, mit denen sich eine Diskussion von vornherein erübrigt, und mit den Kollegen, die echte Mängel in unserer Architekturpraxis aufgezeigt haben und sich mit uns ernsthaft um die Klärung baukünstlerischer Probleme bemühen. Mit denen kann die Form der Auseinandersetzung gar nicht kameradschaftlich genug geführt werden. Vergessen wir auch nicht, daß der sozialistische Realismus eine Methode und kein Dogma ist, daß wir in seinem Namen keinen Formkanon aufstellen können, daß aber, wenn wir diese Methode nur als eine Anleitung zum Handeln sehen, unter den Händen unserer besten Baukünstler den Bauwerken unserer Epoche etwas von wahrer Größe und echter Humanität verliehen werden kann. — Uns fehlt es an einer breiten und fundierten Architekturdiskussion, weil es uns bisher auch an geeigneten Kräften gefehlt hat, die an der systematischen Entwicklung einer neuen Architekturwissenschaft arbeiten, die uns allein helfen kann, das Stadium individuellen Geschmacks oder spontaner Gefühlsäußerungen bei der Kritik Zug um Zug zu überwinden. Nur wenn der Kreis aller gutgesonnenen Architekten sich bereit findet, aus der Enge und Ängstlichkeit der Diskussionen herauszutreten, werden wir dazu beitragen, unsere praktische Arbeit zu verbessern. Es ist sicher ein Mangel, daß theoretische Arbeiten und Forschungsarbeiten, die unserer neuen Architekturwissenschaft dienen könnten, in ihrer Wertschätzung weit hinter den Arbeiten zurückbleiben, die unserem Baugeschehen unmittelbarer dienen. In der mangelnden Anerkennung theoretischer Arbeiten ist auch eine der Ursachen zu suchen, daß sich junge Kräfte nur schwer für Forschungsarbeiten bereitfinden.

Entsprechend den Beschlüssen des Ministerrats im Baudokument werden wir in den Mittelpunkt unserer zukünftigen Diskussionen die baukünstlerischen Probleme zu stellen haben, die sich unmittelbar aus den Forderungen nach Industrialisierung und Typisierung ergeben. Unsere Architekten können auf die Dauer nicht reproduktiv althergebrachte technische Methoden und Konstruktionen ihren Entwürfen zugrunde legen oder warten, bis ihnen die Ingenieure neue Formen förmlich aufzwingen. Schöpferisch sein heißt die Weiterentwicklung der Technik in einer Weise zu fördern, wie sie zur künstlerischen Aussage moderner Bauaufgaben benötigt wird. Überläßt der Architekt diese Aufgabe allein dem Ingenieur, begibt er sich sehr bald auch in künstlerischen Entscheidungen in dessen Abhängigkeit oder er verfällt dem Konstruktivismus. Auch den großen Baumeistern der Vergangenheit konnte es nur gelingen, ihrer Epoche gemäße Werke der Baukunst zu schaffen, wenn sie sich gleichermaßen mit den Gesetzen der Schönheit, mit den das Volk bewegenden politischen Ideen und mit allen technischen Möglichkeiten und der fortgeschrittensten Wissenschaft auseinandersetzten, um die jeweils modernen Bedürfnisse ihrer Zeit zu befriedigen. Aus der Fähigkeit, technische Mittel entsprechend den jeweiligen gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen zu beherrschen und anzuwenden, sind die großen Stilepochen der Vergangenheit erwachsen. Wie anders hätte sich z. B. aus der Baukunst der Hellenen die der Römer entwickeln können oder aus der Romantik die Gotik. Es waren neben der Phantasie, der Idee und der Logik der rechnende Verstand, der die Baumeister leitete, und nicht selten sind sie auf diese Weise zu Schrittmachern einer neuen Epoche geworden. — Schöner, billiger und besser zu bauen, wie es das Dokument fordert, kann nicht bedeuten, daß der Architekt für die Schönheit und der Ingenieur für Konstruktion und Baukosten allein verantwortlich sind.

Aus den Konferenzen der Bezirksgruppen

Die Arbeit des Bundes wurde auf den Bezirkskonferenzen zur Vorbereitung dieses Kongresses zum Teil sehr kritisch analysiert, und es wurde eine Reihe wichtiger Vorschläge zur Verbesserung der Bundesarbeit gemacht, die ich versuchen möchte, hier kurz zusammenzufassen.

In der Bezirksgruppe Dresden stand im Vordergrund die zuvor erwähnte Beratung über die breite Entfaltung einer offenen Architekturdiskussion. — Diese Konferenz beschäftigte sich weiterhin mit der Qualifizierung des Nachwuchses, und es wurde vorgeschlagen, daß der Weg zum anerkannten Architekten grundsätzlich über die bauleitende Praxis an der Baustelle führen müsse. — Leidenschaftlich wurde auf derselben Konferenz für die Vorbereitung und eine würdige Aufnahme der aus der UdSSR nach Dresden zurückkehrenden Gemäldesammlung diskutiert. Es wurde einstimmig beschlossen, an die Regierung die Bitte heranzutragen, für die Gemäldesammlung keinen provisorischen Standort zu schaffen, sondern für den Ausbau der alten Gemäldegalerie die entsprechenden Mittel und Möglichkeiten bereitzustellen. Nachdem inzwischen unser Ministerpräsident Otto Grotewohl eine grundsätzliche Zustimmung erteilt hat, besteht für den Bund die Aufgabe, alles zu tun, um den Plan schnell realisieren zu helfen.

Ein anderes Thema war die Mitarbeit bildender Künstler und die 2 Prozent der Invest-Bausumme für deren Arbeitsanteil. Es wurde festgestellt, daß die mechanische Zuweisung von 2 Prozent sich eher ungünstig als fördernd für die Gestaltung vieler Bauwerke ausgewirkt hat. Es gibt Projekte mit einer relativ hohen Bausumme, wo Werke der bildenden Kunst nur in geringem Umfang ratsam erscheinen, andere Projekte, deren Bausumme zwar gering ist, die aber ihrem Wesen nach die Mitarbeit der bildenden Künstler verlangen. Bei Projekten über mehrere Bauabschnitte wurde gefordert, die für die bildende Kunst ausgeworfene Summe geschlossen und möglichst zum Zeitpunkt des ersten Bauabschnittes zur Verfügung zu stellen.

Auf der Konferenz in Schwerin stand im Mittelpunkt der Beratungen das Problem der Typisierung — besonders im ländlichen Bauwesen. Die Kollegen standen grundsätzlich positiv zur Anwendung von Typen und bezogen sich u. a. auf die traditionellen Typisierungen bei Bauernhäusern. Sie forderten jedoch nachdrücklich, daß die bezirkliche Anwendung von Typen den landschaftlichen Eigenarten Rechnung trägt. — Auch in Schwerin wurde die Forderung erhoben, der bezirklichen Entwicklung allgemein größere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie müsse sich äußern in größerer Selbständigkeit und höherer Eigenverantwortung. Die Entscheidungen des Ministeriums für Aufbau sollten sich auch hier auf Grundsatzfragen konzentrieren und nur bei bedeutenden Bauobjekten auf eine qualifizierte Einflußnahme.

Im Bezirk Cottbus wurde besonders das Problem der Qualifizierung der Architekten auf dem Lande beraten. Es wurden z. B. durch die Bezirksgruppe des BDA 112 Anträge auf Zulassung als Architekt BDA bearbeitet. Allein 52 Anträge mußten abgelehnt werden und 60 Anträge konnten nur befristet bestätigt werden. Es zeigte sich, daß 90 Prozent aller Antragsteller Inhaber von Baugeschäften oder Maurermeister waren. Das ist zwar noch kein unmittelbares Qualitätsmerkmal, zeigt aber, in welchem Umfange bisher Entwürfe von Baufirmen gemacht worden sind, die später die Ausführung übernehmen wollen und vielfach nicht die entsprechende Einstellung zu den baukünstlerischen Problemen haben konnten. Die Bezirksgruppe mußte aber auch kritisch feststellen, daß die bereits erwähnte Verordnung des Rates des Bezirks kaum durchgeführt wird, da es dem Rat an Kontrollmöglichkeiten und an der entsprechenden Anzahl qualifizierter Architekten fehlt. Von der Bezirkskonferenz wurde der Vorschlag gemacht, ehrenamtlich tätige Bauberater besonders in den Landkreisen zu benennen, die die Prüfung der Projekte unterstützen.

Auf der Konferenz in Plauen wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Gäste aus dem Ausland nicht immer nur zu den zentralen Punkten, sondern gelegentlich auch einmal an die „Peripherie" geführt werden sollten, um ihnen einen Einblick in das Bauschaffen in Kleinstädten und auf dem Lande zu geben. Die Plauener Bezirksgruppe schlug ökonomische Konferenzen in den Bezirken vor, die gemeinsam mit den bauausführenden Betrieben durchgeführt werden sollten.

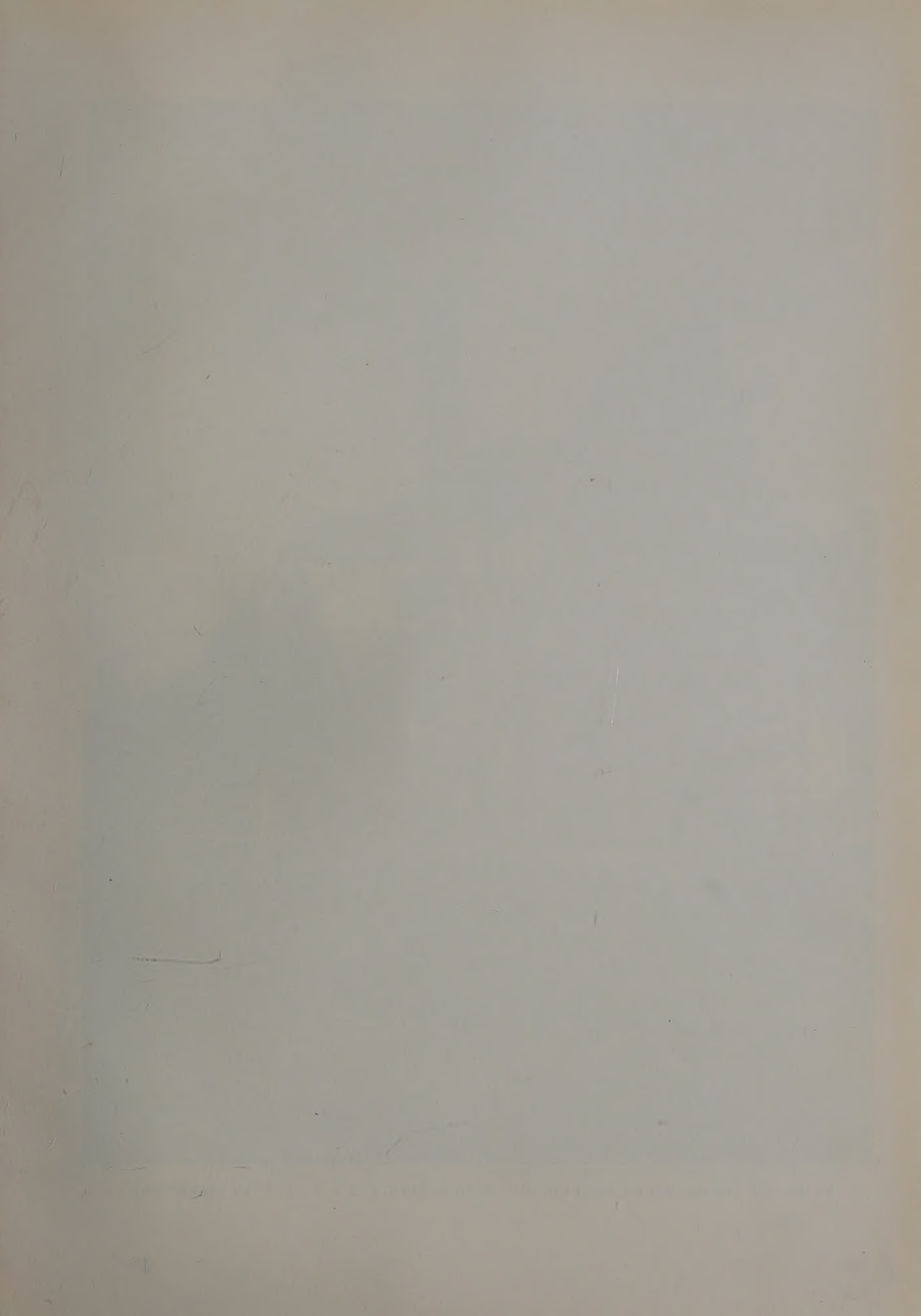
Auf der Konferenz in Erfurt wurde sehr entschieden die Frage gestellt, warum sich die Architekturtheorie nur langsam fortentwickelt. Es wurde der Vorschlag gemacht, der Deutschen Bauakademie zu empfehlen, ihre Forschungsergebnisse in Form einer „Loseblattsammlung" laufend zu publizieren, um dadurch auch Teilergebnisse schneller der Praxis zur Verfügung stellen zu können. Nachdrücklich wurde gefordert, mehr Architekturanalysen durchzuführen und sie einschließlich der Schlußfolgerungen als wichtige Anleitung für die Praxis den Entwurfsbüros zuzuleiten.

Die Potsdamer Konferenz regte u. a. an, eine Ausstellung des BDA für die Mitte des nächsten Jahres in Form einer Leistungsschau auf dem Gebiete der Architektur vorzubereiten.
Zu den Studienreisen ins Ausland nahm die Bezirksgruppe Leipzig Stellung. Sie bemängelte, daß nur ein relativ kleiner Kreis von Kollegen bisher an Auslandsreisen hat teilnehmen können, und daß in Zukunft auch den Kollegen aus den Bezirken in stärkerem Maße Gelegenheit gegeben werden soll.
Die Bezirksgruppe Leipzig hat einen Wettbewerb zwischen Berlin und Leipzig angeregt, welcher die beiden vollindustrialisierten Baustellen in Berlin und Leipzig zum Gegenstand haben soll.
Zu den Typen im Wohnungsbau wurde gefordert, entsprechend den vielfachen Wünschen aus der Bevölkerung Typen mit Balkonen zu entwickeln. Besonders wichtig ist der Vorschlag der Bezirksgruppe, daß die Architekturbeiräte in Zukunft Rechenschaftsberichte über ihre Tätigkeit besonders in den Entwurfsbüros geben sollten, um die gesammelten Erfahrungen den Kollegen mitzuteilen.
Die Bezirksgruppe Berlin beschäftigte sich eingehend mit den Fragen der Qualifizierung der Architekten. Hierbei wurde ebenso wie in Dresden festgestellt, daß die gesellschaftliche Qualifizierung ebenso vordringlich ist wie die fachliche, und daß darüber hinaus den Architekten Anregungen und Gelegenheit gegeben werden müssen, ihre Allgemeinbildung ständig zu verbessern. Insbesondere müsse die staatspolitische Schulung konkreter den betrieblichen Situationen angepaßt werden. Der Entwicklung des fachlichen Streitgespräches kommt besondere Bedeutung zu, und es muß ermöglicht werden, durch die Ausweitung von Projektbesprechungen zu zentralen Streitgesprächen zu gelangen, wie sie einmal vom Minister Dr. Bolz begonnen wurden und vom Minister Winkler auch heute wieder aufgenommen werden sollten.
Bei den Qualifizierungslehrgängen des Instituts für Nachwuchsentwicklung sollten in Zukunft neben allgemeinen Vorlesungen Spezialvorlesungen für Stadtplaner, Innenarchitekten und Grünplaner vorgesehen werden.
Die Konferenz in Berlin beschäftigte sich weiterhin mit der Verpflichtung der Architekten, eine ständige Verbindung mit der Baustelle zu halten und die Autorenkontrolle sorgfältiger durchzuführen. Zur Steigerung der Anerkennung der schöpferischen Arbeit des Architekten in den Entwurfsbüros und um seitens der Betriebsleitung zum Projektierungsgeschehen die nötigen Beziehungen zu sichern, wurde gefordert, daß der Direktor des Entwurfsbüros Architekt sein soll, der technische Direktor Ingenieur mit bauwirtschaftlichen Erfahrungen. Die Chefarchitekten sollten als gleichberechtigte Betriebsleitungsmitglieder berufen werden. Den Architekturbrigaden sollen in Zukunft nur qualifizierte Architekten vorstehen, so daß nur Entwürfe von besonderer Bedeutung dem Architekturrat zur Bestätigung vorgelegt werden müssen.
Zusammenfassend kann zu den Konferenzen in den Bezirksgruppen festgestellt werden, daß die sehr lebhaften Auseinandersetzungen einen Überblick über die gesamte Arbeit des Bundes gegeben haben und zugleich eine Reihe von Vorschlägen brachten, die insgesamt eine gute Vorbereitung für unseren zweiten Kongreß waren. Sie waren zugleich ein Beweis dafür, wie ernst die Masse unserer Mitglieder die vielseitige Arbeit des Bundes nimmt und einschätzt. Das gilt auch für diejenigen Bezirksgruppen, wo noch organisatorische Mängel, wo noch manche ideologische und fachliche Unklarheiten bestehen und wo zum Teil sogar falsche Argumente die Köpfe mancher Mitglieder noch verwirrt haben. — Angesichts dieser entwicklungsbedingten Mängel, vor allem aber angesichts der neuen großen Aufgaben, die dem Bund durch den Beschluß des Ministerrats vom 21. April d. J. gestellt sind, gestatten Sie mir noch einige abschließende Bemerkungen, die aus der bisherigen Arbeit erwachsen und an den Abschluß des Rechenschaftsberichtes gestellt zu werden verdienen.

Zusammenfassung und über die neuen Aufgaben des Bundes

Es hat in einigen Diskussionen Stimmen gegeben, die mehr oder weniger überzeugend glauben machen wollten, daß mit der Losung „Schneller, besser und billiger bauen!" die bisher geführten Architekturdiskussionen, das heißt unsere Architekturtheorie einschließlich der Ästhetik ad absurdum geführt worden seien. Es gab auch Stimmen, die den Beschlüssen der Baukonferenzen weder eine Kritik an der bisherigen Architekturpraxis entnehmen noch in ihnen irgendwie geartete neue Verpflichtungen für die zukünftige theoretische und praktische Arbeit entdecken wollten. — Beide Extreme wurden von der Masse der Mitglieder des BDA auch auf den Konferenzen als falsch abgelehnt. Das ist richtig, verständlich und gut. Aber wie liegen die Dinge in Wahrheit? Es ist an der Zeit, daß wir uns mit einer Reihe immer wiederkehrender Fragen und Argumente auseinandersetzen.

Ein Teil unserer Architekten hat z. B. die Ansicht vertreten, daß in den vergangenen Baukonferenzen viel von Industrialisierung und Typisierung, zuwenig aber von baukünstlerischen Problemen gesprochen worden ist. Ich möchte den Ausführungen unseres Vorsitzenden, Prof. Hopp, heute nicht vorgreifen, muß hier aber im Zusammenhang mit dem Inhalt der bisherigen Diskussionen feststellen, daß die ästhetischen Probleme der Baukunst alle Zeit auf das engste mit den technisch-wirtschaftlichen Fragen verbunden waren und bleiben werden. Einige Architekten — ihre Anzahl war nicht groß — haben sogar zum Ausdruck gebracht, daß die Ausführungen des Ersten Sekretärs der KPdSU Chrustschow eine neue Linie oder sogar eine grundsätzliche Schwenkung in der Behandlung baukünstlerischer Fragen bedeutet hätte. Wir alle haben seit langer Zeit die Entwicklung in der sowjetischen Architektur verfolgt und haben von ihr viele Anregungen empfangen. Wir haben in der eigenen Praxis erfahren müssen, wie leicht sich z. B. unter dem Motto „Komplexe Planung und komplexe Bebauung", dem wir grundsätzlich zustimmen, und das uns der sozialistische Aufbau erst ermöglicht hat, sehr leicht eine Art Schematismus bereiten kann, wenn wir nicht zugleich komplex denken. Eine Gefahr, die sich in städtebaulichen Kompositionen z. B. ausdrückte durch die Übertragung hervorragender Einzellösungen oder Ideen auf anders geartete Situationen, in denen sie ohne die gleichen Voraussetzungen die gegenteilige Wirkung auslösten, die sich aber auch darin ausdrückte, daß einzelne Bauwerke mit vielfältigen Architekturelementen oder Schmuckornamenten gelegentlich überladen waren. Daß auch Architekturelemente, die ihrem Wesen nach Monumentalbauten zukommen, z. B. an solchen Wohnbauten verwandt wurden, die im Ensemble der Stadt keinen entsprechend hervorragenden Platz innehatten. Es wäre falsch anzunehmen, daß bei einer solchen Kritik allein die Fragen der Wirtschaftlichkeit entscheidend waren.
Wenn eine Reihe der kritischen Feststellungen auf der Allunionskonferenz in Moskau auf das baukünstlerische Schaffen in der DDR nicht zutreffen, so ist das kein Verdienst unserer Architekten oder der bisher geführten Architekturdiskussionen. Die Ursachen dafür liegen in erster Linie an einer sehr anders gearteten Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland und an unserer heutigen Entwicklungsstufe, die weder im Bauvolumen noch im materiellen Aufwand und schon gar nicht in den technisch-konstruktiven Möglichkeiten mit dem Bauschaffen in der Sowjetunion vergleichbar ist. Wenn aber einige Mängel nicht auf uns zutreffen, so kann das nicht bedeuten, daß wir keine Mängel abzustellen hätten. Im Gegenteil, wir haben z. B. die in meinem Bericht aufgezeigten Mängel beschleunigt abzustellen und sollten uns durch intensive Arbeit im Bund vor neuen Mängeln bewahren. Denn da unser Bauvolumen steigen wird, da sich vor allem unsere technisch-konstruktiven Möglichkeiten schon in Kürze sehr schnell weiterentwickeln werden, dürfen unsere Architekten sich nicht bei den Bauwerken in neuen Konstruktionen unvorbereitet der parallel laufenden baukünstlerisch ästhetischen Bewältigung ausgeliefert finden. Die Baukunst hat ihre Gesetzmäßigkeiten, wir müssen sie nur kennen und sie auch den neuen technischen Mitteln anpassen und im Interesse der Gesellschaft anzuwenden lernen.
Unser Kongreß steht unter der Losung, die der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Walter Ulbricht auf der I. Baukonferenz geprägt hat: „Unsere Architekten und Städtebauer müssen die Architektur als Einheit von Technik, Wissenschaft und Kunst sehen. Sie mögen bei allen ihren Planungen, Projekten und Bauwerken davon ausgehen, im Interesse der Volkswirtschaft, im Interesse der Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung mit dem geringsten Aufwand an Mitteln schöne Städte und Bauwerke zu errichten."
Wenn die Architekten in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin nach der I. Baukonferenz und nach dem II. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten in einer zweiten Etappe ihrer schöpferischen Arbeit, die gleichzeitig den Kampf um das Gramm, um die Sekunde und den Pfennig gilt, beschließen, in breiter und kollegial-kameradschaftlicher Weise alle künstlerischen, technischen und gesellschaftlichen Probleme ihres architektonischen Schaffens gemeinsam zu erörtern, dann verbinden sie diesen Beschluß mit dem Wunsch, diese Diskussion entsprechend der These „Baukunst und Verantwortung" über die Zonen- und Sektorengrenzen hinweg mit den Kollegen des Bundes Deutscher Architekten in der Bundesrepublik und mit allen im Bauschaffen tätigen Architekten in Westdeutschland zu führen. — Gemeinsam sind wir dazu berufen, die Sache einer nationalen und deutschen Architektur als eines Teiles unserer deutschen Kultur zu vertreten. So tritt der Bund Deutscher Architekten an der Spitze der Architekten der Deutschen Demokratischen Republik für die Erfüllung der Beschlüsse im Dokument für das Bauwesen und als Sprecher aller deutschen Architekten für die Unantastbarkeit und Einheit der deutschen Kultur ein.





BLICK AUF DIE HOCHÖFEN DES EISENHÜTTENKOMBINATS „J. W. STALIN“ IN STALINSTADT